Heft 3 März 1999 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Feminismus: Zur Emma gemacht
- 68 regiert: Das Kollektiv Unschuld
- Kosovo: Drogen-Mafia als Volksarmee
- Nachwahl: Wenn Hessen hassen
- Peter Hacks: »IM Goethe«
- Geschichte: Die Täter als Zeitzeugen

Alice Schwarzer: Die neue Rechte

in konkret März 1999

hier konkret

von konkret

an konkret

Das Kollektiv Unschuld von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Die neue Rechte von Kay Sokolowsky
Mit der »Emma«-Titelgeschichte zur Nazifilmerin Riefenstahl hat sich Alice Schwarzer zur neuen Frauenschaftsführerin gemacht

Dokumentation: Pop meets Nazi

»Bäuerinnenfängerei« von Anja Krüger
Wie Alice Schwarzer den Feminismus zur Emma machte oder: »Was tun ›unsere Jungs‹ in Somalia eigentlich gegen die Klitorisbeschneidung?«

Jetztzeit von Peter Hacks
Couplets

Jammern und Klagen von Christel Dormagen
Was haben drei Jahrzehnte Frauenbewegung gebracht? Und hat es sie überhaupt gebraucht?

Nachwahl von Georg Fülberth
Das »Debakel« der Grünen bei der Hessischen Landtagswahl nützt vor allem dem Bundeskanzler

Alice und ich von Christel Dormagen

Zu Protokoll
Die Nation sortiert sich: Eine Veranstaltungsankündigung des GEW-Bezirksverbands Frankfurt a. M. am Vorabend des Gedenktags zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz hat die Führungsspitzen von GEW und IG Medien veranlaßt, Martin Walser vor dem Vorwurf des Antisemitismus in Schutz zu nehmen. KONKRET dokumentiert den in dieser Sache geführten Schriftverkehr und – mit freundlicher Erlaubnis von Adressat und Verfasser – einen Brief, den Günter Amendt aus gegebenem Anlaß an Ignatz Bubis geschrieben hat

Schuld hat der Präsident von Horst Pankow
Mehr Demokratie wagen? Über einige Konsequenzen aus der CDU-Volksbefragung zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts

Mass Murder Inc. von Otto Köhler
Der Leichenfund von Racak ist noch nicht aufgeklärt, da bereiten Politiker und Medien die Deutschen auch schon auf einen Kriegseinsatz ihrer Soldaten im Kosovo vor

Drogen und Deutschmark von Jürgen Elsässer
Wie die albanische Mafia mit deutscher Hilfe zur UCK wurde

Der Mann, der zuviel wußte von Hans-Rüdiger Minow

Die Blair-Regierung nennt es »Peace Process«: In Nordirland wächst der nationalistische Terror – Abtrünnige werden auf offener Straße ermordet

Väter des Nazismus von Peter Fasel
Vor 60 Jahren lösten die Nazis den Alldeutschen Verband auf – er hatte seine Schuldigkeit getan

In diesem Sinne – Kreide fressen von Otto Köhler

In diesem Sinne – Fachlich top von Michael Rudolf

In diesem Sinne - Neues aus Moralien von Christian Y. Schmidt

Bauen nach Auschwitz von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Goethes Schuld von Peter Hacks
Ein neues Buch aus Amerika enttarnt endlich »IM Goethe«, beschreibt die politische Dreckarbeit, die Goethe für Carl August erledigte, und erörtert seine Beteiligung an der Unterdrückung von Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit im Herzogtum Sachsen-Weimar. Eine Erledigung

Entdecke die Möglichkeiten von André Thiele
Die neue Regierung hätte gern ein Vorbild in der Vergangenheit. Sie hat es gefunden

rlo, inand, gor und chard von Bernd Rauschenbach
Karl Mays »Leseralbum« zeigt, daß es auch außerhalb der bekannten Galaxis Leben gibt

Buch & Deckel von Holm Friebe

Wesselys Heimkehr von Gerhard Scheit
Die Filmindustrie der »Ostmark« ließ sich nicht lumpen, als Goebbels nach einem Propagandastück zum Überfall auf Polen verlangte – und lieferte einen der perfidesten Beiträge auf dem Weg zur »Endlösung«

Stille Post II von Günther Jacob
Die neue deutsche Oral History ist fasziniert vom Nationalsozialismus und macht aus den Tätern Zeitzeugen und Opfer der Umstände. Zweiter Teil eines Literaturberichts

Film & Theater von Sabine Horst

Kopf ab zum Gefecht von Wolfram Kempe
Wozu sind Kriege da? Zwei neue Bücher über den »Vater aller Dinge« wissen es auch nicht

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Melodie & Rhythmus von Marit Hofmann
Various Artists: Stolz & Vorurteil – A Compilation of Female Gesang, Gitarren und Elektronik; Flittchen Records 1998/ EFA

Melodie & Rhythmus von Klaus Smit
Blumfeld: Old Nobody; Zick Zack/Big Cat/RTD

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/99, S. 3

hier konkret

Nach Erscheinen seines Welterfolgs »Ganz unten«, in dem seine Erlebnisse als Türke »Ali« verarbeitet waren, hatte der Autor Günter Wallraff angekündigt, sich bei seiner nächsten Untergrundarbeit »noch existenzieller« einzubringen. Im Januar 1999, zwölf Jahre danach, konnte das »DAKmagazin«, die Kundenzeitschrift der Deutschen Angestellten-Krankenkasse, Vollzug melden: Im Interview mit dem Bezirksgeschäftsführer der DAK in Köln-Ehrenfeld »spricht der Schriftsteller und Journalist über Menschenrechte«. KONKRET dokumentiert den Vorgang ungekürzt

Herr Wallraff, Sie sind seit 39 Jahren Mitglied der DAK. Eine langjährige Verbundenheit – warum?

Unbürokratische Hilfe, freundliches Personal – damit werben heute alle. Bei der DAK habe ich das – auch dank eines sehr engagierten und sehr menschlichen Fachberaters – in all den Jahren persönlich erlebt. Keine leeren Versprechungen also.

Sehr freundliche Worte von einem sonst eher kritischen Zeitgenossen. Herzlichen Dank. Sie haben also bisher keine Probleme mit uns gehabt?

Ich bin vielen wirklichen Problemen der heutigen Gesellschaft nachgegangen. Das können Sie in meinen Büchern nachlesen. Aber es geht doch heute darum, die über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften der deutschen Sozialversicherung nicht einer »Schönen Neuen Scheinwelt« zu opfern und einer entsolidarisierten turbokapitalistischen »Recht-des-Stärkeren«-Gesellschaft auszuliefern.

Bisher hat es die DAK immer noch geschafft, dem Entsolidarisierungstrend Paroli zu bieten und Kranke nicht in Arme/Reiche und in junge Leistungsstarke/alte Ausrangierte aufzuspalten, sondern für das Recht aller Versicherten gleich gut einzutreten.

Was fällt Ihnen zum Stichwort Rundumschutz ein?

Nicht jeder esoterische Schnickschnack und vordergründig aufgestülpte Zauber kann von den Kassen finanziert werden. Da werden oft schwerstkranken Patienten unerfüllbare Heilversprechungen gegeben, an denen letztlich diese selbsternannten »Heiler« sich gesund machen. Das geht nämlich ins Geld und macht Krankenkassen auf Dauer teuer. Die Leistungen der DAK entsprechen in der Regel den neuesten wissenschaftlichen Standards, haben also ein hohes Niveau und garantieren mir und meiner Familie eine medizinische Versorgung zum angemessenen Preis.

Und der Beitrag?

Ich weiß – viele schielen zunächst auf den vermeintlich günstigsten Beitragssatz, der dann allzu oft mit minderer Leistung recht teuer bezahlt wird. Von daher ist die DAK ihren Preis wert, denn ihr Beitragssatz ist stabil und berechenbar und bietet einen umfassenden individuellen Gesundheitsschutz.

Konkret 03/99, S. 4

von konkret

In **einer Gesprächsrunde des WDR**-Fernsehens vom 27. Januar zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz kam es zu diesem Wortwechsel zwischen dem israelischen Publizisten Tom Segev, KONKRET-Herausgeber Gremliza und Schröders Staatsminister für Kultur Michael Naumann:

Segev: Sie können stolz sein auf die Prinzipien, die Sie in Ihrem Militär haben.

Gremliza: Ja, mit 35 Kasernen, die nach Hitlergenerälen benannt sind.

Naumann: Das ändern wir jetzt, ich schwör's Ihnen. In zwei Jahren finden Sie keine mehr.

Segev: Warum hat das so lange gedauert?

Naumann: Weil wir 16 Jahre lang nicht am Drücker waren, um es mal klar zu sagen.

Gremliza: Nein, sondern weil die Generation der Täter noch nicht im Altersheim war.

Rudolf Scharping, der neue Chef der Bundes-Wehrmacht, fühlte sich übergangen und in seiner Oberbefehlshaberehre verletzt, weshalb bei der Bundespressekonferenz zwei Tage später Regierungssprecher Uwe-Carsten Heye einen mit falschen Zitaten garnierten Rückzug antreten mußte:

Frage: Wird die Bundesregierung Namen von Kasernen, die immer wieder als nicht demokratisch kritisiert worden sind, umbenennen?

Heye: Nein, hierfür gibt es keine konkreten Pläne. Hier besteht ein Bezug auf eine Diskussionsrunde, an der Staatsminister Naumann teilgenommen hat und in der er angeregt hat, die Benennung von Kasernen, aber auch von Straßennamen und Plätzen, die – sagen wir es einmal so – mit fragwürdigen Gestalten aus der Geschichte besetzt sind, noch einmal angemessen zu erörtern und sich zu überlegen, ob Änderungen möglich sein sollten.

Die SPD war schon einmal 15 Jahre am Drücker, in denen ihre Verteidigungsminister Helmut Schmidt und Hans Apel nicht die geringste Notwendigkeit sahen, auch nur den Namen von Hitlers Lieblingsgeneral Dietl aus der Liste der militärischen Vorbilder zu streichen.

Peter Hacks legt einigen Wert auf die Bekanntmachung, daß seine in diesem Heft (S. 21) abgedruckten Couplets mitnichten die bekannten pikanten Liedchen vorstellen. Couplets, läßt uns der Autor wissen, ist ein englisches Wort und eine englische Strophe, die, in Gestalt des Heroic Couplet, in der elisabethanischen und der Restaurations-Dramatik eine wichtige Rolle spielt.

Veranstaltungen: Unter dem Titel »Vorwärts und vergessen. Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik« diskutieren Ignatz Bubis (Zentralrat der Juden in Deutschland), Andrei S. Markovits (Harvard University/Wissenschaftskolleg zu Berlin), Wolfgang Thierse (Bundestagspräsident, angefragt), Hermann L. Gremliza und Jürgen Elsässer (Moderation) über die neue deutsche Schamlosigkeit. Ort: Hörsaal 2002 der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin. Datum: Montag, 8. März. Zeit: 19.30 Uhr.

Im Rahmen eines gemeinsamen Seminars der Evangelischen Medienakademie und der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien liest Hermann L. Gremliza am 13. März um 19.30 Uhr im Seminar- und Tagungszentrum Springen, 65319 Heidenroth-Springen.

Karl Heinz Roth, Jürgen Roth, Kay Sokolowsky und Joachim Rohloff, die Autoren der konkret-texte-Bände 19-21 (s. S. 36) stehen für Lesungen und Diskussionsveranstaltungen ebenso zur Verfügung wie weiterhin auch das gemischte Doppel Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer. Interessenten wenden sich bitte an den Verlag.

Korrekturen: Micha Brumlik bezeichnet Martin Walser (KONKRET 2/99, S. 21) als DKP-Mitglied. Walser war zwar Sympathisant, nie aber Mitglied dieser Partei. – Rainer Werner Fassbinder schrieb sich nie mit »ß«. Und sollte (vgl. KONKRET 2/99, S. 45) auch nicht so geschrieben werden.

Konkret 03/99, S. 6

an konkret

Viel Volk unterwegs

KONKRET 2/99: Titel, Beiträge von Hermann L. Gremliza, Ignatz Bubis, Matthias Küntzel, Micha Brumlik, Joachim Rohloff, Andrei S. Markovits, Tjark Kunstreich und Alfred Schobert

Der Eklat durch Walser in der Paulskirche und die Zustimmung durch die Versammlungsteilnehmer hat auch eine tragisch komische Seite.

Der eine wie Walser will aus den ungeheuerlichen Schatten der Vergangenheit treten, und der andere wie Bubis ist ein Gefangener der Börse und des Glaubens, eben ein Prozeß, der solche Figuren und deren Ansichten produziert. Von daher können weder Walser noch Bubis die Persönlichkeiten sein, die sich als Moralapostel verstehen, sonst hätte Bubis nach dieser Demütigung die Veranstaltung demonstrativ verlassen müssen und die Bewertung der geistigen Brandstiftung aufrecht erhalten müssen und nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit und hinter verschlossenen Türen mit Walser mauscheln dürfen.

Robert Lehmann

Berlin

Eine zentrale Aufgabe linker Politik ist es, weiterhin gegen den Kapitalismus zu argumentieren und zu kämpfen. Weiterhin sollte es der Linken darum gehen, für eine revolutionäre Perspektive einzutreten und damit für eine herrschaftsfreie Gesellschaft, meinetwegen auch für den Sozialismus zu agitieren. Dabei ist es sehr wichtig, aus den Fehlern unserer Genossen zu lernen. KONKRET leistet diesbezüglich hervorragende Beiträge. Dennoch, eine so pessimistische Grundhaltung, wie sie von Hermann L. Gremliza in »Drüben und Hüben« vertreten wird, treibt die Linke nur weiter in die Marginalität. Daß in derselben Ausgabe mindestens fünf Artikel zur Walser-Rede veröffentlicht wurden, ist Ausdruck dieses Pessimismus. Ich glaube, daß die Linke sich mit dem Thema »Antisemitismus« auseinandergesetzt hat und daß viele z. B. den Text »Antisemitismus und Nationalismus« von Moishe Postone gelesen haben. Die Linke ist folglich nicht das richtige Subjekt dieser »Aufklärungsversuche«.

Mario Neukirch

Göttingen

Der »Antisemit« Walser kommt höchstens noch zu allem anderen hinzu. Spätestens seit Walser in »Talk im Turm« (ich glaube 1996) zu Beginn der Diskussionsrunde zum Thema Zukunft und Arbeit folgendes abgesondert hat (wobei er den heutigen Finanzminister scharf anguckte): »Wer jetzt noch von Lohndrückerei spricht, ist ein Demagoge übelster Art«, ist klar, daß er in grauer Vorzeit der falsche unter den richtigen Freunden war und er nur noch ein Arschloch ist. Mit dem Statement war das Terrain für Regierung und Unternehmer vorbereitet. Und weder der Gewerkschaftler, noch »Oskar« wollten in der Folge die sogenannten Demagogen sein. Leider!

Hermann Hestermann

Hamburg

Eine Suppe mit ekelhaften Zugaben löffelt man nicht, sondern schüttet sie aus. Schmeckt sie dagegen sogar noch »sehr gut«, muß es um den Geschmack des Essers seltsam bestellt sein. So etwas bringt nur ein fanatischer Suppenkoch/-liebhaber zustande, der unbedingt weiter mitkochen und

-löffeln will. Warum ausgerechnet der, der »Sprecher der ermordeten Juden« (seit wann gibt’s sowas?) sein soll, kann der Interviewer H. L. G. vielleicht mal erklären. Auch warum er den Gegensatz zwischen den Deutschen und dem deutschen Bubis herbeikonstruieren will. Oder hat dieser etwa gegen die geplante Bombardierung Serbiens und sonstige deutsche Weltmachtansprüche das Wort erhoben?

Silvia Beer

Berlin

Im Gespräch mit Gremliza bekundet Bubis immer noch, in der »deutschen Suppe« allenfalls ein paar Haare mehr entdecken zu müssen als vielleicht noch vor ein paar Jahren: Haare, vermutlich blonde, die der Suppe den Geschmack, aber kaum die Nahrhaftigkeit nehmen könnten.

Ich finde, wir sollten uns weniger die Haare, als vielmehr die Suppe etwas genauer ansehen; nicht zuletzt die Köche und ihre Zutaten, um im Bild zu bleiben. Walsers Selbstverständnis war und ist wohl eher das eines anspruchsvollen Gastes im Restaurant als das des Koches. Was er in der Paulskirche abgeliefert hat, sind zumindest Zutaten einer ziemlich geschmacklosen Suppe, die Haare stammen eher von anderen.

Unter den ebenso zahl- wie schamlosen Vorwänden des Kalten Krieges war – im Grunde schon seit 1945 – in den West-Zonen dafür gesorgt, daß nicht nur der ideologische Anti-Kommunismus der Nazis, sondern auch große Teile des bewährten Personals nahtlos fortwirkten, und ebenso nahtlos lief der Übergang von der Sklavenhalter-Ökonomie der NS zur »Freien Marktwirtschaft«, zumindest, was den Machtbesitz betrifft. Woher sollte eigentlich eine heilsame Selbstreinigung dieser Gesellschaft ihren Antrieb erhalten haben? Von der revolutionären Arbeiterschaft? War die nicht durch die Niederlage im Kampf gegen den Faschismus gründlicher demoralisiert worden, als sie sich das jemals eingestanden hat? Gilt das nicht sogar für die DDR? Selbst wenn diese zu Recht gelten darf als »legitimer Versuch, das ›Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus‹ durch die Entmachtung der Eliten, die beides gefördert hatten, und die Teilung Deutschlands machtpolitisch dauerhaft zu organisieren«.

Karl Kraus, der sich lieber von »französischen Kapitalisten« kolonisieren lassen wollte, als deutschen Arbeiterführern anheim zu fallen, müßte sich heute vermutlich wundern, daß diese Kapitalisten inzwischen deutschen Arbeiterführern ähnlicher geworden sind, als Gremliza für menschenmöglich halten wollte. Ich empfehle eine Erzählung zu lesen, die Helmut Heissenbüttel schon 1979 veröffentlicht hat unter dem Titel: »Wenn Hitler den Krieg nicht gewonnen hätte.«

Heinrich Moldenschardt

Berlin

Am Anfang dieser Auseinandersetzung steht – so sehe ich das – die Fehleinschätzung Martin Walsers.

Dieser Mann wird von Medien und auch von vielen Lesern als bedeutender deutscher Schriftsteller ausgelobt. Und das ist er eben nicht!

Ich kenne ihn persönlich seit der Veröffentlichung seines ersten »Werkes.« Er hat schon damals geschwafelt und schwülstige Reden gehalten, und seine Bücher zeigen – bei genauem Hinsehen – weder Präzision noch deutliche Aussagen. Mit verquasten, wolkigen Worten, verklemmter Sexualität, leicht inzestuösen Andeutungen und wallendem Wortgeklingel macht er viele seiner Leser glauben, daß er ein großartiger Schreiber sei, kurzum, er macht sie »besoffen«, unfähig ein klares Urteil über seine Schreibe zu fällen. Das läßt sich an vielen Beispielen beweisen. (Ich erinnere hier nur an »Öhrli!«)

Ich glaube nicht einmal, daß er sich bewußt ist, was seine Rede bewirken kann. Dazu ist er zu eitel und zu selbstgefällig. Er müßte sonst nämlich zugeben, daß seine Rede vor allem denen gefällt, die sich um das Erinnern herumdrücken wollen. Auch denen, die die Nationalsozialisten für »gar nicht so schlimm« gehalten haben, und den jungen Nazis, die Judengräber beschädigen und Asylantenhäuser abbrennen. Ignatz Bubis hat sich für seine sprachliche Entgleisung entschuldigt. Müssen sich in Deutschland eigentlich immer nur die Opfer entschuldigen?

Ich bin 78 Jahre alt, war im Krieg 6 Jahre lang bei der deutschen Luftwaffe, gerade deshalb verstehe ich, warum sich Herr Bubis so tief verletzt fühlt.

Marion Zimmer-Kellermann

Ramelsloh

Deutschland wird so normal wie seine Nachbarn sein, wenn eine Walser-Rede die KONKRET-Redaktion nicht mehr zur letzten Bastion des freien Geistes gegen die alles verschlingende braune Flut der zusammengeredeten Stammtische machen wird.

Wolfgang Wülken

Kassel

Wozu die Aufregung? Da denkt der Arsch und das Hirn scheißt nach. Is' halt viel Volk unterwegs. Logischerweise inkl. Pfaffengeläut und Mnemotechnik.

Holger Doll

Hamburg

Konkret 03/99, S. 9

Hermann L. Gremliza

Das Kollektiv Unschuld

»Die Juden melden sich schnell zu Wort, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert.«
Hermann Fellner, CSU, 1987

»Die Bundeskasse bleibt zu.«
Gerhard Schröder, SPD, 1999

Die Bundesrepublik Deutschland besteht seit ihrer Gründung darauf, die rechtliche Nachfolgerin des Deutschen (und also auch des Dritten) Reichs zu sein. Das heißt, daß sie, als Erbin, die Rechte und Pflichten, die Guthaben und Schulden der verblichenen Erblasserin übernommen hat.

Worin bestand das Erbe? Die Erblasserin hatte einen Krieg begonnen und verloren, in dessen Verlauf sie zwischen ihrer Ostgrenze und den Toren Moskaus alles in Schutt und Asche gelegt, sechzig Millionen Menschen, darunter zwanzig Millionen Sowjetbürger, eine ganze männliche Generation, und sechs Millionen Juden, fast die gesamte jüdische Bevölkerung Europas, sowie 500.000 Sinti und Roma umgebracht, ungezählte weitere eingesperrt und gefoltert, zwölf Millionen Männer, Frauen und Kinder zu unbezahlter Arbeit gezwungen hatte. Das hinterlassene Guthaben bestand im Besitz von Land und Kapital, eigenem älterem und frisch geraubtem, requiriertem, arisiertem, sowie diversen Rechtstiteln, die fünfzig Jahre später tatsächlich realisiert werden konnten.

Wie hat die Erbin ihre Schulden bedient? Vor der Gründung der beiden deutschen Staaten hatten die Siegermächte einige Reparationen eingetrieben: die Westmächte in ihren Besatzungszonen 2,2 Milliarden, die Sowjets in ihrer Zone 99 Milliarden Mark. Für die hingebungsvoll so genannte »Wiedergutmachung« wurden in fünfzig Jahren BRD etwas mehr als hundert Milliarden Mark bezahlt, davon 68 Milliarden an jüdische Organisationen und Personen. Umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung hat es jeden Deutschen pro Monat den Gegenwert einer halben Schachtel Zigaretten gekostet. Möglich war dieser auf den Schaden gehäufte Spott, weil die Rechtsnachfolgerin von den Siegern gebraucht wurde. Das ist nun vorbei. Der Kommunismus ist besiegt, die USA ziehen ihre schützende Hand zurück und geben der Wahrheit, vorgetragen von den Anwälten der letzten lebenden Opfer, eine späte Chance.

Es geschieht dies in einem Augenblick, da die Deutschen eine Generation an die Regierung gewählt haben, von der die Legende geht, sie habe vor dreißig Jahren den Aufstand gegen ihre Nazi-Eltern gewagt und in dessen Folge die westdeutsche Gesellschaft »gründlich zivilisiert« (A. Vollmer). Die Generation, die da gemeint ist, war die erste nach dem Krieg, die sich selber frei von Schuld fühlen konnte. Als sie wissen wollte, was ihre Eltern und Lehrer damals getan hatten, mußten sie, weil diese nur schwiegen oder herumlogen, sich an Leute wenden, die von den Nazis eingesperrt worden oder vor ihnen geflohen waren.

Die meisten dieser Lehrer aber, die erlebt hatten, wie wenig der Wechsel von der Weimarer Demokratie zum NS-Staat und vom NS-Staat zur Bonner Demokratie die gesellschaftlichen Eliten tangiert hatte, interessierten sich nicht so sehr für die ihnen bekannte Vergangenheit als für die Gegenwart, und darum weniger für das Besondere des deutschen Nationalsozialismus als für das Generelle des Faschismus, den es auch vor und nach den Nazis überall geben konnte, in Italien, Spanien, Griechenland, Chile, ja vielleicht auch in jenem Staat, der die letztgenannten Regimes offenkundig unterstützte und in Vietnam einen fürwahr dreckigen Krieg führte: in den USA.

Die Achtundsechziger wollten nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Was konnten sie dafür, daß der Krieg ihrer Zeit nicht der Krieg ihrer Eltern war, sondern der einer Macht, der die Eltern ihre Niederlage verdankten, und daß der Faschismus, den sie in der Kriegführung entdeckten, nicht der Nationalsozialismus war? Und so hefteten sie die verbalen Insignien der nationalsozialistischen, also deutschen Taten anderen an die Fahnen: vorzüglich den einstigen Gegnern, voran den USA, und am liebsten den Opfern, voran Israel. »Die Väter« wurden zur Metapher für den Vater im Weißen Haus.

Zwar schlug der rebellische Nachwuchs das ideologische Erbe der eigenen Eltern aus. Die Familien aber, deren Kinder auf das materielle Erbe des elterlichen Wehrwirtschaftsführers, NS-Rechtswahrers oder Sturmbannführers verzichtet haben, hätten in einer Telefonzelle Platz gefunden. So wurde der Aufstand gegen die Nazi-Eltern zur Lebenslüge der Achtundsechziger. Sie erlaubte ihnen, was den Vätern, den Tätern, von den Siegern verboten worden war: die Reklamierung nationaler Selbstbestimmung gegen alliierte, insonders amerikanische Fremdherrschaft. Ehemalige SDS-Führer (Mahler, Maschke, Oberlercher) legen dreißig Jahre später in einem völkischen Manifest Wert auf das Bekenntnis, daß »die Bewegung der Jahre um 1968 ... weder für Kommunismus noch für Kapitalismus, weder für drittweltliche, östliche oder westliche Wertegemeinschaften aufstand, sondern allein für das Recht eines jeden Volkes auf

nationalrevolutionäre wie sozialrevolutionäre Selbstbefreiung«. Ein anderer (Rabehl) erklärt in einem NPD-nahen Blatt, er, sein Freund Dutschke und »die antiautoritären Studenten« hätten gegen »politische Überfremdung« und die »grundlegende Zerstörung von Volk und Kultur« gekämpft. Die Völkischen waren vielleicht nur eine Minderheit unter den Achtundsechzigern, aber es gab sie, und sie wurden nicht als störend empfunden.

Daß es die ebenfalls von den Nazis verfolgte Linke war, auf deren Seite sie sich geschlagen hatten, machte die Achtundsechziger nun aber selber zu Opfern, die sich frei fühlten, mit anderen Opfern ganz unbefangen umzuspringen. Wie ihr damaliger Parteigänger Martin Walser, der sich schon um das Thema Auschwitz gekümmert hat, als Ignatz Bubis noch »etwas ganz anderes gemacht« habe, konnten sie sagen, sie hätten schon mit ihren Nazi-Eltern abgerechnet, als die Juden mit der »Endlösung der Palästinenserfrage« beschäftigt gewesen seien.

Diese neue nationale Freiheit bestimmt den Ton der neuen Regierung. Sie läßt den Gerhard Schröder sagen, das Holocaust-Mahnmal müsse so aussehen, daß deutsche Familien »gern« dort hingingen, und legt ihm »die Pflicht als deutscher Bundeskanzler« auf, sich »schützend vor deutsche Unternehmen zu stellen«, wenn die paar noch lebenden Zwangsarbeiter ihren fünfzig Jahre lang unterschlagenen Lohn einfordern.

Nationalisten pflegen die zivilisierende Macht des Geldes zu unterschätzen. Angestellte des Kanzleramts mußten ihrem Chef sagen, es werde, wenn die Zwangsarbeiter nichts bekämen, »in den USA ein willkürlicher Anteil der deutschen Wirtschaft belangt«. Doch die Attitüde, mit der das neue Deutschland den Opfern entgegentritt, leidet darunter kaum. So sieht die Regierung bei der geplanten Entschädigung eine »Binnendifferenzierung« vor, wonach Osteuropäer wegen der größeren Kaufkraft der Mark in ihren Ländern höchstens ein Viertel des Betrags erhalten sollen, der für amerikanische und israelische Zwangsarbeiter bezahlt werden soll. Der »Spiegel« zitiert Kanzleramtsjuristen, die der Meinung seien, »der Wert der verlorenen deutschen Ostgebiete sei nach dem Völkerrecht gegen Entschädigungsforderungen aufzurechnen«.

Ausgerechnet die engen Beziehungen, in denen Schröders Amtsvorgänger in seiner Partei wie im Privatleben zu den Tätern stand, hatten ihn zu einer gewissen Vorsicht beim Umgang mit den Opfern verpflichtet. Helmut Kohl hatte sich in Bitburg vor den Gräbern von SS-Männern verneigt und die Bonner Republik der europäischen Zivilisation nähergebracht. Gerhard Schröder hat keine NS-Verwandten und deshalb auch keinen Grund, den »Zahlmeister Europas« zu spielen. Wer keine Schuld hat, hat keine Schulden, und wenn doch, hat er keinen Grund, sie zu bezahlen.

Konkret 03/99, S. 10

Herrschaftszeiten

Nationales Unglück – das waren für mich Auschwitz, der Zweite Weltkrieg und noch ein paar andere Dinge

Wolfgang Schäuble, CDU

Sein/Bewußtsein

Josef (»Jupp«) Heynkes, CDU-Wähler, ist ein deutschnationaler Naßkämmer. Gerhard Meyer-Vorfelder, CDU-Minister, summt noch im Bett die erste Strophe des Deutschlandlieds. Nach der 0 : 3-Niederlage der von beiden »Nationalmannschaft« genannten DFB-Auswahl gegen die USA forderte Heynkes, es müsse mit »der Überflutung der Bundesliga mit ausländischen Spielern« Schluß gemacht werden: »Das Publikum möchte sich auch mit deutschen Idolen identifizieren.« Meyer-Vorfelder hingegen, der auch Präsident des VfB Stuttgart ist, hat den Anteil ausländischer Spieler bei seinem Verein auf 57 Prozent gesteigert. Heynkes ist ein arbeitsloser Angestellter. Seine Gedanken sind frei. Meyer-Vorfelder ist ein Arbeitgeber. Er muß dafür sorgen, daß die Kasse stimmt.

Fischer! Scharping!

Nach dem letzten Bericht von Amnesty International wird in 117 Staaten der Erde gefoltert. Deutschland unterhält zu 117 dieser Staaten diplomatische Beziehung. Deutschland hat in 117 dieser Staaten noch nicht militärisch interveniert.

Perestrojka 1

Daß ein Generalsekretär der KPdSU, den die Deutschen lieben, nicht alle Sinne beieinander haben kann, durfte vermutet werden. Daß Michail Gorbatschow aber seine mit dem Verkauf der Sowjetunion erzielten Einnahmen bei einer von ihm umgestalteten russischen Bank deponiert hat, macht ihn vollends zum führenden Trottel des globalen Dorfs: 700.000 Gorbi-Dollari gingen beim Zusammenbruch der Inkombank futschi.

Perestrojka 2

In den achtziger Jahren hatte die Rote Armee 4,25 Millionen Mann unter Waffen. Beim Zerfall der Sowjetunion waren es noch 3,5 Millionen. 1992 verfügte die russische Armee über 2,8 Millionen. Inzwischen hat sich die Truppenstärke auf 1,2 Millionen reduziert. Eine Studie des Generalstabs schlägt nun vor, auch diese Zahl noch einmal zu halbieren. Das Hauptproblem, berichten westliche Agenturen, seien dabei die Finanzen. Nach Einschätzung der Moskauer Regierung würde eine umfassende Militärreform und die Einführung einer ordentlich bezahlten Berufsarmee zwischen 150 und 300 Milliarden Dollar kosten. Und soviel ist das ganze Land nicht mehr wert.

Ökopax 1

Die unter Kohl/Rühe beschlossenen Rüstungsprojekte sind der rotgrünen Bundesregierung nicht genug. Kriegsminister Rudolf Scharping klagt: »Ohne ein neues Transportflugzeug wird die Bundeswehr in relativ überschaubarer Zeit nicht mehr in der Lage sein, an internationaler Friedenssicherung teilzunehmen.« Dazu müsse der Haushalt seines Ministeriums, der im nächsten Jahr von 47,6 auf 49,4 Milliarden steigen soll, noch einmal erhöht werden.

Ökopax 2

Innenminister Otto Schily erweitert die Kompetenzen des Bundesgrenzschutzes (BGS): 18 der 19 BGS-Ämter sollen Abteilungen zur Bekämpfung der »organisierten Kriminalität« erhalten. Schwerpunkt der neuen Ämter ist die Verfolgung der »Schleuserkriminalität«. Flüchtlingen und Asylbewerbern soll der Weg nach Deutschland, den sie schon jetzt nur noch mit Hilfe ortskundiger Fluchthelfer finden können, völlig versperrt werden.

Ökopax 3

Auf die Frage, wo denn die pazifistische Tradition der Grünen geblieben sei, antwortete Rezzo Schlauch, der neue Vorsitzende der Bundestagsfraktion:

Diese Tradition haben wir schon mit dem Einsatz in Bosnien und der Zustimmung zum Nato-Aktivierungsbefehl positiv weiterentwickelt.

Wann ist die Entwicklung des grünen Pazifismus positiv abgeschlossen? Vor der Zustimmung zum Erwerb von Atomwaffen durch die Bundeswehr? Oder erst nach deren Einsatz?

Ökopax 4 bis 12

Grüne Erleuchtungen nach der Hessenwahl:

- Renate Künast, Fraktionsvorsitzende in Berlin: »Was die Grünen anbieten, ist stark verbesserungsfähig.«
- Kerstin Müller, Fraktionsvorsitzende im Bundestag: »Wir müssen Kurs halten. Das Schlimmste, was wir jetzt machen können, ist wegducken.«
- Gunda Röstel, Parteivorsitzende: »Die Partei muß sich Gedanken über ihre Zukunftsfähigkeit machen.«
- Antje Möller, Fraktionsvorsitzende in Hamburg: »Wir haben einen Teil unserer Basis verloren. Da müssen wir ansetzen.«
- Reinhard Bütikofer, Bundesgeschäftsführer: »Die Grünen haben sich den Zugang zur Jugend selbst verstellt.«
- Krista Sager, Senatorin in Hamburg: »Die Partei muß stärker auf ihr Erscheinungsbild bei den Wählern gucken und sich um Fragen kümmern, die den Menschen auf den Nägeln brennen.«
- Irene Fröhlich, Fraktionsvorsitzende in Kiel: »Die Grünen sollten ihr Profil schärfen.«
- Joschka Fischer, Außenminister: »Man muß jetzt über Konsequenzen diskutieren.«
- Kurt Edler, GAL Hamburg: »Wenn wir uns nicht weiterentwickeln, haben wir keine Zukunft.«

Eine Frage

Sehr geehrter Herr Scharping,

immer wieder sage ich mir, »das gibt’s doch nicht, das kann doch nicht sein«: Der deutsche Verteidigungsminister tritt offen, scheinbar ohne Skrupel und ohne Uno-Mandat für einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat ein. Wie kurz ist doch der Weg vom Verteidigungs- zum Angriffsminister ... Regen sich da bei Ihnen wirklich keine Skrupel?

Mit freundlichen Grüßen

Franz Hainz, Ottobrunn

Eine Antwort

Sehr geehrter Herr Hainz,

bei den Diskussionen um die Situation im Kosovo geht es darum, den Frieden für Leib und Leben der Menschen in dieser Region zu garantieren und neue Massaker zu verhindern. Mit den von Ihnen angesprochenen Intentionen haben diese Überlegungen nichts gemein. Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich schon aus diesem Grunde mit dem aggressiven Ton Ihres Briefes Probleme habe.

Mit freundlichen Grüßen

Jörn Thießen, Persönlicher Referent des Bundesministers

Original Frankfurter 1

Schließlich und unerwartet was geworden ist der Karsten Voigt: Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt seines Mitfrankfurters Joseph Fischer. Als solcher erklärt Voigt, der Anfang der

Siebziger bei den Jungsozialisten mit einer »Doppelstrategie« Furore gemacht hatte, erstens, die amerikanischen Juden und ihre Verbände betreffend:

Ich habe ein großes Interesse daran, das deutsche Verhältnis zu den amerikanischen Juden zu verbessern. Denn in Deutschland werden die jüdischen Verbände oftmals nur als Belastung angesehen.

Und zweitens, sich und seine Regierung betreffend:

Diese neuen Leute sind nicht nationalistisch, aber sie vertreten deutsche Interessen so wie sie vorher niedersächsische oder saarländische oder die Interessen von VW vertreten haben.

Wieder ist Voigts Aufgabe eine doppelstrategische: die Interessen von VW so zu vertreten, daß die jüdischen Verbände von den Deutschen nicht nur als Belastung empfunden werden, sondern bloß: auch.

Original Frankfurter 2

Schließlich und unerwartet was geworden ist auch Joscha Schmierer, der in den siebziger Jahren den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) führte und bis gestern von dessen hinterlassenen Mitgliedsbeiträgen eine Zeitschrift und damit seinen Unterhalt finanzieren konnte. Weil Schmierer auch einmal ein Buch mit dem Titel »Mein Name sei Europa« verfaßt haben soll, wurde er von seinem Mitfrankfurter Joseph Fischer als »Europaexperte« (»Tageszeitung«) in den Planungsstab des Auswärtigen Amts berufen.

Ein Volk

steht auf und ruft: »Berlin braucht sein Stadtschloß!« In der ersten Reihe:

Arnulf Baring, Ferdinand Fürst von Bismarck, Artur Brauner, Günter de Bruyn, Marion Gräfin Dönhoff, Joachim Fest, Dietrich Fischer-Dieskau, Götz Friedrich, Götz George, Regine Hildebrandt, Gertrud Höhler, Wolfgang Joop, Manfred Krug, Hanna Renate Laurin, Vera Lengsfeld, Siegfried Matthus, Edzard Reuter, Lea Rosh, Peter Schamoni, Rupert Scholz, Richard Schröder, Bernhard Servatius, Wolf Jobst Siedler, Michael Stürmer, Wolfgang Thierse, Antje Vollmer.

Blitzmädel

Die Schwimmerin Franziska von Almsick ist im Berliner Stadtgebiet mit Tempo 116 km/h gefahren, 66 km/h mehr als erlaubt. Sie erhielt eine Geldstrafe von 500 Mark und zwei Monate Führerscheinentzug. Von weiteren Belohnungen hat die Berliner Gasgeberjustiz vorläufig abgesehen. Almsick hat Berufung eingelegt.

Hätten wir 1918 die deutschen Kolonien nicht verloren, hätten wir in der Nationalmannschaft wahrscheinlich auch nur Spieler aus Deutsch-Südwest

---

Gerhard Meyer-Vorfelder, CDU

Konkret 03/99, S. 12

Kay Sokolowsky

Die neue Rechte

Mit der »Emma«-Titelgeschichte zur Nazifilmerin Riefenstahl hat sich Alice Schwarzer zur neuen Frauenschaftsführerin gemacht

»Down, down, down. Would the fall never come to an end?«
Lewis Carroll: *Alice's Adventures under Ground*

Wahrscheinlich nicht, solange das Grubenlämpchen noch glüht und die Heldin ihren Fall für eine Karriere hält, welche sie nicht etwa tiefer und tiefer in die hiesige Grundordnung treibt, sondern höher und höher, jenen Kreisen entgegen, in denen Geschichte Mythos, Lüge Legende heißt und deren erlesene Bewohner über das rare Privileg verfügen, schon zu Lebzeiten strenger duften zu dürfen als alle anderen. Down, down, down, um dahin zu gelangen, wo auf den Fläschchen »Trink mich« steht und den Küchlein »Iß mich«, und zwar in Alfred Bioleks Handschrift; hinab, hinab, hinab – dorthin, wo eines Menschen Größe davon abhängt, was zu schlucken er bereit ist und wie wenig es ihn ekelt, gelegentlich am Bodensatz zu lecken; wo, kurz, der blanke Wille zum Wichtigtun triumphiert über jeden Geschmack und Verstand.

Alice Schwarzers Abenteuer mit und in Deutschland, unversieglich larmoyant erzählt und erzählt by herself, bis es nur denen nicht aus den Ohren kam, die eh auf Durchzug geschaltet hatten, oder denen, die vom Sound der Erzählerin schlicht nicht genug kriegen, von diesem kumpelhaften, anmeiernden, keiner rhetorischen Dumpfmeisterei ausweichenden Tonfall – Schwarzers Fährnisse auf dem Weg zur inneren Einheit, ihrer eigenen und der ihrer Nation, haben gleichwohl, im Pöckinger Audienzsaal der Leni Riefenstahl, ein vorläufiges Ende gefunden, dem Schwarzer nur mehr einen Epilog anzufügen vermag, ohne es aber wirklich zu müssen. (Zwingen und mundtot machen freilich ließe die Frau, die 1985, in der Textsammlung *Mit Leidenschaft*, um *gar keinen Preis ... die manchmal recht dünne Luft der Konfrontation wieder tauschen** mochte *gegen die stickige des Sich-Einreihens, des Sich-Beugens*, diese *autonome Feministin*, die 1984, als wissenschaftliche Beirätin des blutjungen Hamburger Instituts für Sozialforschung, versprach, *den besonderen Freiraum, den wir hier haben und in dem laut etwas gesagt werden kann, was zur Zeit woanders noch nicht einmal mehr leise gedacht werden darf*, zu *nutzen*, pressieren also und knebeln ließe »eine der faszinierendsten Frauen der Gegenwart«, wie ihr Hausverlag Kiepenheuer & Witsch sie nennt, sich nicht einmal durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, das Schwarzer, gleich nach Empfang 1996, als *indirekte, diskrete Ermutigung für kritisches, eben manchmal auch Ihnen unbequem werdendes Engagement* zu verstehen, *Herr Bundespräsident*, sich genehmigte.)

Der Fall der Alice Schwarzer, der ein echt neudeutscher Aufstieg ist, von der antiautoritären Bewegung durch die bürgerliche Initiative hinan zur bourgeoisen Autorität, die sich nicht länger, d. h. schon seit langem nicht mehr gefallen lassen mag, daß *der nivellierende Gruppendruck und gleichzeitig verdeckte Machtstrukturen – hinter deren schützendem »Wir« Einzelne im Namen eines Kollektivs die Drähte* ziehen – ihr das obsessive »Ich«-Sagen versauern: Dieser tiefe Fall nach oben wäre der Rede nicht noch der Beobachtung wert, hätte es seine Heldin damit bewenden lassen, sich, wie geübt, bei jeder Gelegenheit für die eigenen Verdienste zu loben – im Namen eines »Wir Frauen«-Kollektivs, das sich nicht wehren kann, weil es so wenig da ist wie ein selbstbewußtes Proletariat – , die Drähte zu zupfen, an denen außer ein paar Volontariaten zum Glück wenig hängt, und ansonsten ein Heft am Leben zu erhalten, das, wäre es ein Kind, geradezu einen Modellfall abgäbe für die »praktische Ethik« des Schwarzer-Freundes Peter Singer. Aber dann – aus der petrifizierten »Bonner« war die steindumme »Berliner« Republik erwachsen – traf Alice auf Leni, und es schlugen unvermittelt zwei Herzen im 08/15-Takt: *Wie alle Legenden ist auch die Riefenstahl aus der Nähe nur ein Mensch, in dem Fall noch ein weiblicher dazu, also bescheiden und verbindlich im Auftritt.*

Also erledigt sich in einem Satz jegliche Mühsal und alles Gewese aus drei Jahrzehnten *Radikalfeminismus*, schrumpft ein zur Feststellung, daß Frau Riefenstahl eine Frau und sogar ein Mensch ist und, wg. weiblich noch dazu, keine Legende, sondern ein Ausbund an guten Manieren. Was Alice Schwarzer bei der Lieblingsregisseurin Adolf Hitlers zu suchen hatte außer *zur Begrüßung ... Kaffee und Kuchen*, wird aus der 16-Seiten-Strecke, die »Emma« 1/99 der Chefin freiräumt, nicht auf Anhieb klar. Stark nach Rekonstruktion des Niegewesenen riecht ein Absatz etwa in der Mitte der Huldigung: *Mir fiel irgendwann Anfang der 80er der Ton auf, in dem über Riefenstahl geredet wurde. Diese Selbstgerechtigkeit und Gehässigkeit, hinter der immer etwas anderes steckt.*

Anfang der 80er? Als über »die Nazisse« (Erich Kuby) ausnahmsweise kein Gerede war? Jedoch sehr viel Aufregung um die Frau, die ihr heute die Standarte hält und die sich damals von Henryk M. Broder eine »Antisemitin« nennen lassen mußte, aus nicht untriftigen Gründen. Bis dahin hatte Schwarzer Beschimpfungen ertragen müssen, deren Motive, Vokabular und Absicht die Korrektheit dessen, was sie schrieb und trieb, nachgerade zu belegen schienen. Nun allerdings – es ging in »Emma« um *das Israel-Palästinenser-Problem* – hatte die Vor-allem-Feministin sich zu weit aus dem Fenster gelehnt und, indem sie von Angelegenheiten redete bzw. reden ließ, die mit Sexismus nichts, mit deutscher Ideologie alles

zu tun hatten, erhebliche Defizite in kritischer und Faschismustheorie bekannt. Ihre Reaktion auf Broders Attacke (unter dem Titel »Ihr seid die Kinder eurer Eltern« 1981 in der »Zeit« erschienen) zeigte nicht allein, daß Schwarzer unfähig ist, irgendeine Kritik anders denn als *Diffamierung*, lieber noch: *persönliche Diffamation* wahrzunehmen. Die Apologie pro domo, die sie zunächst in KONKRET, danach in »Emma« und zum dritten Mal – so wichtig war ihr die Rettung eines hart erkämpften Images – in *Mit Leidenschaft* abdrucken ließ, markiert zugleich den Punkt, von dem aus der freie Fall der Alice Schwarzer hinab an den Kaffeetisch Leni Riefenstahls einsetzte. Die Huldigung an Goebbels' Protegé ist in *Sind wir alle Antisemiten?* präformiert.

Jede Zeile des Rechtfertigungsartikels von 81 äußert ein Unbewußtsein, dem aufzuhelfen Schwarzer, ganz Kind des Landes, *das ich hasse und liebe*, durchaus nie bereit gewesen ist. Sie plärrte, *Schlimmeres (könne) man einem Deutschen 37 Jahre nach Auschwitz nicht anlasten als die Absicht, »eine zweite Endlösung« anzustreben*. Es wird alle diejenigen, die an der ersten »Endlösung« mitgewirkt hatten, gefreut haben zu hören, daß ihre Verbrechen allenfalls das Zweitschlimmste gewesen sind, was einem Deutschen nach Auschwitz angelastet werden kann. (Die erbärmlich schlechte Schreiberin hat sich hier, wie noch zu sehen sein wird, nicht einfach im Ton vergriffen.) *In keiner Frage muß man sich darum auch vor Pauschalisierung so hüten wie in dieser. Broder hütet sich nicht. Im Gegenteil, er drischt drauf los, was das Zeug hält. Er ist dabei so leichtsinnig wie demagogisch, seine Methoden sind so fragwürdig wie seine Motive.* Die Pauschalierung, die sie meinte, betraf die deutsche Linke, die Broder in seiner Polemik auch meinte, und für die pro toto zu sprechen sich Schwarzer 1981 erlauben durfte, weil die Rechte mit dem »Mannweib« (»Bild«) keinen Bissen Brot, geschweige ein Fernsehkochstudio teilen wollte und weil kaum jemand gemerkt hatte, daß die Frau, die so oft »ich« sagt, sofort von »uns« redet und ein *schützendes »Wir«* reklamiert, wenn man ausdrücklich ihr an den Karren fährt.

Was aber nicht heißen soll, sie habe nicht den meisten Linken, die sich anno 81 dafür hielten, aus dem Abgrund des Herzens geschwafelt, als sie ihr Verhältnis zum Völkermord so faßte: *Die richtige Haltung scheint mir eine Empfindsamkeit zu sein, die weder unser Deutschsein – mit seinem ganzen schmerzlichen Erbe – verleugnet, noch in die dunklen Niederungen eines fatalistischen mea culpa hinabkriecht.* Ja, es schmerzte und schmerzt unsere Heldin in der Tat sehr, dieses Erbe, so sehr, daß sie sich zuletzt von einem *Juden polnischer Herkunft* vorbuchstabieren lassen mochte, auf wessen Seite tatsächlich gelitten worden ist. Viele Jahre später, in den dunklen Niederungen hoch überm Starnberger See, sollte Schwarzer einer Kreatur begegnen, der wahrlich niemand vorwerfen kann, ihr Deutschsein jemals verleugnet oder auch nur ein Mal »mea culpa« gesagt zu haben, und die degoutante Diktion des Plädoyers wider Broder ohne Problem übertragen auf *die so besonders begabte Leni Riefenstahl*: *(Die) Vereinfacher haben die lauteste Stimme; nicht selten, weil sie eigene Abgründe übertönen müssen*. 1981 lautete der gleiche Schwachsinn so: *Aber so wenig, wie das Betroffensein vom Sexismus vor Antisemitismus schützt, so wenig schützt, leider, auch das Betroffensein von Antisemitismus vor Sexismus*. Folgt eine Bemerkung über *Broders mehrfach publizierte gockelhaft selbstgefällige Frauenverachtung*, die nur dem einen Zwecke dient, dem Juden, der eine Antisemitin beim Namen genannt hat, retour eins reinzuwürgen: *Beides*, Antisemitismus und Sexismus, *gedeiht auf demselben Boden*. Schwarzer ist von diesem monströsen Theorem seit jeher authentisch und felsenfest überzeugt, *noch heute schärft mein Blick für Antisemitismus den für Sexismus*, und wenn sie auf die *Kette der Progrome* (!) sieht, dann sieht sie wirklich nichts als den *Genozid an meinem Geschlecht*. Einen *umfassenden politischen Durchblick* forderte die Flachdenkerin, die ihresgleichen *Masochismus*, den Juden *Demagogie* attestierte, 1981 ein, und daß der alte Text, der sich heute wie ein Empfehlungsschreiben an die Pöckinger Lemure liest, die »Linke« Alice Schwarzer nicht zur persona non grata unter den Linken machte, läßt sich allein mit dem umfassenden politischen Durchblick entschuldigen, für den deutsche Linke (der Akzent liegt auf dem Adjektiv) weltberühmt sind.

Damals, so Schwarzer Ende der Neunziger über Schwarzer Anfang der Achtziger, *kannte ich ihre Filme noch nicht und hatte ihre Fotos nur flüchtig betrachtet.* Immerhin wußte die selbsternannte Ahnungslose schon 1979 über Riefenstahl so viel, daß sie, im Besinnungsartikel *Was ich mit Majdanek zu tun habe*, zu Recht empört notieren konnte: *In der sich als liberal verstehenden »Zeit« stand jüngst ... ein sogenanntes Psychogramm des ehemaligen NS-Rüstungsministers Albert Speer ... Drei Folgen, in Farbe, hochsensibel, mit Familienfotos und einem ganzseitigen Farbporträt Speers, neu aufgenommen von Leni Riefenstahl (!).* Das Ausrufezeichen stammte von Schwarzer (und fehlt auch nicht im Nachdruck sechs Jahre später), die ihren Abscheu vor der Porträtfotografin des Arbeitssklavenhalters aber schon lange vergessen hat und eine NS-Kontinuität nicht mal mehr erkennt, wenn sie ihr die Hand schüttelt. Eine Frage, bei der Gelegenheit, worüber der Architekt und die Abbildnerin der Reichsparteitage denn so geplaudert haben anläßlich des »Zeit«-Klassentreffens, kommt der Frau, der *irgendwann Anfang der 80er* etwas auffiel, nicht in den Sinn. Sie ist nämlich mächtig beschäftigt damit, *einen wirklich offenen Blick ... zu richten*.

Ich begann, genauer hinzusehen und hinzuhören. Jetzt, im November 1998, hatte ich einen Anlaß: Im Filmmuseum Potsdam wird die erste Riefenstahl-Retrospektive in Deutschland gezeigt. Die Erregung ist vorprogrammiert. Und die Voreingenommenheit auch. Dem muß begegnet werden, daran hat Schwarzer, die, unbestritten, noch nie gekniffen hat, wenn es galt, Tabus zu brechen, keinen Zweifel mehr. Vorgestern der Paragraph 218, heute der »Triumph des Willens«, die Unterschiede sind, von dem Niveau aus, auf dem die bekennende Dönhoff-Verehrerin sich mittlerweile befindet, kaum als graduelle zu erkennen. *»Wer sich Ärger einhandeln möchte, sollte ein Buch über Leni Riefenstahl schreiben«, notiert ...*

Ausstellungsmacherin Bärbel Dalichow ... Ich entschloß mich, selbst mit Riefenstahl zu reden. Dieser Löwinnenmut vor einem Sprechverbot, das sich die Rechte nie auferlegt hat und dessen Abschaffung eben die Retrospektive in Potsdam (sowie eine simultane in Köln) aufs deutlichste verkündet, diese lächerliche Simulation von Courage, wo es doch spätestens seit Bianca Jaggers flammendem Bekenntnis, Mitte der Siebziger, zu »dieser Frau mit solchen kreativen Kräften« eher schon Schneid erfordert, faschistische Propaganda, statt »cool« oder »Pop«, weiterhin den zu zensierenden Dreck zu nennen, der sie ist – Alice Schwarzers Kämpferinnenpose angesichts dieser Frau, dieses Werks und dieses Landes, das die angeblich *Gehetzte* nie verkommen ließ, im Gegenteil, entwertet zwar nicht die Meriten, die Schwarzer einst erwarb, erlaubt aber die Frage, ob eine journalistische Karriere, die im Kaffeekränzchen mit Leni Riefenstahl gipfelt, nicht auch ohne den bestialischen Haß, den Schwarzer mal auszuhalten hatte, ohne die »Menschenhatz« (Christian Schulz-Gerstein), die nach dem *Kleinen Unterschied* (1975) auf sie eröffnet worden war, zu haben gewesen wäre.

Ihr Arbeitscredo formulierte Alice Schwarzer 1985 so: *Es ging und geht mir um einen Journalismus, der seine politische Funktion transparent macht und bewußt erfüllt.* Darf man unterstellen, daß sie diese Phrase, hereingeweht aus einer sagenhaft banalen Medienkritik, die mal gräßlich in Mode war, als die beteiligten Kritiker noch vergeblich um einen Platz am Fleischtrog anstanden, ernst gemeint hat? *Mit Leidenschaft*? Dann dürfte ihr Riefenstahl-Stück getrost als Abschied und Überwindung dieser Maxime zu werten sein, bewußt-, ja besinnungslos seiner politischen Funktion – der zur forcierten Normalisierung Deutschlands – , transparent allein in seinem Bemühen, den Frauen, die noch »Emma« lesen, allen Ernstes eine fanatische Herrenmenschin als Vorbild zu empfehlen. *Einen Journalismus* gelobte Schwarzer 85, *der sich gegen die Lüge von der Objektivität wendet und damit die Spielregeln bricht, die nur denen nutzen, die sie aufgestellt haben.* Heute, als gefragter Talkshowgast, Quizclown, gleich zwiefach Biographierte, Karnevalsprinzessin und Verdienstkreuzträgerin, als Journalistin also, die nach allen Regeln mitspielt und gar nicht daran denkt, ein System zu verändern, das eben nicht so ist, wie es ist, nur weil es den Männern dient, sondern vor allem weil der Kapitalismus, der alte Hermaphrodit, es so braucht, heute plädiert sie im Umgang mit einer Nazi-Ikone für einen *wirklich offenen Blick* und *genaue Kritik* – die objektive Geste, die in der Tat eine Lüge ist, regiert die Riefenstahl-Hommage derart rigid, daß kein Satz darin vorkommt, der nicht verkitscht wäre, schönredete, verleugnete oder kurzerhand fälschte.

Mögen einige der vielen Dummheiten und Dreistigkeiten im neueren Werk Alice Schwarzers noch zu »entschuldigen« sein durch die *objektiven* Bedingungen der bürgerlichen Medien, denen sie sich mit Haut und Haar ergeben hat, kann am Titelstück der Januar-»Emma« freilich kaum ein Wort als bloßes Produkt der allwaltenden Medienmaschine gerechtfertigt werden. Denn Schwarzer unterläßt das, was doch das mindeste ist, um einen Unterschied des bürgerlichen Journalismus von offener Demagogie noch markieren zu können: eine Recherche, die den Namen bloß entfernt verdient hätte. Offenbar über kein anderes Material verfügend als den Begleitband zur Potsdamer Schau (*Leni Riefenstahl*, Henschel Verlag, Berlin 1998, 250 Seiten, 59,90 Mark), tut Schwarzer so, als wisse sie mehr als dessen Autoren und unterschlägt leichthin, was sie daraus erfahren hat, ihr jedoch nicht in den Kram paßt. Die großteils solid bis vorzüglich gearbeiteten Essays des Buches, die Akribie und Quellensorgfalt, die zumal Claudia Lenssen und Felix Moeller in biographischen Angelegenheiten der Riefenstahl walten lassen, sind Schwarzer so unangenehm, ja ärgerlich, daß sie, die kein plattes Psychogeseich ausläßt, um ihre Leni weißzuwaschen, Lenssens hochpräzisen und nüchternen Aufsatz zu »Leben und Werk« einer *unterschwelligen Voreingenommenheit und permanenten Psychologisierung* zeiht. Schwer zu sagen, was hier widerlicher anmutet: die Denunziation der Konkurrentin oder die schamlose Unredlichkeit des Verfahrens. (Die »Bild«-Zeitung, die für bestimmte charakterliche Dispositionen durchaus einen Riecher hat, folgte, soviel ist nun klar, nicht nur reklametechnischen Erwägungen, als sie Schwarzer in ihre »Kulturpreis«-Jury berief.)

Die Apologetin kolportiert – offenbar annehmend, es käm' ihr schon keiner auf die Schliche – , Riefenstahl habe nur ein einziges Mal im Auftrag der NSDAP inszeniert, und zwar »Triumph des Willens« (1934), *weniger aus politischem Interesse ... und eher in der Hoffnung, danach die Freiheit zu haben, »nie mehr Filme für die Partei machen zu müssen«.* Tatsächlich hatte Riefenstahl schon 1933 dem Führer einen Parteitagsfilm geschenkt, »Sieg des Glaubens«, und legte ihm 1935 mit »Tag der Freiheit« eine weitere glühende Beschwörung der NS-Religion zu Füßen, (»Am Ende von ›Sieg des Glaubens‹«, referiert Lenssen, »sieht man eine Hakenkreuzfahne in den Wolken, am Ende von ›Triumph des Willens‹ den Reichsadler – dieses Mal bildet eine Fliegerstaffel ein Hakenkreuz, dazu ist das Deutschlandlied zu hören.«) *70 Jahre Arbeit, davon drei Monate im Dienste Hitlers – und sie gilt lebenslang als Nazi-Künstlerin.* Klagt Schwarzer tief erschüttert, womöglich sogar mit der Riefenstahl-Filmographie vor sich.

Wider besseres Wissen – das ihr unterstellt sei, weil sie andernfalls als ignorante Idiotin, die sie nicht ist, noch zu freundlich apostrophiert wäre – betet Alice Schwarzer jede der Sagen und Lügen nach, die Riefenstahl seit 45 um sich und ihr Werk verbreitet. *Dem »Triumph des Willens« folgt 1936 der Auftrag (des IOC), einen Film über die Olympischen Spiele in Berlin zu drehen.* Beim Historiker Moeller, der für den Ausstellungsband die Verbindungen Riefenstahls zur Parteispitze untersucht hat, liest sich das anders: »Schon bevor die ersten Goebbels-Tagebücher bekannt wurden, war eine weitere Legende ... nicht mehr zu halten. (Beim Olympiafilm) handelte es sich nicht um eine unabhängige Arbeit im Auftrag des Olympischen Komitees, sondern um einen Staatsauftragsfilm des Propagandaministeriums ...« 400.000 Reichsmark Gage plus Zulagen spendierte Goebbels der willigen Helferin für das Stück, in dem die ästhetischen Ideale des

Nationalsozialismus so vollendet abgebildet waren wie vormals in den Parteitagsstreifen seine restlos ästhetisierte Ideologie. »Die reine Oberfläche ist schon die Aussage«, konstatiert Georg Seeßlen in *Tanz den Adolf Hitler* (Berlin 1994), »(Riefenstahls) Körper- und Heldenbilder, ihre Ornamente von Massen und Formen, ihre Raumerfahrungen und -ordnungen ... lassen nichts anderes zu, weisen auf nichts anderes als sich selbst, schließen alles andere aus. Jedes Bild ... von Leni Riefenstahl ist eine Gewalttat, die vollständige Ersetzung der organischen Welt durch die kriegerische Pose.« Schwarzer sieht das, sagen wir mal, nicht so: *Der zweiteilige Dokumentarfilm »Fest der Völker« und »Fest der Schönheit« verwandelt simplen Sport in hehre Kunst und setzt bis heute Maßstäbe in der Sportberichterstattung.*

Die Obszönität der Riefenstahlschen Bilder, diese endlose Serie symbolischer Erektionen, Penetrationen und Ejakulationen, all die sadomasochistischen Inspirationen und die bis zum Exzeß sexualisierte Mise en scène will die »PorNo«-Aktivistin nicht einmal wahrnehmen. Zum »Triumph des Willens« fällt ihr statt dessen dies ein: *... ein Film, der so göttlich war, wie sich die Nazis gerne selbst sahen ... anonyme irdische Menschen, verklärt zur heroischen Verkörperung einer großen Idee.* Den Nationalsozialismus als eine große Idee zu bezeichnen, hätte selbst Broder ihr nicht zugetraut. Doch die hemmungslose Identifikation mit dem Gegenstand – vulgo: der *offene Blick* – nimmt Schwarzer alle Bedenken; der folgende Absatz steht nicht etwa in einem Skinhead-Fanzine, sondern in »Emma«: *(Als) die Nazis an die Macht kamen, schwärmte Leni Riefenstahl für den Führer, wie Millionen andere Deutsche auch. Nur bei ihr kam hinzu – der Führer schwärmte auch für Leni. Ihre archaischen, mythischen, poetischen Bilder brachten ihn zum Träumen.* Der Führer, ein heimlicher Romantiker. Ein Träumer. Mit einer großen Idee ... Gab es denn keine einzige Redakteurin, die rasende Chefin zur Räson zu bringen? Ist dort, in Köln, Alteburger Straße, nach den zahlreichen Vernichtungsphantasien, die während der letzten Jahre als neofeministische Analyse verhökert wurden (»Ich kastrier und sezier dich«, 2/96; »Eine Waffe haben. Und wenn er dann da steht, sie aus der Tasche ziehen. Langsam, cool. Genießen, wie sich seine selbstgefällige Arroganz, seine Bedrohlichkeit, in Angst verwandelt. Seine Angst. Ihn das Fürchten lehren. Zielen. Abdrücken. Vielleicht wirklich abdrücken«, 6/96; »Rapperin Alina: endlich Klartext«: »Tötet alle Kinderschänder / in unser aller Herrenländer«, 3/98) – ist dort inzwischen jedefrau wahnsinnig geworden?

Einer der ersten Sätze, die Riefenstahl ... zu mir sagt, ist: »Ich möchte auf keinen Fall, daß Sie denken, ich wolle mich rehabilitieren.« Nein. Wie oft soll sie es auch noch sagen. Und sie muß die Rehabilitation gar nicht wollen; das Geschäft erledigt, ohne Not und voll solidarisch, Alice Schwarzer. *Warum ... wird gerade Riefenstahl zum Symbol für die nicht geleistete Trauerarbeit von Millionen? Ist es, weil die angeblich besondere Schuld dieser einen Frau den Wahn der Millionen Männer verdeckt?* Fünf Propagandafilme für die Nazis, herzliche Freundschaft zu Hitler, bestes Benehmen mit der gesamten politischen Elite, kein Wort der Reue nach dem Krieg, nur Gejammer und ein unermüdliches Prozessieren um die Verleihrechte an ihrer braunen Ware – doch Schwarzer phantasiert sich die exemplarische Faschistin als arme Sündenziege zurecht! Die offenbare Riefenstahl-Lüge, der Nationalsozialismus sei ihr im Grunde fremd gewesen, Politik nie ihre Sache, die »Verstrickung« ins Regime das fatale Resultat einer »dämonischen« Mesmerisierung durch Hitler, wird von Schwarzer affirmativ übernommen und sogar überhöht. Sie will in der Täterin ein Opfer sehen, weil es Täter*innen* im Reich des *Männerwahns* nicht geben konnte (auch das wußte sie, zu Zeiten des Majdanek-Prozesses, einmal besser), stilisiert, mit weit mehr Phantasie als Beweisen, Riefenstahl zum schier prototypischen Opfer männlicher und sexueller Gewalt und scheut sich nicht, die Vita ihrer Leni so lange zu verbiegen, bis es der 96jährigen für eine Ehrenmitgliedschaft im VVN knapp reichen könnte.

Die erhaltenen Zeugnisse über Riefenstahl und ihre herzlichen Kontakte zu diversen Nazigrößen wie Speer oder Martin Bormann erwähnt Schwarzer nicht, obwohl einige davon ihr, im Ausstellungsband, vorlagen. Die Mythisierung, die sie im Namen und nach dem Vorbild der Heroin betreibt, läßt eine Geschichtsschreibung nicht zu, die authentischen Quellen eher vertraut als einer notorischen Leugnerin. Daß Julius Streicher bei Riefenstahl ein- und ausging, sie duzte und mit mehr als freundlichen Briefen bedachte, verschweigt Alice Schwarzer ebenso wie die zahlreichen wohlwollenden Tagebucheintragungen Joseph Goebbels' über die Reichsregisseurin. Lieber käut sie deren alte Mär von dem *ihr brutal nachstellende(n) Goebbels* wieder, der Leni immerzu an die Wäsche wollte, standhaft abgewiesen wurde und sie mit wachsendem Haß verfolgte, peinigte und boykottierte. Das klingt im Journal der »Verkörperung des Mephisto« (Riefenstahl) doch ein wenig anders: »... bei Frl. Riefenstahl Olympiafilm z. T. angeschaut. Unbeschreiblich gut. ... Eine ganz große Leistung. ... Die Leni kann schon sehr viel. Ich bin begeistert. Und Leni sehr glücklich« (Notiz vom 24.11.37).

Die Leni aber, die der Alice 1998 erzählt, sie habe seit 39 »Aggressionen« gegen Hitler empfunden, *denn sie »haßt Kriege«*, dieselbe Riefenstahl, von der Schwarzer betroffen berichtet: *Auch sie selber kann dem Grauen nicht mehr immer aus dem Weg gehen. Dreharbeiten an der Front in Polen bricht sie nach zwei Tagen ab, nachdem sie ... nach ihren eigenen Worten in den Kriegswirren von einem deutschen Soldaten mit den Worten bedroht wurde: »Schieß das Weib nieder!« –* diese Leni Riefenstahl telegrafiert am 14. Juni 1940 ins Führerhauptquartier: »Mit unbeschreiblicher Freude, tief bewegt und erfüllt mit heissem Dank, erleben wir mit Ihnen mein Führer, Ihren und Deutschlands grössten Sieg, den Einzug Deutscher Truppen in Paris. Mehr als jede Vorstellungskraft menschlicher Fantasie vollbringen Sie Taten, die ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit sind, wie sollen wir Ihnen nur danken? Glückwünsche auszusprechen, das ist viel zu wenig, um Ihnen die Gefühle auszusprechen, die mich bewegen.«

In Kenntnis solcher Dokumente erfrecht Alice Schwarzer sich zu der Lieblingsbehauptung aller Riefenstahl-Apostel: *Wären nicht die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gekommen, sondern die Kommunisten – Leni Riefenstahl wäre vermutlich neben Sergej Eisenstein ... eine Ikone der roten Filmkunst geworden. Und sie hätte wohl einen nicht minder beflügelten Film über einen roten Parteitag geliefert, wie sie ihn ... den Braunen ablieferte.* Der brillante Werkvergleich beider Regisseure, den Oksana Bulgakowa im Begleitband zur Potsdamer Ausstellung vorlegt und der fundamentale Diskrepanzen in beider Ästhetik benennt, schert Schwarzer ebensowenig wie Siegfried Kracauers nicht gerade verschollenes Standardwerk zur faschistischen Filmästhetik *Von Caligari zu Hitler* (1947). Leni Riefenstahl gehörte dem Nationalsozialismus mit Leib und einer Art Seele an; daß sie nach 45 nur noch einen Spielfilm (»Tiefland«, 1954) fertigstellte und sich lieber aufs Fotografieren nackter »Naturvölker« und stummer Meerestiere verlegte, war nicht die Konsequenz ihrer inneren Zweifel, sondern die einer nie überwundenen Affinität zum SS-Staat und seiner Ideologie. Zum Schluß ihres irrwitzigen Artikels scheint Schwarzer fast eine Ahnung davon zu beschleichen: *Da sieht man die weit über 90jährige im Tauchanzug, wie sie sich ... (einem) Rochen nähert. Der Fisch hat einen Durchmesser von anderthalb Metern und einen Schwanz wie ein Schwert. Er kann mit einem Schlag einen Menschen töten. Ein Fall für Leni.*

Down, down, down. Wird dieser Fall niemals aufhören? Wahrscheinlich nicht, solange das faschistische Bild, an dem Riefenstahl maßgeblich mitinszeniert hat, seine faszinierten Fans von Madonna über Rammstein bis nun auch Alice Schwarzer findet und solange eine Grabesruhe herrscht im neuen Deutschland, wenn die Leihmutter der Nation frechweg hinschmiert: *Ohne das mörderische Zwischenspiel des Tausendjährigen Reiches würde die Riefenstahl-Euphorie heutzutage vermutlich noch viel weiter gehen*. Den Nationalsozialismus nun aber mal als Zwischenspiel beiseite lassen, um eine *so begabte* Nazi-Künstlerin für den Kultur- und Traditionsbestand der Berliner Republik zu retten (*ihr früher Autorenfilm* (!) *»Das blaue Licht«* von 1932 *wäre ein Kultfilm der Frauenbewegung wie der Ökobewegung*), die Ergebenheitsadressen der Riefenstahl an ihren geliebten Führer als eine der großen platonischen Romanzen des Säkulums anschmachten, um diesem Führer auch eine menschliche Seite abgewinnen zu können, und jetzt evtl. endlich ein *radikalfeministisches* Porträt der armen Eva Braun verfassen ... Das wären Aufgaben, die auch dem Fall der Alice Schwarzer eine Fortsetzung (die aber, wie gesagt, nur ein Epilog sein kann) gewährleisteten.

Deutsche sein nach Auschwitz, daran rieb ich mich, politisch wie menschlich, schon sehr früh wund – die Wunden, mit denen sie 1985 noch renommierte, sind verheilt, nicht mal Narben mehr zu sehen. Ihr entspanntes Verhältnis zur moralischen Repression, anläßlich von *»PorNo!«* 1987 geäußert; ihre Freude über die einheimische Golfkriegsopposition 91, verbunden mit dem öffentlichen Bekenntnis, sie sei *zum ersten Mal in meinem Leben stolz ..., Deutsche zu sein*; ihre ekelerregend devote Dönhoff-Liebeserklärung 96 (*Ein widerständiges Leben*), in der die greise Gräfin jeglichen Feudalhirnschamott unwidersprochen, nicht selten abgenickt von der Autorin, ausbreiten darf (*Auch Marion Dönhoff findet die ganzen »Nürnberger Prozesse« höchst fragwürdig. »Die Alliierten wollten es den Deutschen mal so richtig zeigen. ...« In Nürnberg, so sieht es Dönhoff auch heute noch, »wollten sie die Guten von den Schlechten trennen. Da sie den deutschen Widerstand leugneten, gab es für sie keine Guten – und so geriet die ganze Veranstaltung zu einer Art Vernichtung der Deutschen ...«*); Schwarzers Engagement zur selben Zeit für *lebenslange Sicherheitsverwahrung* von Kinderschändern und gegen eine liberale Strafprozeßordnung (*Ausschließliche Zulassung von spezialisierten Psychiatern als Gerichtsgutachter!)* und das berüchtigte »Emma«-Dossier über die Herrlichkeit, Soldatin zu sein, gleichfalls im Dönhoff-Coming-out-Jahr erschienen; schließlich die Romy-Schneider-Biographie (*Mythos und Leben*) von 1998, ein sogar für Schwarzers Verhältnisse unverschämt schludrig und trivial hingerotzter Text (*Romy Schneider ist mit ihren abgründigen Unwertgefühlen also keine Ausnahme ... Ein paar Wochen lang sieht es so aus, als würde der Schmerz sie niederknüppeln*), der in jeder Zeile darum bettelt, seiner Verfasserin die Moderation von »Mona Lisa« oder wenigstens »Herzblatt« anzutragen – –

all diese Stationen mußte Alice unter dem Grund passieren, um hinab, hinab, hinab nach Pöcking zu gelangen, weg von der Linken und dem *Radikalfeminismus*, weiter und weiter und weiter weg; all diese Aventiuren des wertreaktionären Mittelstandes mußte sie bestehen, um als die neue Rechte endlich sogar von Leni Riefenstahl registriert und empfangen zu werden, von dieser *erprobten, aber gefährlichen Mischung*. »So Alice ran off, thinking while she ran (as well she might) what a wonderful dream it had been.«

* alle krusiv gesetzten Passagen sind Zitate von Alice Schwarzer

---

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 2/99 über Utopien im Krabbeltierfilm

Konkret 03/99, S. 14

Dokumentation: Pop meets Nazi

Cornelia Siebeck berichtet in der »Taz« (4.2.99) von einer Veranstaltung über »Pop und Leni Riefenstahl«, die Ende Januar im Potsdamer Filmmuseum stattgefunden hat. Es diskutierten Ulf Poschardt, Chefredakteur des »SZ-Magazins«, Helmut Lehnert, Manager der Band »Die Ärzte«, die Filmemacher Sibylle Schimpf und Peter Kuhn; Moderation Kai Uwe Kohlschmidt, Sänger der Band »Sandow«. Ein Auszug:

(Sibylle Schimpf und Peter Kuhn) haben sich dem Museum anläßlich der (Riefenstahl-) Ausstellung selbst empfohlen und dürfen nun ihr Projekt vorstellen: die Verfilmung der Behindertenolympiade 2000 in Riefenstahl-Ästhetik. ... In halbgaren Phrasen schwärmen die beiden von Riefenstahls Pioniertaten im Sportfilm, so daß klar wird: Hier soll nicht etwa Riefenstahl demontiert werden, sondern auch Behinderte sollen endlich bei so was einmal mitmachen dürfen. Kohlschmidt bemerkt, da werde »ein Spannungsfeld aufgemacht«, und legt dann seine Meinung zu Rammstein dar: Die Band (die ihr Video »Stripped« aus Riefenstahls Olympiafilm montiert hat, Anm. d. Red.) habe sich eine Marktlücke gesucht, das sei schon okay. Pop funktioniere eben nach westlicher Marktideologie. Leni Riefenstahl sei wie Werbung, und Ästhetik sei nicht Politik.

Auf den Einwand aus dem Publikum, man müsse sich auch einmal überlegen, was man ästhetisiere, erwidert er grinsend: »Pop nimmt sich, was er brauchen kann.« Deutlicher hätte man es nicht ausdrücken können: »Moralkeule« ist heute nicht angesagt. Und dann mutiert das Publikum auch plötzlich zu einer von PC-Zwang und Holocaust geknechteten deutschen Jugend, die nun die Gelegenheit nutzt, sich mal so richtig Luft zu machen. Neben den Juden seien im Krieg auch 20 Millionen Russen gefallen, die damit aber »viel natürlicher umgehen«. Als Deutscher dürfe man israelische Palästinapolitik nicht kritisieren, obwohl da auch gemordet werde. Der Kommunismus habe mehr Opfer gefordert als der Faschismus. Und überhaupt: »Tot ist tot, ich rede auch nicht davon, was andere in ihren Kolonien gemacht haben.« Dazu fällt dem Moderator prompt »mal ganz provokativ« das passende Heiner-Müller-Zitat ein: Der einzige Fehler der Deutschen sei gewesen, den Völkermord mitten in Europa zu begehen, ansonsten hätte sich niemand beschwert.

Die Filmemacher sagen nichts mehr; Lehnert schweigt bereits den ganzen Abend demonstrativ in einer Art inneren Emigration. Nur Poschardt versucht zu widersprechen und kann es kaum glauben: »Warum macht denn hier keiner was gegen diesen rechten Fuck?«

Konkret 03/99, S. 18

Anja Krüger

»Bäuerinnenfängerei«

Wie Alice Schwarzer den Feminismus zur Emma machte oder: »Was tun ›unsere Jungs‹ in Somalia eigentlich gegen die Klitorisbeschneidung?«

Zwei große deutsche Frauen im Gespräch. Alice meets Leni. Wie sie sich die Hatz auf ihre Person erkläre, fragt die eine, und die andere antwortet: »Das müßten Sie, Frau Schwarzer, eigentlich besser erklären können als ich.« Natürlich kann sie das besser. Was hat Alice Schwarzer nicht alles für Stürme überstehen müssen, seit sie den Kampf für die Befreiung der deutschen Frau aufgenommen hat? Alle hat sie glorreich überstanden. Vor ihrem publizistischen Alter ego »Emma«, »der einzigen konsequenten Stimme für Frauenrechte UND Tierrechte« (Eigenwerbung) erzittern immer noch alle zwei Monate die Chauvis der Welt, wenn sie wieder einen neuen »Pascha des Monats« outet. Wenn »Emma« kommt, macht das Patriarchat schlapp: Dann zieht der namenlose Muslim seinen Schwanz ein, und der Christ Johannes Rau kommt ins Schwitzen. Denn dann plädiert sogar der Chefredakteur der »Zeit« für eine Bundespräsidentin.

Noch immer gilt »Emma« als »Kampfblatt der deutschen Frauenbewegung« (»Die Welt«). Machen »Emma« oder Herausgeberin Schwarzer Unsinn – was oft genug geschieht – , wird die Frauenbewegung dafür in Haftung genommen. Ein Mißverständnis, denn die Liaison zwischen »Emma« und der organisierten Feministinnenschaft hat schon vor langem ein tragisches Ende gefunden. Schwarzer hat sich ihrer lästigen Kritikerinnen aus den einst eigenen Reihen geschickt entledigt. Sie hat die Frauenbewegung schlicht für tot und sich zu ihrer Nachlaßverwalterin erklärt. »Die Frauenbewegung ist tot, es lebe der Feminismus«, schreibt sie 1991 in einem »Emma«-Sonderband zum 20. Jahrestag der Frauenbewegung, deren Geburt sie selbstverständlich auf den Beginn ihrer Kampagne gegen den Paragraphen 218 datiert und nicht auf den legendären Tomatenwurf von 68. Ihre Position als Gallionsfigur der Neuen Frauenbewegung konnte Schwarzer über Jahrzehnte behaupten, weil sie sich mit »Emma« frühzeitig ein Verlautbarungsorgan geschaffen hatte. Schwarzer hat die öffentliche Definitionsgewalt für feministische Fragen und Geschichte.

In der Frauenbewegung der 70er Jahre populär geworden ist Schwarzer durch ihre Kampagne gegen den Paragraphen 218 und den Erfolg ihres Bestsellers *Der kleine Unterschied*. Sie ist geprägt von den französischen Feministinnen, die kampagnenorientiert sind und mit spektakulären Aktionen für Wirbel sorgen. Die Idee für die »Stern«-Aktion im Juni 1971 (»Wir haben abgetrieben«) stammte aus Frankreich. Im April hatte »Le Nouvel Observateur« das »Manifest der 343« veröffentlicht, in dem unter anderem Simone de Beauvoir und Marguerite Duras erklärten, abgetrieben zu haben. Schwarzers Erfolg resultiert aus dem Export dieser französischen Kampagnenpolitik in die Bundesrepublik.

Den ersten richtig großen Schwesterkrach kriegt Schwarzer wegen des 1975 erstmals erschienenen Frauenkalenders. Sie gehört zu den fünf Herausgeberinnen. Der Kalender wird ein großer Erfolg, die Auflage steigt von 20.000 Exemplaren 1976 auf 80.000 im folgenden Jahr. Frauengruppen und -buchläden beobachten allerdings die mittlerweile berühmte Mitherausgeberin mit Mißtrauen. Sie fürchten, daß Schwarzer aus dem Kalender ein kommerzielles Projekt machen will. Gleichzeitig eskalieren die Konflikte im »Kalenderkollektiv«, zum Beispiel weil die erwirtschafteten Gelder nicht wie versprochen an Frauenprojekte fließen. Von den fünf Herausgeberinnen bleiben schließlich Schwarzer und Ursula Scheu übrig, die heute noch den »Emma«-Kalender herausgeben.

Unter anderem mit einem großzügigen Kredit vom Frauenkalender wird Schwarzer die Finanzierung ihre Zeitschrift anschieben, die sie zu gründen beschlossen hat. Im Juni 1976 wendet sie sich per Rundschreiben an Journalistinnen: »Liebe Kollegin, um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Ab Herbst 76 werde ich eine kommerzielle Monatszeitschrift für Frauen herausgeben«, verkündet sie und lockt: »Zielvorstellung ist, daß die Zeitung eines Tages in den Besitz der Frauen übergeht, die sie machen.« Es erscheinen mehr als dreißig Frauen, die mit der Planung der Zeitschrift beginnen.

Ab September 1976 bereiten vier Redakteurinnen die erste Ausgabe vor. Schwarzer kurbelt eine großangelegte Werbekampagne an. Die Frauenszene reagiert gereizt. Die ersten Frauengruppen rufen noch vor dem ersten Erscheinen zu einem Boykott der »Emma« auf und greifen Schwarzer an. »Sie werden zum großen Ausverkauf der Forderungen der Frauenbewegung blasen: Sie werden in Ihrem Informationsblatt als Feminismus verkaufen, was wir für patriarchatsstabilisierende Minimalforderungen halten, auf gut Deutsch: ›Bäuerinnenfängerei‹. Indem Sie zugunsten steigender Verkaufsziffern Kompromisse machen werden, verschleiern Sie die Ziele der Frauenbewegung, entpolitisieren sie und machen Emanzipation salonfähig und integrierbar«, so das Lesbische Aktionszentrum Berlin.

Aus Berlin wird »Emma« besonders heftig attackiert. Dort gibt es seit Sommer 1976 die Frauenzeitschrift »Courage«, die sich als Bewegungsplattform versteht. Kurz vor dem anvisierten Erscheinen der »Emma« wird sie erstmals bundesweit vertrieben. Ihre Zielgruppe sind die politisierten, aktiven Frauen. »Courage« bietet Schwarzer eine Mitarbeit an. Sie lehnt ab. Denn Schwarzer will etwas anderes. Sie will den Feminismus popularisieren und eine breit angelegte Publikumszeitschrift machen.

Im Januar 1977 kommt die erste »Emma« auf den Markt. Binnen kurzem ist die gesamte Auflage von 200.000 Exemplaren verkauft, 100.000 werden nachgedruckt und abgesetzt. Die Frauenbewegung ist dagegen von der ersten Ausgabe nicht begeistert. Das Kölner Frauenzentrum lädt die vierköpfige Redaktion vor. »Während der dreistündigen Diskussion herrschte eine Atmosphäre wie im Schlachthaus«, erinnert sich die Publizistin Claudia Pinl. Im Mittelpunkt der Kritik steht Schwarzer. Ihr wird vorgeworfen, die Frauenbewegung und ihre Ideen auszubeuten. Das Heft sei zu populistisch, zu flach, zu reißerisch.

Während sich der überwiegende Teil der bundesdeutschen Frauenbewegung in den 70er Jahren auf den Aufbau eigener Projekte scheinbar jenseits bestehender Herrschaftsstrukturen konzentriert, halten die Frauen um »Emma« weiter an ihrer Kampagnen-Strategie fest. Gemeinsam mit neun weiteren Frauen, unter ihnen Inge Meysel, verklagt Schwarzer 1978 den »Stern« wegen seiner sexistischen Präsentation von Frauen. Ein Jahr später zieht sie gegen den Küchenhersteller Sillit vor Gericht, weil der eine Bratpfanne »Emma« getauft hat (»Auch wenn sie mal zu Boden geht, ›Emma‹ bleibt in Form«). Schwarzer verliert zwar beide Prozesse, setzt mit dem ersten aber eine breite Diskussion über Sexismus in Gang und macht mit dem zweiten auf ihre Zeitschrift aufmerksam.

Dort geht es in den ersten Jahren turbulent zu. Aus der angeblich geplanten Kollektivierung der Zeitschrift ist nichts geworden. Schwarzer bleibt Alleininhaberin und -herausgeberin des Blattes. Die Berichte ehemaliger Mitarbeiterinnen über tatsächliches oder vermeintliches autoritäres Gebaren der Chefin sind Legion. Nur ein knappes Jahr nach der ersten »Emma«-Ausgabe verlassen die drei Mitarbeiterinnen der ersten Stunde nach vergeblichem Aufbegehren das Blatt. Einige ihrer Nachfolgerinnen machen ähnliche Erfahrungen. Im März 1980 erscheint in der »Frankfurter Rundschau« ein offener Brief ehemaliger »Emma«-Mitarbeiterinnen an Schwarzer. Die 32 Unterzeichnerinnen kritisieren, daß die Sache des Feminismus mehr und mehr hinter der Herausgeberin verschwindet und in der Zusammenarbeit mit ihr »nicht einmal die üblichen demokratischen Regeln« garantiert gewesen seien: »Unwürdig war, daß Du als Alleininhaberin von ›Emma‹ außerstande warst, die Menschen und ihre Arbeit zu respektieren. Abweichungen von Deinen persönlichen Überzeugungen wurden nicht geduldet.« Die Medien stürzen sich nicht ohne Bigotterie auf den Streit. 1980 ist das einzige Jahr, in dem »Emma« rote Zahlen schreibt.

Nach dem grandiosen Start pendelt sich die Auflage der Zeitschrift bei 90.000 Exemplaren ein. »Emma« und »Courage« können zunächst nebeneinander bestehen. Die Frauenzeitschrift aus Berlin hat 1978 eine Auflage von 70.000. Eine Umfrage unter den »Courage«-Käuferinnen ergibt, daß 70 Prozent von ihnen auch »Emma« lesen und daß sich 43 Prozent zur Frauenbewegung zählen. Ein Jahr später befragt auch »Emma« ihre Leserinnen: Von ihnen lesen 45 Prozent »Courage«. Der überwiegende Teil des »Emma«-Anhangs fühlt sich nicht der Frauenbewegung verbunden. Nur neun Prozent geben an, in der Frauenbewegung aktiv zu sein.

In den frühen 80er Jahren erlebt der Feminismus eine Flaute. »Courage« stellt 1984 ihr Erscheinen ein. »Emma« bleibt. Die in Hunderten von Gruppen ausdifferenzierte Frauenbewegung hat sich mit »Emma« arrangiert. In friedlicher Koexistenz leben beide nebeneinander her – von Episoden, wie der auch in der Frauenbewegung umstrittenen »PorNo«-Kampagne abgesehen. »Emma« bleibt der Frauenbewegung gegenüber wachsam, wenn es um ihre Marktanteile geht und Konkurrenz entstehen könnte. Ende der 80er Jahre versucht sie, auf die feministische Zeitungsszene Einfluß zu nehmen. Es gibt zu diesem Zeitpunkt etwa dreißig regionale oder lokale feministische Blätter mit sehr unterschiedlicher Auflagenzahl und Erscheinungsweise. Ein rundes Drittel lädt »Emma« zum »Erfahrungsaustausch« nach Köln. Hintergrund: Die Gruppen planen, gemeinsam eine »Neue Überregionale« herauszugeben. »Die Rechnung von ›Emma‹, uns Regionale zu sortieren, ging allerdings nicht auf«, freut sich das »Frankfurter Frauenblatt«. Aus der »Neuen Überregionalen« wird dennoch nichts: Die beteiligten Frauen können sich nicht auf eine gemeinsame Konzeption einigen.

Das »Frankfurter Frauenblatt« ist nicht nach Köln eingeladen worden. Es hatte »Emma« kritisiert, zum Beispiel weil dort nicht über die Konflikte über das feministische Archiv in Frankfurt berichtet worden war. »Genau diese kritische Beobachtung führt jedoch nicht – was wir angemessen und sinnvoll fänden – zu einer gemeinsamen Diskussion darüber, was z. B. unter feministischem Journalismus zu verstehen sei, sondern wird von Köln aus mit Ausgrenzung beantwortet bzw. nicht beantwortet«, resümiert die Redaktion.

Das feministische Archiv ist seit 1983 – auf Initiative von Schwarzer und mit der finanziellen Unterstützung von Jan Philipp Reemtsma – in Frankfurt aufgebaut worden. Es ist eine gemeinnützige Stiftung, deren Vorstandsvorsitzende Schwarzer ist. Dem Beirat gehören »feministische« Persönlichkeiten wie Rita Süßmuth an. Die Frauen des gemeinnützigen Archivs werden auch für Zuarbeiten für »Emma« eingespannt. So müssen sie zum Beispiel 1986 das Schlagwort-Register für das zehnjährige »Emma«-Jubiläum erstellen. Im Mai 1987 beschließen Stiftungsvorstand und -beirat, daß das Archiv nach Köln übersiedeln soll. Frauengruppen, Wissenschaftlerinnen und Vereine protestieren vergebens gegen die Umzugspläne. Im Mai 1988 zieht das Archiv um und wird provisorisch untergebracht, bis es 1994 in einen aufwendig restaurierten Turm am Rhein zieht, der fortan »FrauenMediaTurm« gerufen wird. »Wer den Turm hat, hat die Macht«, freut sich Schwarzer zur Eröffnung des neuen Domizils. Sie richtet sich dort ein repräsentatives Büro ein. Die »Emma«-Redaktion verläßt ihre großzügigen Räume in der Innenstadt und zieht in ein bescheideneres Heim in der Nähe des

Archivs. Böse Zungen behaupten, der Turm werde von Schwarzer für kommerzielle Zwecke, sprich: ihre Zeitschrift, genutzt. Die Journalistin Marianne Lange bekommt Hausverbot, weil sie sich in der »Frankfurter Rundschau« mit der Überschneidung von »Emma«-Redaktion und Archivarbeit befaßte. »Die gemeinnützige Stiftung ›FrauenMediaTurm‹ mit ihrer Vorstandsvorsitzenden Alice Schwarzer spricht mit ihrer Entscheidung gegen Marianne Langes Arbeit zugleich jedem feministisch-aufklärerischen Anspruch Hohn«, stellt der Journalistinnen-Bund fest. Das stört die »Emma«-Herausgeberin nicht. Sie hat Höheres im Sinn: Neben dem Turm soll ein »FrauenColleg« entstehen, daß weibliche Eliten fördert: »Das könnte eine Stätte der internationalen Begegnung und der Spitzenqualifikation für Frauen werden!«

Seit 1993 erscheint »Emma« nur noch zweimonatlich – nun nicht mehr als Zeitschrift von Frauen für Frauen, sondern als Zeitschrift »von Frauen für Menschen«. »Nicht alle Frauen sind qua Geschlecht auch Feministinnen – und nicht alle Männer sind qua Geschlecht Frauenhasserinnen«, erklärt die Redaktion. Eine erfolgreiche Zielgruppenerweiterung. So werben in den letzten zwei Jahren immer wieder führende deutsche Feministen für »Emma« – unter anderem: Harald Schmidt, Götz George, Udo Lindenberg, Thomas Gottschalk und nicht zuletzt: Norbert Blüm. Sie alle haben »keine Berührungsängste mit dem ›Emanzenblatt‹«, vermeldet »Emma« stolz. »›Emma‹ dankt!«

Die »neue« »Emma« vollzieht den seit langem angelegten Paradigmenwechsel. »Emma« ist deutsch geworden. Dem Einsatz der Bundeswehr in Somalia könnte sie durchaus etwas abgewinnen, hat nur an dessen Begründung etwas auszusetzen. Denn: »Was tun ›unsere Jungs‹ in Somalia eigentlich gegen die Klitorisbeschneidung?« Und: »Worauf wartet Deutschland, um den Somalierinnen zur Hilfe zu eilen und die sexuelle Folter zu beenden?«

Als sich in Deutschland der rassistische Mob austobt und die hilflosen Antifaschisten der Republik ihm mit Lichterketten begegnen, startet »Emma« eine Art Neidkampagne: »In einer Zeit der zunehmenden Empörung über den Fremdenhaß scheint Frauenhaß kein Thema zu sein. Selbst dann nicht, wenn er tödlich ist.« Deshalb beginnt »Emma« die Aktion »Stoppt Frauenhaß!«. Denn »Emma« weiß genau, wer beispielsweise in Solingen gebrandschatzt hat: »Wir sehen aber nur junge Männer. Auf beiden Seiten übrigens: bei den randalierenden Herrenmenschen und bei den zurückrandalierenden Türken.« Die antifaschistische Antwort der »Emma« auf den Brandanschlag erscheint denn auch pünktlich in der Juli/August-Ausgabe des Jahres 1993: ein Dossier über islamischen Fundamentalismus. Schließlich sei dieser »die orientalische Variante des Faschismus«. »Emma« »zieht die bittere Bilanz der Verbrechen – Allah mitten in Deutschland«. Mit Stereotypen und blutigen Bilder schürt sie Bedrohungsängste – die deutsche Frau wird durch den muslimischen Mann bedroht, zum Beispiel, weil er als Arzt sie nicht richtig untersuchen will: »Die nachfolgende Geschichte ist mitten in Deutschland passiert. In Köln. Eine Frau ruft einen Notarzt. Der ist Moslem. Ihr fast tödliches Pech.« Denn der Mann habe sie nicht richtig untersucht, so die Kolportage, »weil ich einem Arzt aus einem vollkommen anderem Kulturkreis unverständlich und widerlich war«. Nach dem Islam-Dossier kündigen etliche Frauengruppen und -projekte »Emma« endgültig und öffentlich die Solidarität auf. Es hagelt Abokündigungen.

Als »Emma« ein Jahr später in ihrer März/April-Nummer Partei für den australischen Euthanasie-Befürworter Peter Singer ergreift (»Er fordert Menschenrechte für Menschen und Affen. Für seinen Vorstoß gegen deutsche Denktabus will man ihn hierzulande mundtot machen«), wird der Protest handgreiflich. Mitte Mai bekommt »Emma« unangemeldeten Besuch: Ein »Rollkomando« (»Emma«) aus der autonomen Frauenbewegung schaut in den gerade frisch bezogenen neuen Redaktionsräumen vorbei. »›Emma‹, es reicht!«, »Schluß mit dem Rassismus« und »Euthanasie ist Gewalt« sprühen die mit Affenmasken Vermummten – in Anspielung an den Titel des Pro-Singer-Artikels: »Das Affentheater« – an die Wände und leeren Müllsäcke auf den Schreibtischen aus. Die Frauen hinterlassen in den Büros 50.000 Mark Sachschaden und ein Flugblatt. »Emma« greife das Lebensrecht behinderter Menschen an, heißt es dort. Der Pro-Singer-Artikel sei »kein einmaliger Ausrutscher« gewesen, »Emma« scheine »zu wissen, was sie will. Das hat sie bereits mit dem einfühlsamen Artikel über die ›Böhsen Onkelz‹ und dem zum Teil offenen Rassismus des ›Fundamentalismus‹-Dossiers im letzten Jahr gezeigt. Und im Namen des Tierrechts (1/94) relativierte ›Emma‹ den Holocaust.« Als Autorinnen des Flugblattes zeichnen »Frauen Lesben Gruppen aus Köln und anderswo« verantwortlich. »Emma« weiß, wer dahintersteckt: »Die Täterinnen sind jung, linksaußen und lesbisch.« Daß die erste tätliche Attacke auf »Emma« ausgerechnet von Frauen ausging, überrascht »Emma« nicht: »Eines der Probleme von Frauen ist eben ihr Selbsthaß und ihre übereifrige Anbiederung an ihre Vordenker.« Doch »Emma« gibt sich unbeirrt. Als das Feministische Gesundheitszentrum in Frankfurt sechs Tage nach dem Überfall die Zeitschrift als »Schmierblatt« tituliert, antwortet »Emma« wie Springer auf die Studenten von 68: »Doch, ja, da steht wirklich ›Schmierblatt‹, in Versalien, ganz wie bei den Nazis.«

Da ist »Emma« eine Frau ganz ohne Selbsthaß wie Leni Riefenstahl lieber. Alice Schwarzer schreibt Geschichte: »Wären nicht die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gekommen, sondern die Kommunisten – Leni Riefenstahl wäre vermutlich neben Sergej Eisenstein (›Panzerkreuzer Potemkin‹) eine Ikone der roten Filmkunst geworden.« Feministische Totalitarismustheorie für die deutsche Frau von heute: »Und sie hätte wohl einen nicht minder beflügelten Film über einen roten Parteitag geliefert, wie sie ihn 1934 mit ›Triumph des Willens‹ den Braunen ablieferte.« Aber »das Verhängnis der Leni Riefenstahl« war eben: erstens, daß es anders gekommen ist, und zweitens die Bewunderung eines Mannes, »ohne dessen Admiration ihr viel Ärger erspart geblieben wäre: Adolf Hitler«. Das ist die konsequente Weiterentwicklung einer Sichtweise, die bereits vor achtzehn Jahren in KONKRET nachlesbar war. Damals, als sie noch als Linke durchging,

schrieb Schwarzer, daß für sie, »die 1942 geborene, die Informationen über die Konzentrationslager allererster Anlaß zur Sensibilisierung für Unrecht waren«. Erst später sei ihr klargeworden, »daß auch ich selbst zu einer minderen Rasse gehöre: zu der der Frauen. Vom Genozid an meinem Geschlecht, von den Millionen ermordeter ›Hexen‹, habe ich erst sehr viel später erfahren. Doch noch heute schärft mein Blick für Antisemitismus den für Sexismus.« Heute, 1999, blickt sie auf die Nazi-Kollaborateurin Riefenstahl und sieht das sexistische Unrecht, daß ihr »angetan« worden sei: »Die Verfolgung dieser einen Frau wurde vor allem in Deutschland zu einer Hexenjagd, die bis heute andauert.«

»Emma« hat den Weg Heim ins patriarchale Reich gefunden. Doch nicht jeder hat es mitbekommen. Dem Verkäufer mit dem Kaiser-Wilhelm-Bart im Kiosk an der Ecke überkommt immer noch ein anzügliches Grinsen, wenn die Kundin »Emma« verlangt. Das ist Alice Schwarzer immerhin noch geblieben – und eine verkaufte Auflage von knapp 56.000 Exemplaren. Alle zwei Monate, von Frauen für Menschen.

Anja Krüger schrieb in Uni konkret 2/98 u. a. über Humanbiologen auf braunen Spuren

Konkret 03/99, S. 21

Peter Hacks

Jetztzeit

Couplets

Frucht von der Staude der Erkenntnis
Für einen Biß in die Banane ließ
Adam dem Beelzebub das Paradies.

Sacrificium intellectus
Der Geizhals, weil ihn jedes Opfer schreckt,
Opfert sein Billigstes, den Intellekt.

Leider
Die Bürgerrechtler machen viel Rumor.
Arbeiterrechtler kommen seltner vor.

Regieanweisung
Enter two murderers. Vier Säkel drauf
Entspräche dem: Zwei Künstler treten auf.

Lächerlich
Es will der Heldentäufer Christoph Hein
Von Sachsens Kroppzeug der Tyrtaios sein.

Weiches P
Wir sind das Volk! Es war in Klein Paris,
Wo dieser Satz »Nous sommes le peuble« hieß.

Leipzig
Ein Ort, durchhallt von Jammer. Kündet mir,
Was ging hier vor? – Je nun, das Volk war hier.

Der Dr. Schneider
Ein Marktwirt restaurierte Sachsens Glanz.
Bedenken gab es dann mit der Bilanz.

König Kurt
Ein großer Schurke und ein kleiner Tropf,
Der Fürst der Mangelsachsen, Biedenkopf.

ND
Die eifrige Befolgung jedes Winks
Des Kapitals, das machen die *mit links.*

Eine Fliege totschlagen

Du triffst sie besser, wenn du, wenn du klatschst,
An den Heinz Eggert denkst, den du zermatschst.

Konkret 03/99, S. 22

Christel Dormagen

Jammern und Klagen

Was haben drei Jahrzehnte Frauenbewegung gebracht? Und hat es sie überhaupt gebraucht?

In ihrem neuen Buch *Emma und ihre Schwestern* begutachtet Katharina Rutschky knapp dreißig Jahre Neue Frauenbewegung. Rutschky hat aus ihrer skeptischen Haltung nie einen Hehl gemacht, und viel von dem, was man jetzt noch einmal zusammengefaßt liest, hat sie so oder so ähnlich im Laufe der Jahre schon an anderen Stellen gesagt. Wer sie kennt, weiß also, daß kein »bible making« zu erwarten ist, keine feministische Hagiographie in verklärender Rückschau. Als eine, die sich nicht dazurechnet, aber mit zunehmend entgeistertem Interesse zuschaut, schafft Rutschky sich vielmehr ihren über Jahre angesammelten intellektuellen Unmut über die blöden Frauen vom Hals.

Daß die Frauenbewegung in Gremien, Institutionen, an die Uni und in die Politik abgewandert ist, dabei ihren Charakter als Bewegung verloren und schließlich mangels Nachfolge ihren Geist aufgegeben hat, wird – außer vielleicht von »Emma« und ihren Anhängerinnen – kaum noch bestritten. Rutschky stellt gleich zu Anfang lapidar fest, es sei nach dreißig Jahren unterm Strich überhaupt wenig herausgekommen. Die inzwischen verstorbene Frauenbewegung wurde in Administration überführt, und die habe zwar in der Tat diverse neue Berufe und Stellen für Frauen geschaffen, welche aber wiederum nur das beförderten, was – der ursprünglichen Idee nach – die Frauenbewegung doch abzuschaffen angetreten war: das Jammern und Klagen. Nur der Anschuldigungseifer habe sich immer mehr verschärft.

Eigentlich, so Rutschky, habe die Frauenbewegung so ziemlich alles falsch gemacht, indem sie sich selbst mißverstanden habe. Und in der Tat muß man im Rückblick sagen, daß jene berühmte frühe Parole, das Private sei politisch, sich als verhängnisvoll erwiesen hat. Die Frauen sind in die Falle getappt und haben sozusagen das Privateste vom Privaten, die Sexualität, zum alleinselig- bzw. unglücklichmachenden Identitätsstifter gemacht. Damit war der zum Hauptwiderspruch erklärten Frauenfrage die politische Dimension ausgetrieben, und es ging fast nur noch um die Gewalt von Männern an Frauen. Es herrschte bald die Überzeugung, alle Übel der Welt ließen sich aus einem einzigen Urgrund kurieren: Da Frauen qua Frauen die Opfer einer jederzeit gewaltbereiten Männertäterwelt seien, werde erst, wenn dieser Hauptwiderspruch gelöst sei, alles gut.

In ihrem Buch *Erregte Aufklärung* hatte Rutschky sich bereits ausführlich der Erfindung und Ausbeutung des massenhaften sexuellen Mißbrauchs gewidmet. In *Emma und ihre Schwestern* geht sie noch einmal darauf ein und bietet eine doppelte Erklärung. Zum einen habe die Frauenbewegung eben fast ausschließlich auf die Sexualität gesetzt, und zum andern hätten die Männer im Grunde nie auf Anwürfe und Kritik reagiert, was die Frauen wiederum nur in ihren Verdächten über die Heimtücke des Feindes bestätigt habe. »Ist das Patriarchat zu schlau, sind Männer zu vernünftig, oder halten sie Frauen nicht für satisfaktionsfähig? Aus dem Schweigen der Männer hat die Frauenbewegung den einzig falschen Schluß gezogen, daß der Feind, der sich nicht offen zeigt, der allergefährlichste ist und überall vermutet werden muß.« Was dann, so Rutschky schön bösartig, zu dem einzigen richtigen Erfolg der Frauenbewegung führte, der »Totalisierung des Verdachts mit Kindern als Opfern«. Die Frauenfrage ist zur moralischen Geständnis- und Überwachungstechnik verkommen. Und vampirische Medien und Frauenpolitikerinnen haben sich der Sache gleichermaßen dankbar angenommen. Wenn mittlerweile fast jeder zweite Fernsehkrimi jenes »dunkle Geheimnis« zum Thema hat, dann kann man wahrhaftig von Erfolg sprechen, der aber mindestens so hellhörig machen muß wie das Propagieren einer Bundespräsidentschaftskandidatin durch »Bild«.

Die Sexualität habe die Frauenbewegung auch auf einem zweiten Feld insofern in die Irre geführt, sagt Rutschky, als sie Lesbianismus und Feminismus nicht auseinandergehalten hat. Auch dem kann ich aus eigener Erfahrung zustimmen. Ich hatte vor nunmehr fast 20 Jahren im feministischen Konkurrenzblatt von »Emma«, in »Courage«, über einen programmatischen Lesbenfilm geschrieben und zu behaupten gewagt, gleichgeschlechtliche Liebe sei nicht apriori feministisch und progressiv. Damit handelte ich mir nicht nur eine Menge wütender Leserinnenbriefe ein, sondern wurde auch vor ein Tribunal zitiert, vor dem ich mich zu rechtfertigen hatte. Und Rutschky ihrerseits findet es nachgerade komisch, daß ausgerechnet Alice Schwarzer sich in ihrem damals hochgerühmten Buch *Der kleine Unterschied und seine großen Folgen* so phallusfixiert den gewalttätigen und eigentlich für Frauen überflüssigen »Zipfel« vornimmt.

Was ist da schiefgelaufen? Gleich zu Beginn, nach 68, haben die bewegten Frauen, so Rutschky, nicht begriffen, daß sie sich nicht mehr im 18./19. Jahrhundert befanden, sondern im Zeitalter der damals immerhin doch schon garantierten formalen Gleichberechtigung. Mit diesem zugestandenen Recht hätten sie wenig anzufangen gewußt. Statt mit dem Pfund zu wuchern, haben sie immer neue Gründe zum Jammern und Klagen und Fordern gefunden, fühlten sich im Betroffensein und beim mühsamen Selbstverwirklichen, kurzum: im Leiden sicherer. Aus der Gleichberechtigung haben sie die Gleichstellung gemacht, d. h. aus der Freiheit zur Entscheidung ist die bevormundende Lenkung von oben geworden.

»Die Moderne hat die Frauen auf die historische Bühne katapultiert, ihnen aber nicht gesagt, was sie da tun sollen.« Die häusliche weibliche Macht war längst ins Wanken geraten, und auch das Kinderkriegen ist schon eine Weile kein selbstverständlicher gesellschaftlicher Wert mehr – Frauen müssen/dürfen Geld verdienen, die sog. weiblichen Fähigkeiten werden tendenziell überflüssig. Im Verlauf dieses Prozesses haben die Frauen also etwas verloren, »ohne für diesen Verlust bisher hinreichend entschädigt worden zu sein«. Und eigentlich haben die Frauen sowieso nicht gehandelt, es vollzog sich an ihnen nur, was ohnehin anstand: »Die Emanzipation der Frauen liegt also nicht nur im historischen Trend von Gesellschaften mit immer niedrigerem Bevölkerungsumsatz, sie liegt auch im unmittelbaren Interesse von Ehemännern und Vätern, kurzum Männern.« So lasse sich der aktuelle Befund, meint Rutschky, je nach Perspektive unterschiedlich darstellen. Einerseits gilt: »Die gleichberechtigte Frau ist ein Phänomen der Moderne, und insofern können Frauen als die eigentlichen Gewinner der Modernisierung in den westlichen Industriegesellschaften gelten. ... Ebenso plausibel sind die Indikatoren, welche Frauen als Opfer einer halben Modernisierung kenntlich machen, die an der uralten Ungleichheit der Geschlechter wenig geändert hat. Nach wie vor liegen Macht und Reichtum in Männerhänden.« Die alten Verluste betrauernd und vor den neuen Möglichkeiten zurückscheuend, verharren die Frauen ratlos in dem, was Rutschky ein »unglückliches Bewußtsein« nennt.

Noch ein zweites Selbstmißverständnis hat die Bewegung nach Rutschky schieflaufen lassen: Die jungen Frauen von 68 machten sich zu Bauchrednerinnen ihrer vielfach frustrierten Mütter. »Brave Mädchen, die nichts lieber wollten, als ihre unzufriedenen und ambivalent agierenden Mütter glücklich zu machen, beschlossen also, ihre Weiblichkeit als eine gefährliche Versuchung streng zu kontrollieren.« Und da stehen sie nun, die altgewordenen Verwalterinnen des Feminismus, erklären die Geschlechterdifferenz à la Butler zur Fiktion und versuchen ziemlich vergeblich, ihrer Zwangsklientel das richtige Glück zu verordnen. Doch das weibliche Fußvolk sperrt sich. Offenbar gewichten viele Frauen ihr Leben anders als frauenpolitisch vorgesehen. Sie folgen nicht begeistert der Devise »Karriere statt Kinder«, scheinen gar nicht unbedingt ganz nach oben aufs Siegertreppchen zu wollen; sie leben mit Männern; sie entscheiden sich für schlecht bezahlte Berufe, sie nehmen gerne Teilzeitangebote in Anspruch; sie kehren aus den Frauenhäusern schließlich doch zu ihren Schlägern zurück (»aus der Erkenntnis, daß Gespräche mit einer lieben Sozialarbeiterin einem auf Dauer eine chaotische Beziehung mit sinnstiftendem Charakter nicht ersetzen«); und viele fühlen sich beim häuslichen Wirken ganz unfeministisch wohl, anstatt unter der Last der verpönten »Familienarbeit« zu seufzen. »Vor die Wahl gestellt zwischen Mutter und Moderne – und das ist eine Wahl – «, entscheiden sich nicht wenige für die Mutter. Vielleicht, so gibt Rutschky zu bedenken, lassen sich viele von ihnen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im privaten Haushalt bockigerweise nicht als Konstellation weibliche Ausbeutung versus männliche Herrschaft andrehen, sondern begreifen ihre Hausarbeit sogar als eine Art Widerstand gegen Fremdbestimmung. Kurzum: »Die Frauen verhalten sich anders, als man gedacht hatte.«

Einerseits, so Rutschkys harsches Fazit, sähe es heute ohne die Frauenbewegung vermutlich auch nicht viel anders aus – sie war halt die fällige Modernisierungsagentin, eine Unterabteilung der jetzt beim Regieren angelangten 68er-Bewegung; andererseits hat die Frauenbewegung in vielen Köpfen viel Unheil angerichtet und treibt in institutionalisierter Form manchen Unfug. In einem entscheidenden historischen Moment habe sie grundsätzlich versagt. Anstatt die Frauen beim anstehenden Erwachsenwerden zu unterstützen, hat sie sie zu unmündigem Dauerleiden verdonnert und sich »mittels Feindpflege vor der Aufgabe gedrückt, zu sagen, wer wir sind oder sein wollen, wenn wir nicht geschmäht, verfolgt oder mißhandelt sind«.

Allerdings – wie häufig bei kritischen Abrechnungen – steht in *Emma und ihre Schwestern* das Verkehrte überlebensgroß da, das Richtige aber bleibt ziemlich im Nebel. Denn wenn Rutschky zur Lösung des Dilemmas schließlich ihre Hoffnung auf die Wiederentdeckung der Differenz der Geschlechter setzt – »wer man ist, erfährt man in der Differenz zum anderen« – , so scheint mir das im Grunde kaum mehr zu sein als die Konstatierung dessen, was im Geschlechterumgang realiter ohnehin der Fall ist. Auch mit kreativem Kinderkriegen stehen Frauen demnächst wohl auf verlorenem Posten. So hätte ich mir, bei aller berechtigten Bissigkeit, bei allem Spott über die vernagelten Frauen, gewünscht, daß Rutschky jenem »unglücklichen Bewußtsein« etwas ausführlicher nachgegangen wäre, jener Unversöhntheit mit der eigenen Lage, die den Frauen doch scheinbar endlich die freie Wahl eröffnet. Nur ganz gelegentlich klingt auch Verständnis für die Anforderungen an, denen sich die neue Frauenbewegung gegenüber sah: »Für die Aufgabe, die Mütter zu rächen und zu retten, waren sie besonders schlecht gerüstet. Sie hätten dazu nicht bloß zwei Köpfe, vier Arme und ein Doppelleben gebraucht, sondern vor allem Mut und Selbstvertrauen. Woher nehmen und nicht stehlen?« Schade, daß Rutschky die angemahnte Reflexion darüber ausspart, »wer wir sind«, wenn wir, je nach Sichtweise, keine Handlangerinnen des Zeitgeists und keine Fundamentalistinnen mehr sind. Müssen wir etwa doch stehlen gehen? Und diesmal nicht bei schicken oder unbedarften Theoremen, sondern womöglich gar beim real existierenden Leben?

Katharina Rutschky: *Emma und ihre Schwestern. Ausflüge in den real existierenden Feminismus*. Carl Hanser Verlag, München 1999, 160 Seiten, 29,80 Mark

Konkret 03/99, S. 24

Georg Fülberth

Nachwahl

Das »Debakel« der Grünen bei der Hessischen Landtagswahl nützt vor allem dem Bundeskanzler

Der Föderalismus ist doch eine feine Sache. So wird man es vielleicht demnächst von Unternehmer-Funktionären hören, die noch vor kurzem sogar eine Verfassungsreform zwecks Entmachtung des Bundesrats forderten. Man erinnert sich: In der Schlußphase der Ära Kohl war »Reformstau« das Wort des Jahres. Dem Kanzler wurde vorgeworfen, daß er das magische Fünfeck des Neoliberalismus nicht hinkriegte: Schlappe Löhne, wenig Steuern, geringe Staatsausgaben, niedrige Zinsen, mehr (weil schlecht bezahlte) Jobs.

Zwei Hindernisse wurden ausgemacht. Erstens: Der Kanzler sei Gefangener einer Volkspartei, in der die Sozialpolitiker zu viel zu melden hätten. Zweitens: Mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit blockiere der Bundesrat eine Steuerreform. Schröder sollte das ändern. Der ist zwar auch in der SPD, aber zusammen mit seinem Propagandisten Stollmann versprach er, das werde nicht weiter stören. Ihm wurde sogar zugetraut, daß er seine Genossen im Bundesrat zur Räson brachte.

Wer wünschte das? Das Großkapital? Ich spiele jetzt hier mal den Philologen und halte mich ans Zitierfähige, also an die Wunschzettel, die in den mehrheitlich privatwirtschaftlich organisierten Medien (nebst den mit ihnen konkurrierenden, also sich ihnen anpassenden Öffentlichrechtlichen) vorgelegt wurden. Politologen und Soziologen können ja vielleicht noch tiefer loten. (Sie finden dann, wonach sie seit einiger Zeit ausschließlich suchen: einen Diskurs.)

Der Automann wurde Kanzler. Vorher hatte er eine Große Koalition favorisiert. Ins Amt kam er aber mit den Stimmen von SPD und Grünen. Die bildeten sich nachher ein, sie hätten die Wahl gewonnen. Sie schrieben ihrem Kanzler allerlei Versprechen an Bäume, Frauen, Ausländer und Lohnabhängige in den Koalitionsvertrag. Papier ist geduldig, mag Schröder gedacht haben.

Der grüne Minister Trittin trieb es allerdings ein bißchen zu arg. Im Jahr 2000 sollte der Ausstieg aus der industriellen Nutzung der Atom-Energie beginnen. Trittin ergriff rasche und energisch erscheinende personalpolitische und gesetzesvorbereitende Maßnahmen. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland« mißbilligte dieses Vorgehen zwar in der Sache, räumte aber ein, es sei konsequent: Wer wirklich die Atomkraftwerke in kurzer Frist abschalten wolle, müsse innerhalb der jetzigen Legislaturperiode so viele vollendete Tatsachen schaffen, daß auch eine etwaige neue Regierung nach den nächsten Bundestagswahlen nicht mehr zurück könne. Jede Verlangsamung über diese Grenze hinaus bedeute Verzicht auf die Verwirklichung des Vorhabens in absehbarer Zeit.

Eile war so sehr geboten, daß sogar Fragen des Imperialismus ins Spiel kamen. Ja, doch, denn: Um die Atomindustrie schnell loszuwerden, hätten Verträge mit britischen und französischen Firmen sowie zwischenstaatliche Vereinbarungen gebrochen werden müssen. In solchen Fällen zahlt man eine Entschädigung oder eine Konventionalstrafe und sieht sich überdies dem Vorwurf ausgesetzt, Völkerrecht verletzt zu haben. Wer vorgibt, aus Verantwortung vor der Zukunft der Menschheit, des Planeten, unserer Kinder, von welcher wir die Erde nur geerbt hätten (und wir hätten kein zweites Exemplar im Kofferraum), ja vor der Schöpfung insgesamt zu handeln, wird bereit sein, einen solch hohen Preis zu zahlen. Es geht ja nur ums Geld und das nachbarliche Ansehen, nicht ums – vielleicht sogar ewige – Leben. Der Minister Trittin fand die innenpolitische Option seiner deutschen Regierung deshalb so wichtig, daß er sie zur »höheren Gewalt« erklärte, welche von Briten und Franzosen ohne einen Pfennig Gegenleistung hinzunehmen sei. Hätte er sich damit durchgesetzt, wüßten wir etwas genauer, was das ist: ein deutsches Europa.

Die Größe des Unterfangens – Trittin im Zweifrontenkampf gegen die Entente und das Großkapital – diente dann aber doch als Alibi dafür, daß es recht schnell abgeblasen wurde. Die Atom-Meiler werden stillgelegt – nämlich nicht, wenn die Partei »Bündnis ’90/Die Grünen« das will, sondern sobald die sie betreibenden Unternehmer es für richtig halten. Das wird nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag sein, sondern wenn die Anlagen abgeschrieben und andere Profitquellen gesichert sind. Man kalkuliert, daran sei in 20 bis 30 Jahren zu denken. Ökonomisch gesehen handelt es sich nämlich nicht um eine Sackgassen-, sondern um eine Übergangstechnologie. (Wirtschaftsminister Müller sagt überdies: Durch eine Tür, aus der man langsam hinausging, könne man auch schnell wieder hereinkommen.) In Schweden und in der Schweiz – dort gibt es keine Grünen in der Regierung – befindet man sich schon längst und lautlos auf dem Weg, der in der BRD nun mit großer Lärmentwicklung beschritten werden soll.

Konservative, liberale und linke Blätter zeigten während des Atom-Konflikts in Karikaturen und Kommentaren den Kanzler Schröder gern als eine Art Oberkellner der Unternehmer, der den Pikkolo am Ohr zieht, weil der die Herrschaften verärgert hat. Solche Darstellung verbindet sich implizit mit Anerkennung: Daß das Großkapital in Deutschland staatsmonopolistisch herrscht, wissen nicht nur alle, viele finden es auch in Ordnung. Ihm wird Berechenbarkeit zugetraut. Wer sich mit ihm gut versteht, ist ein tüchtiger Politiker. Also Schröder. Falls er tatsächlich nur ausführt, was das Kapital

ihm befiehlt, ist dies nach herrschender Lehre allenfalls die zweitschlechteste Lösung. Schlimmer wäre es, er folgte seinem eigenen Kopf oder den sozialdemokratischen Delegiertenkonferenzen.

Wer annimmt, daß bei den Grünen der Herr so ist wie das Gescherr, hätte erwarten können, daß ihr Anhang dem unglücklichen Pikkolo seine Sympathie bewahrte, und zwar mit folgender Begründung: Er hat aufgemuckt, tapfer alles versucht und durch seine Niederlage bewiesen, daß es nicht anders geht. Solche Tests müssen immer wieder gemacht werden, denn nur durch Trial and Error bestätigt sich die experimentell da und dort herausgeforderte herrschende Ordnung als alternativlos.

(Damals, 1996, beim Bosnien-Ausflug der Grünen, hatte Trittin ja schon einmal gezeigt, wie Einsicht in die Notwendigkeit sich herstellt. Erst erklärte er, die dortigen Aufgaben der Bundeswehr könnten auch vom Technischen Hilfswerk erledigt werden. Und dann diente ihm ein Militär-Flugzeug für einen Zweck, den tatsächlich auch das THW hätte wahrnehmen können: für den Transport seines eher schmalen Leibs von einem Ort zum anderen. Was ihn selbst angeht, so wäre er wohl bereit gewesen, zu Fuß zu gehen. Aber er mußte auch an die anderen Delegationsmitglieder denken. Sie sollten nicht für seinen flotten Spruch büßen müssen. Jürgen Trittin handelte nach dem Prinzip Verantwortung.)

Die Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 zeigte allerdings, daß für solche Spiele zwar von altgewordenen Zynikern Verständnis zu erhoffen ist, aber nicht mehr vom jungen Volk der Erstwähler. Es entschied sich lieber gleich für die CDU. Zusätzlich fanden recht zahlreiche betagte Grünen-Anhänger, die schon manches mitgemacht hatten, jetzt sei es genug – sie gingen nicht wählen. Sie hatten nämlich gemerkt, daß in Bonn im Großen passierte, was sie in Hessen im Kleinen gerade mitzuerleben im Begriff waren. Ihre Partei war 1982 im Kampf gegen die Startbahn West erstmals in den Landtag gekommen. Inzwischen stellte sich eine Übereinstimmung zwischen SPD, FDP und CDU für eine weitere Flughafen-Erweiterung her. In einer Landtagsdebatte hatten führende Sozialdemokraten angedeutet, sie könnten sich eine Koalition mit den Liberalen vorstellen, falls die Grünen nicht bereit seien, ihre Seele zu verkaufen. Die hielten die Sache ängstlich aus dem Wahlkampf heraus und vertrauten im übrigen auf ein »Mediations«-Verfahren, mit dem vorab Protest stillgestellt werden sollte. Ihre Rechnung ging nicht auf. Sie flogen zusammen mit der SPD aus der Regierung.

Für Gerhard Schröder in Bonn ist das alles ein Geschenk. Falls er jemals grünen Druck gefürchtet haben sollte: Jetzt hat er vollends Ruhe. Das Allerschönste für ihn ist aber, daß die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat fort ist. Und damit kommen wir endlich zum Föderalismus.

Mit der Hessen-Wahl ist der Koalitionsvertrag endgültig an dem Örtchen angekommen, wohin der Kanzler ihn sich längst gewünscht hat. Nun muß sich Schröder nicht mehr als Büttel des Kapitals porträtieren lassen. Er ist vielmehr der redliche Makler des Sachzwangs und verschiedenartiger Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat. Als solcher steht er notwendig über den Parteien, auch über seiner eigenen. Die trifft er im Bundesrat zwar ebenfalls an, aber die dortigen Ministerpräsidenten und ihre Kollegin aus Schleswig-Holstein werden fortan die CDU-Mehrheit verstärken. In Steuerfragen hat es ihnen nämlich schon lange gestunken, daß sie den Bonner Rotgrünen zu Willen sein mußten. Das brauchen sie jetzt nicht mehr.

Bereits vorher hatte das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht, daß die Regierung gern viel versprechen dürfe, aber mangels Masse wohl nichts werde halten können. Sein Urteil, das den Familienfreibetrag anhebt, wurde von den Wirtschaftsliberalen gelobt: Der »Gesellschaft« werde jetzt Geld belassen, welches bisher der Staat unrechtmäßig sich angeeignet habe. Besserverdienende hatten geklagt. Sozialhilfeempfänger haben zwar ebenfalls Familien, zahlen aber keine direkten Steuern. Also gibt es für sie keine Freibeträge. Und Lafontaine soll zusehen, wo er sonst noch an sozial relevanten öffentlichen Leistungen spart.

Es soll Leute gegeben haben, die sich aufgrund des Wahlergebnisses vom 27. September 1998 Illusionen machten. Ihre Zahl wird jetzt geringer geworden sein. Dazu dürfte die Kampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und ihr Erfolg beigetragen haben. Die Union hat den von ihr ausgelösten völkischen Schub, was das Wahlergebnis angeht, punktgenau plaziert. Wer an ihrer Aktion teilnahm, wäre oft wohl gern bereit gewesen, auch noch einen weiteren Satz zu unterschreiben, der allerdings so nicht in ihrem Appell stand: »Ausländer raus!« Hier wird die Parteiführung nicht ganz folgen können, sondern sich auf einen Kompromiß mit Rotgrün einigen müssen: keine unbefristete doppelte Staatsbürgerschaft, aber erleichterte Einbürgerung ab achtzehn mit gleichzeitiger Abgabe des alten Passes. Das wird die Union ihren Nazis erklären müssen. Vielleicht machen die sich dann wieder selbständig.

Der Aufklärung über die Freiheitlich Demokratische Grundordnung im Sinne des Staatsbürgerlichen Unterrichts ist durch die von Hessen ausgehende Verschiebung ein guter Dienst erwiesen worden. Der zeitweilige Eindruck, Politik sei die Exekution kapitalistischer Interessen durch einen Kanzler, der sich sonst nicht viel um andere Leute kümmern muß, wird sich nicht mehr halten lassen. Das galt nämlich nur so lange, wie in Bonn eine irgendwie falsche Konstellation bestand. Seit Hessen wissen wir wieder, daß die Mehrheit nicht irgendein Haufen ist, der an einem einzigen Sonntag innerhalb von zehn Stunden zusammengeweht wird. Nein: In einem permanenten Willensbildungsprozeß wird aus der Gesamtheit von Landtagen und Bundestag der Gesetzgeber stets neu konstituiert.

Der Wahltag vom 27. September 1998 ist insofern noch lange nicht zu Ende. Es wird noch ein bißchen dauern, bis er auf das passende Format zugeschrödert ist.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 2/99 über Europa unterm Euro

Konkret 03/99, S. 26

Christel Dormagen

Alice und ich

Es begann mit meinem Mantel auf ihrer Nummer 1. Ich war zu der Zeit Lehrerin und besaß einen auffälligen mexikanisch gemusterten Kapuzenmantel, in dem ich mich sehr leiden mochte. Da erschien die erste Nummer der »Emma«. Auf dem Titel liefen mir vier eingehakte, lachende Frauen entgegen, und Alice Schwarzer trug meinen Mantel. Ich wußte nicht, ob ich mich entwertet oder erhoben fühlen sollte, neigte allerdings mehr zum Gekitzeltsein. Ein Jahr später hörte ich, daß »Emma« Redakteurinnen suchte, und bewarb mich ordentlich mit allem Drum und Dran und – bekam nie eine Antwort. Das fand ich schlampig und ungehörig und wandte mich kurzerhand an die Berliner Konkurrenz, die fast zur selben Zeit gegründet worden war. Bei »Courage« wollte man mich. So ließ ich den Lehrerlebenslauf fahren, zog nach Berlin und wurde Redakteurin bei »Courage«. Den Mantel hatte ich mir übrigens bald übergesehen und schenkte ihn meiner liebsten Ostberliner Freundin, die sich schon damals vor nichts und niemand bückte und heute erst recht nicht.

Ich war damals in Sachen Feminismus zwar hellbegeisterte, aber doch blutige Anfängerin und mußte mich in den leidenschaftlichen Diskursen erst mühsam zurechtfinden. Wieso gab es ein *heiliges Anliegen, aber zwei Zeitschriften? Warum wurde von einigen Feministinnen der ersten Stunde jetzt verächtlich gesprochen? Welche Partei hatte ich bei ideologischen Streitfragen zu nehmen? Und immer wieder geisterte der auraumwehte Name* Alice *durch die Diskussionen. Es hatte, wie ich erfuhr, eine gemeinsame feministische Initialzündung gegeben, aber schon bald darauf die erste Spaltung. Doch waren* wir *nun abtrünnig geworden, oder waren die* anderen *von der reinen Lehre abgefallen? Hausfrauenlohn etwa fanden* wir *gut, während die Kölnerinnen ihn schlecht fanden, um nur ein Beispiel zu nennen. Eines aber stand auch für mich fest:* Wir *bildeten ein gleichberechtigtes Kollektiv, und das war gut.* Sie *dagegen, Alice, war Alleinherrscherin über einen Klüngel ständig wechselnder höriger Frauen. So zumindest wurde bei uns gemunkelt. Wir hörten von einer Protestaktion freier Mitarbeiterinnen gegen Alices Selbstherrlichkeit, und eine Frau aus dem Kölner Umkreis, die zu uns überlief, erzählte Bedenkliches.*

Trotzdem florierten beide Zeitschriften, da sie offenbar unterschiedliche Bedürfnisse bedienten. Bis der Zeitgeist schließlich umschwenkte und »Courage« aufgeben mußte, während »Emma« dank großzügiger finanzieller Unterstützung überlebte und unsere *Abonnentinnenkartei kaufte. Ich wurde freie Journalistin und warf nur noch gelegentlich einen mißgünstigen Blick ins, naja, Feindinnenblatt. Alice S. war mittlerweile als personifizierte »Frauenbewegung« zur gesamtideellen Feministin geworden. Wenn sie von dummen Männern mit bescheuerten Argumenten angegriffen wurde, nahm ich Partei für sie. Aber der Ton ihres Hefts mißfiel mir zunehmend. Irgendwie schien es mittlerweile nur noch ums Tollsein toller Frauen zu gehen – egal, worin sie toll waren. Hauptsache, es ließen sich lauter Klasse-Exemplare, Geschlecht weiblich, auffahren. Ich verlor das Interesse. Wieder etwas später sah ich Alice dann im Fernsehen in einer Ratesendung. Offenbar war sie jetzt von der Feminismushauptdarstellerin zur Quotenpromifrau aufgestiegen. Es schien wurscht zu sein, wofür sie stand. Sie war einfach prominent, und das wird man halt quasi zirkelschlüssig qua Prominenz als solcher.*

Immerhin machte sie nebenbei noch ihr Heft, schrieb darin und auch noch diverse Bücher, in denen sie einesteils ihre eigene »Emma«-Geschichte recycelte und andernteils wieder prominente Frauen feierte, nur diesmal mit mehr Platz. Zu der Zeit las ich sie kaum noch im Original, und mit bissigem Klatsch, nicht immer nach meinem Geschmack, versorgte mich KONKRET. Bis zur Geschichte mit dem Zitronenhühnchen. Leider weiß ich nicht mehr, was chronologisch zuerst kam, die Tiernummer oder das Hühnchen. Und wie beides zusammenpaßt, weiß ich erst recht nicht. Jedenfalls kochte Alice eines Tages ihr Zitronenhühnchen bei Fernseh-Biolek und absolvierte das genauso heiter wie all die anderen bedeutenden Zeitgenossen und Bio-Mitkocher. Oder vielleicht noch ein bißchen heiterer, weil die beiden sich offenbar schon länger kannten und mochten. Nur war mir inzwischen bei einer Freundin jene Ausgabe der »Emma« in die Hände gefallen, wo Tiere auch Menschen sind und wer Tiere mordet, ein Nazi ist.

Jetzt war also auch Alice endgültig durchgeknallt. Und ich sortierte sie – eher mit Bedauern – in meine Liste ein. Denn seit einiger Zeit, seit Freundinnen von mir schon Großmütter sind, betreibe ich ein kleines privates Forschungsprojekt. Anhand von Lebensläufen öffentlicher Personen und paralleler Beobachtungen an meinen Bekannten und mir selber versuche ich herauszubekommen, unter welchen Bedingungen Älterwerden zu welchen Gesinnungsänderungen führt und ab wann es eventuell gänzlich dumpf und dunkel im Kopf wird. Muß z. B. die Parteinahme für Frauen notwendigerweise zu Biolek und Riefenstahl führen? Natürlich nicht. Greift man, um sich im medialen Geschrei Gehör zu verschaffen, nach immer wüsteren Schockern? Möglich. Oder wird man im Alter einfach nur ängstlicher und sucht Schutz unter dem ominösen Mantel des Zeitgeists, der außerdem nette Gesellschaft verspricht, wo doch schon so viele andere darunter gekrochen sind? Ich fürchte.

Konkret 03/99, S. 26

Zu Protokoll

Die Nation sortiert sich: Eine Veranstaltungsankündigung des GEW-Bezirksverbands Frankfurt a. M. am Vorabend des Gedenktags zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz hat die Führungsspitzen von GEW und IG Medien veranlaßt, Martin Walser vor dem Vorwurf des Antisemitismus in Schutz zu nehmen. KONKRET dokumentiert den in dieser Sache geführten Schriftverkehr und – mit freundlicher Erlaubnis von Adressat und Verfasser – einen Brief, den Günter Amendt aus gegebenem Anlaß an Ignatz Bubis geschrieben hat

Eine Einladung

Das Gedenken an die vom Nazi-Regime Verfolgten und Ermordeten und die Walser-Debatte

Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von den sowjetischen Truppen der Anti-Hitler-Koalition befreit. Dieser Tag hat symbolische Bedeutung – so wie Auschwitz das Synonym für die Nazi-Verbrechen wurde. In der Bundesrepublik wurde der 27. Januar offiziell zum Tag des Gedenkens an die vom Nazi-Regime Verfolgten und Ermordeten erklärt.

Martin Walser nutzte und benutzte die Schwierigkeiten des Gedenkens, um seine Thesen von der »Ausschwitzkeule« und seine Polemik gegen die »Dauerpräsentation der Schande« unter die Leute zu bringen – mit erheblicher Wirkung und erheblichen Gefahren, die insbesondere der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, aufgezeigt hat.

Professor Horst-Eberhard Richter (Universität Gießen) wird aus seinem demnächst erscheinenden neuen Buch vortragen. Er hat sich darin unter anderem mit den deutschnationalen Mechanismen auseinandergesetzt, die Martin Walser und andere nutzen, um gewollt oder ungewollt negative Stimmungen gegen die Überlebenden des Völkermords zu schüren.

Daniel Strauß (Arbeitsstelle nationale Minderheiten: Sinti und Roma, Marburg) wird anhand der Kritik von Walsers Drehbuch für einen Tatort-Krimi »Armer Nanosh« auf Mechanismen des rassistischen Antiziganismus eingehen.

Benjamin Ortmeyer (GEW Frankfurt) wird anhand der Kritik an Walsers neuem Roman über seine Kindheit in der Nazi-Zeit (*Ein springender Brunnen*) das Grundmuster eines »Antisemitismus nach Auschwitz wegen Auschwitz« aufzeigen und die einseitige Perspektive nicht nur dieser autobiographischen Erinnerung der Tätergeneration kritisieren.

Moritz Neumann (Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Hessens) wird seine Position zur Bedeutung des Gedenkens am 27. Januar entwickeln und seine Einschätzung zur veränderten Atmosphäre in der Bundesrepublik Deutschland vortragen.

Diskussion: Im 2. Teil der Veranstaltung soll u. a. darüber diskutiert werden, welche Haltung die Schulbürokratie dazu einnimmt und wie die Lehrerschaft und die Schülerschaft zu diesen Fragen stehen.

Zeit: Dienstag, 26. Januar 1999, 19 Uhr

Ort: DGB-Haus (Wilhelm-Leuschnerstr. 69)

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Bezirksverband Frankfurt

Solidarität mit Walser 1

Presseinformation der IG Medien

Hauptvorstand – Pressestelle

Stuttgart, den 26. Januar 1999

Scharfer Protest von Schriftstellerverband und Industriegewerkschaft Medien – Detlef Hensche stellt sich vor Martin Walser

Den Schriftsteller Martin Walser »nicht als Antisemiten zu denunzieren«, diesen dringenden Appell haben der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Medien, Detlef Hensche, und der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller, Fred Breinersdorfer, an den Bezirksverband Frankfurt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gerichtet, auf dessen Einladung heute in Frankfurt eine Veranstaltung mit dem Thema »Das Gedenken an die vom Nazi-Regime Verfolgten und Ermordeten und die Walser-Debatte« stattfindet. In aller Schärfe protestieren IG Medien und VS gegen die einseitige Darstellung von Walsers Rede bzw. seines neuen Romans in der GEW-Einladung. Auch wenn man sich mit der Rede Martin Walsers in der Paulskirche kritisch auseinandersetze, so könne das angesichts der Biographie und des Werks des Schriftstellers »nicht in dem absurden Vorwurf des Antisemitismus« gipfeln. Hensche zeigte sich darüber »erschrocken über Stil und Maßlosigkeit der Verunglimpfung«. »Ich hoffe sehr, daß sich der Tenor des Einladungstextes in der Veranstaltung nicht wiederholt.«

Im übrigen wird von der IG Medien darauf hingewiesen, daß Martin Walser nicht eingeladen wurde.

Solidarität mit Walser 2

IG Medien

z. Hd. Kollg. Sabine Herholz,

Verband der Schriftsteller

26. Januar 1999

Liebe Kollegin Herholz,

bei der heutigen GEW-Veranstaltung im Frankfurter Gewerkschaftshaus handelt es sich um eine Veranstaltung des GEW-Bezirksverbands Frankfurt. Zu dieser Veranstaltung wurde ohne mein Wissen und ohne Beteiligung unseres Hauptvorstandes eingeladen.

Die im Ankündigungstext vermittelten Positionen und Interpretationen von Texten und Äußerungen Martin Walsers geben weder meine persönliche, noch die Meinung unseres Vorstandes wider. Ungeachtet der kritischen Diskussion über die Rede, halte ich es für völlig unangemessen, Martin Walser in eine deutsch-nationale und antisemitische Ecke zu stellen. Für diese Entgleisung entschuldige ich mich.

Wir bemühen uns weiter, in unserer Organisation eine sachliche und differenzierte Diskussion über angemessene Formen des Erinnerns an Auschwitz und die Opfer des Holocaust zu führen. Dazu gehört auch, aus der Geschichte zu lernen und den Bezug zur Gegenwart sowie zu aktuellen gesellschaftspolitischen Tendenzen herzustellen.

Mit kollegialen Grüßen

Eva-Maria Stange

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand, Vorsitzende

Solidarität mit Walser 3

Herrn

Detlef Hensche

Vorsitzender der IG Medien

Postfach 10 24 51

70020 Stuttgart

27. Januar 1999

Lieber Detlef,

ich möchte mich auf diesem Wege nochmals entschuldigen für den Tenor und die Schärfe der Auseinandersetzung mit dem Schriftsteller Martin Walser durch unseren Bezirksverband Frankfurt am Main. Leider war ich von dieser Veranstaltung weder vorinformiert noch zu dieser Veranstaltung eingeladen. Die in dem Ankündigungstext vermittelten Positionen und auch einseitigen Interpretationen von Texten und Äußerungen Martin Walsers entsprechen weder meiner persönlichen Meinung noch der Position unseres Geschäftsführenden Vorstandes.

Ich stimme Dir zu, daß eine Diffamierung Martin Walsers als deutsch-national und antisemitisch vollkommen unangemessen ist und in keiner Weise einer sachlichen Auseinandersetzung mit seiner Rede in der Paulskirche entspricht. Ich habe mich diesbezüglich auch gegenüber dem Bezirksverband Frankfurt und dem Landesverband Hessen – der gleichermaßen nicht informiert gewesen ist – geäußert.

Mit freundlichen Grüßen

Eva-Maria Stange

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand, Vorsitzende

Ein Brief

Sehr geehrter Herr Bubis,

in Ihrem am 30. November veröffentlichten Gespräch mit dem »Spiegel« ist die Rede von »antisemitischen Untertönen« in der zur Zeit laufenden »Auschwitz-Debatte« (»Spiegel«). Auf eine Frage des »Spiegels« antworten Sie: »Ich spüre bei

Martin Walser zwischen den Zeilen Antisemitismus. Ich weiß nicht, ob er sich dessen bewußt ist, wahrscheinlich nicht.«

Anders als Sie, Herr Bubis, bin ich mir sicher, daß sich Walser dessen sehr wohl bewußt ist. Und es macht ihm auch nichts aus, in den Verdacht des Antisemitismus zu geraten. Das habe ich bereits in den 70er Jahren zur Kenntnis nehmen müssen. Mit meinem Brief möchte ich Sie auf eine Episode aufmerksam machen, die ich in einem meiner Bücher geschildert habe, ohne allerdings Walser, um den es geht, beim Namen zu nennen. Vorweg eine kurze Erläuterung:

Ich beschäftige mich seit vielen Jahren mit dem Werk Bob Dylans und dessen Rezeption in der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit. Dabei ist mir aufgefallen, daß die Auseinandersetzung mit Dylan nicht selten antisemitisch aufgeladen ist. In der bei Zweitausendeins im Oktober 1985 veröffentlichten Reportage *Reunion Sundown. Bob Dylan in Europe* habe ich das am Beispiel eines antisemitischen Stereotyps deutlich gemacht: »Wer über Rockmusik spricht, darf über das Rockbusineß nicht schweigen. Soweit sind wir uns einig. Aber es ist schon merkwürdig und muß auffallen, daß man gerade bei Dylan die materiell-finanzielle Seite des Rock'n'Roll so oft, so gerne und so ausführlich thematisiert.« In diesem Zusammenhang bin ich auf Walser gekommen. »Das erinnert mich auch an die Bemerkung eines westdeutschen Autors, der zurückgezogen in seinem Bodensee-Refugium lebt, von wo er sich gelegentlich mit Kommentaren zum Zeitgeist meldet. Er, der seine Worte besonders behutsam, nach meinem Geschmack behäbig zu setzen pflegt, fragte mich, von den Beobachtungen und Betrachtungen zu Dylans 78er-Tour offenbar gelangweilt, plötzlich nicht ohne einen aggressiven Unterton, was eigentlich an einem ›herumzigeunernden Israeliten‹ Besonderes wäre.«

Die Begegnung, auf die das Zitat sich bezieht, fand im Sommer 1978 in der Hamburger KONKRET-Redaktion in Anwesenheit von Hermann L. Gremliza und dem 1986 verstorbenen KONKRET-Redakteur Hartmut Schulze statt. Ich hatte auf Einladung von Fritz Rau, einem der Veranstalter von Dylans Europatournee, mehrere Tage Dylan und seine Band begleitet und war nun in die Redaktion gekommen, um Gremliza und Schulze von meinen Tour-Erfahrungen zu berichten. Zufällig war auch Martin Walser an diesem Tag in der KONKRET-Redaktion.

Natürlich erinnere ich mich im Abstand der Jahre nicht an jedes Detail des nun folgenden Disputs. Ich war verblüfft, und ich war verunsichert. Sollte das ein Witz sein? War es ein Zitat? Wieso diese Emphase? Ich hatte schon immer Mühe mit Walsers Sprach- und Sprechduktus. Da vibriert eine oft nur mühsam gezügelte Aggression. Wer Walsers Rede in der Paulskirche gehört hat, weiß, was ich meine. Nein, es sollte kein Witz sein, und es war auch kein Zitat. Es war Walsers ureigene Sprachschöpfung. Was sie an diesem »herumzigeunernden Israeliten« finde, habe er auch schon seine von Bob Dylan begeisterte Tochter, ihr Name ist mir entfallen, gefragt. Als ich ihm schließlich vorhielt, er sei Antisemit, wobei noch immer ein Fragezeichen in meiner Vorhaltung anklang, antwortete Walser lachend und selbstgefällig, das habe ihm auch Habermas schon vorgeworfen. Walser bezog sich auf eine Auseinandersetzung mit Habermas am Rande eines Kongresses in Chicago. An Einzelheiten erinnere ich mich nicht mehr.

Ich finde, Sie sollten von dieser Episode wissen, die, wie ich erst jetzt verstanden habe, mehr als nur eine Episode war.

Mit freundlichem Gruß

Günter Amendt

Konkret 03/99, S. 28

Horst Pankow

Schuld hat der Präsident

Mehr Demokratie wagen? Über einige Konsequenzen aus der CDU-Volksbefragung zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts

Manchmal sind es die Leserbriefspalten ganz gewöhnlicher Tageszeitungen, in denen das journalistische Ideal der unverfälschten Realitätswiedergabe auch in Zeiten sich selbst erstellender Texte fröhliche Urstände feiert. Ende Januar veröffentlichte der »Tagesspiegel« eine Zuschrift seines Lesers Peter W. aus dem Berliner Bezirk Wedding, die sich durch die Schärfe der in ihr dokumentierten Beobachtung eigentlich für einen der nach den Heroen des publizistischen Realismus benannten Journalistenpreise empfahl: »Junge, selbstbewußte Männer von der CDU sammelten vor dem Kaufhaus Karstadt Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Um sie herum drängten sich ältere Damen mit Pudel und die braven Bürger des Stadtteils, die sich gegenseitig die Kugelschreiber aus den Händen rissen. Sogar die Alkoholkranken, die ihre Tage auf dem Leopoldplatz zubringen, stellten die Kornflasche beiseite und torkelten zu dem Stand, um zu unterschreiben. Irgendwie, so hatten sie mitbekommen, geht es gegen Ausländer. Jetzt konnten sie auch einmal dazugehören.«

Der aufmerksame Beobachter hatte seiner Tageszeitung eine jener Szenen übermittelt, die sich in den vergangenen Wochen wohl fast überall in der Republik abspielten. Deutsches Engagement kannte, wie immer, wenn der Wahn grassiert, das Fundament der Nation sei Gefahr (»Was jetzt geschieht, ist ein Umsturz«, ein Angriff auf »die Grundlagen der Identität des deutschen Staatsvolkes«; Rupert Scholz), weder regionale noch politische Grenzen. In Berlin wurden bislang die meisten Unterschriften in den traditionellen SPD-Stimmbezirken gesammelt. Aus dem hessischen Landtagswahlkampf kamen Berichte, daß auch an den Infoständen von SPD und Grünen Interessenten sich nach Unterschriftenlisten erkundigten. Auf die entgegenkommende Frage, welche es denn sein dürfe, erfolgte die erstaunte Antwort: »Na, die gegen Ausländer. Welche sonst?« Anfang Februar verwies die bayerische CSU-Landesleitung stolz auf 164.000 eingegangene Unterschriften. Doch zum gleichen Zeitpunkt waren im damals noch rot-grünen Hessen bereits mehr als 500.000 Unterschriften zusammengekommen, und im »multikulturellen« Berlin mit seinen knapp 3,4 Millionen Einwohnern waren es schon über 130.000.

Die CDU/CSU hatte gegen eine »grundlegende Abwendung von Sinn und Geist unserer Verfassung« (Scholz) mobilisiert und war von den Mobilisierten besser verstanden worden, als sie es möglicherweise intendiert hatte. Der Leserbriefschreiber Peter W. übermittelte noch eine andere bemerkenswerte Beobachtung: »Die Gespräche um den Stand klangen anders als die Erklärungen der CDU. Viele der Unterzeichner wollten mehr als die doppelte Staatsbürgerschaft verhindern. Ihnen war die bürgerliche Gleichberechtigung für die, die angeblich nicht hierher gehören, überhaupt zuwider.« Schließlich erlaubte sich der nüchterne Beobachter noch eine zutreffende Beurteilung: »Es herrschte eine Atmosphäre, in der rationale Argumente nichts mehr galten.«

Rational war jedoch der Ausgangspunkt der CDU-Kampagne. Er war borniert, aggressiv und reaktionär, aber doch rational. Immerhin ging es um die für Politiker jedweder Richtung bedeutsame Frage, wer in der von ihnen angeführten staatlichen Organisation seine Dienste feilbieten darf und unter welchen Voraussetzung er in den Genuß dieses fragwürdigen Privilegs kommen kann. Man kann und sollte mit Recht die Aufteilung der Welt in Nationalstaaten als prinzipiell irrational und im Wortsinne verrückt kritisieren. Das Prozedere der Staaten bei der Auswahl ihrer Mitgliedschaft folgt aber notwendigerweise (zweck-)rational begründeten verbindlichen Kriterien. Dem Willkürakt der Nationengründung und -begründung folgt in aller Regel ein Willkür weitgehend ausschließendes kodifiziertes Staatsbürgerrecht. Das gilt sowohl für politisch oder/und territorial begründete nationale Definitionen wie für das deutsche Blutsrecht.

Die rot-grüne Regierungskoalition hat nun den Versuch unternommen, vom Blutsrecht ein paar Tropfen weit abzurücken. Durch eine graduelle Erleichterung der Einbürgerung qua Absenkung der Altersgrenze für einen legalen Aufenthalt in Deutschland soll die EU-Führungsmacht sich ein wenig dem Standard der meisten Geführten annähern. Denn ein dem deutschen ähnliches Einbürgerungsrecht, das nur eine einzige Staatsbürgerschaft zuläßt, existiert in der EU nur noch in Österreich, Schweden und Luxemburg. Für den von Deutschland projektierten politisch homogenen europäischen Machtblock könnte es sich als kontraproduktiv erweisen, wenn die Führungsmacht sich einer allgemeinen Gleichheit der europäischen Untertanen verweigerte und im Kernland der EU, dessen Einwohner sich ohnehin keiner uneingeschränkten Sympathie der Nachbarn erfreuen, zwei durch Gesetz unterschiedlich bewertete Gruppen von Europäern ihr Leben fristeten. Außerdem würde durch erleichterte Einbürgerungsbedingungen das deutsche Staatsvolk, das im EU-Vergleich mit mehr als 82 Millionen ohnehin das zahlenmäßig stärkste darstellt, noch einmal einen Zuwachs von etwa 1,5 Millionen erfahren. So viele – besser: so wenige – der hier lebenden ca. 7,7 Millionen Ausländer werden laut einer Rechnung des »Tagesspiegel« (22.11.98) nach der geplanten Erleichterung einbürgerungsberechtigt sein.

Das ist eine Option, ebenso rational wie ihr konkurrierendes Gegenstück. Die CDU/CSU setzt ebenfalls auf Gleichheit und Zuwachs; sie schlägt nur den entgegengesetzten Weg ein. Nicht deutsche Annäherung an den europäischen Standard,

sondern Angleichung der Nichtdeutschen an deutsche Standards, lautet hier die Marschrichtung. »Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden«, heißt es im Aufruf zur Unterschriftensammlung. »Wir wollen diesen hier lebenden Ausländern und ihren Kindern die Integration und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern. Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar.« »Integration« kann in diesem Kontext durchaus mit »Eindeutschung« übersetzt werden. Für Christdemokraten ist eine solche vor allem an den Merkmalen von Sprache, »Kultur« und Religion erkennbar. Aber auch die sozialdemokratisch-grüne Option setzt auf Eindeutschung. Für sie ist die zur Schau getragene politische Konformität ausschlaggebend, womit sie sich nur in der Prioritätensetzung von ihrer Konkurrentin unterscheidet. Innenminister Schily will bekanntlich die »Verfassungstreue« zum Kriterium der Einbürgerung machen. Seine Anhänger verbinden beide Prioritätensetzungen. In einem kürzlich veröffentlichten »Toleranzedikt von Berlin« definieren linksliberale Deutsche »Integration« wie folgt: »Integration ist eine Form des gleichberechtigten Zusammenlebens. Sie wird nur gelingen, wenn Menschen nicht zur Selbstaufgabe ihrer Identität gezwungen werden ... sowie soziale und politische Prozesse als Teil der Stadtgesellschaft mitgestalten können. Dies setzt deutsche Sprachkenntnisse wie auch die Akzeptanz unserer demokratischen Rechtsordnung und Verfassung voraus.«

Man kann also die CDU/CSU-Unterschriftenaktion durchaus als Beitrag zur rational geführten Diskussion über das Prozedere der einverständlich »Integration« genannten Eindeutschung interpretieren. Diese Interpretation wird aber offenkundig vom Großteil der Unterzeichner des »Toleranzedikts« nicht geteilt. Über Eindeutschung und ihre Erfolgschancen haben diese Leute eigene Vorstellungen. Das Berliner Stadtmagazin »Tip« berichtete vor kurzem über die allsamstägliche Unterschriftensammlung auf dem Neuköllner Hermannplatz. Dort war in den Reihen der CDU-Anhänger ein älterer Mann mit dunkler Hautfarbe aufgefallen: »Hinter dem CDU-Stand gibt er den Roberto Blanco von Neukölln. Haben Sie denn keine Angst, für einen Verräter gehalten zu werden? So gibt eine Diskutantin ihm zu verstehen, wofür sie ihn hält.« Der Mann hatte seine gelungene Eindeutschung durch aktives Unterschriftensammeln gleichermaßen unter Beweis gestellt wie die Gegendemonstranten, deren staatsbürgerlicher Wille zur Loyalität in Transparenten mit der Aufschrift »Bin ich eine Gefahr für Deutschland?« zum Ausdruck kam. »Nein, wirklich nicht«, wäre eine Antwort auf Grundlage rationaler Überlegungen gewesen. Auf dem Neuköllner Hermannplatz dagegen wurde die geballte staatsbürgerliche Harmlosigkeit mit »Kommunisten raus!«-Rufen bedacht. »Ich wähle sonst nie CDU, aber das mit den Ausländern«, gab kurz vor der Hessenwahl eine Frankfurterin einem »junge Welt«-Reporter zu Protokoll, »ist nicht in Ordnung. Ich habe doch auch nur ein Heimatland« (9.2.99). Nur ein »Heimatland« und keinen »Doppelpaß« – das ganze Elend deutscher Existenz.

Für deutsche Politiker steht die Frage der politischen Loyalität im Vordergrund: Der Bürger als Diener zweier oder mehrerer Herren? Politiker wissen aber auch, daß diese Frage, zumindest mittelfristig, nicht sehr brisant sein wird. Der Loyalitätsinstinkt wird sich stets zur ökonomisch und politisch stärkeren Seite hingezogen fühlen. Für deutsche Staatsbürger steht dagegen die Verbitterung über die eigene Unzulänglichkeit und Ausweglosigkeit im Vordergrund. Wohin sie auch kommen, sagen sie von sich selbst, als wollten sie die Wahrheit des Sprichworts, dem zufolge Dummheit und Stolz auf einem Holz wachsen, bestätigen, werden sie doch immer als Deutsche identifiziert. Und sie wissen, daß eine positive Aufnahme von ihrer Zahlungsfähigkeit abhängig ist. Schließlich demonstrieren sie das einvernehmlich mit ihren Politikern den hierzulande unerwünschten, weil armen Ausländern. Daß man in einer Welt konkurrierender Nationalstaaten niemals über genügend Pässe verfügen kann, daß mehr als eine Staatsangehörigkeit Vorteile auch für arme Schlucker zu bieten vermag, leuchtet ihnen möglicherweise ein, dies aber zu akzeptieren, gar zu fordern, so rational sind sie nicht.

Haben also die Christdemokraten, wie die »Jungle World« (10.2.99) schreibt, »das rassistische Ressentiment hof- und parlamentsfähig gemacht«? Das war wohl kaum nötig. Ein Vergleich zwischen den offiziellen Statements christdemokratischer Politiker, den Aufrufen zur Unterschriftenkampagne einerseits und den vielfach dokumentierten Äußerungen der Mobilisierten andererseits, ergibt eher die Feststellung einer Zähmung, ja Integration des deutschen Volksbewußtseins. Nachdem offenkundig war, daß die CDU die Hessenwahl aufgrund ihrer Kampagne gewonnen hatte, bemühte sich ihr Spitzenkandidat eilends, den Wahlerfolg auf Themen der Bildungs- und Steuerpolitik zurückzuführen. Peinlich und auf jeden Fall nicht europakompatibel wäre eine offene Affirmation des Volkswillens gewesen.

Ein wenig unheimlich schien den Christdemokraten ihr Erfolgsinstrument schon vor seinem Einsatz gewesen zu sein. »Sicher – eine Aktion wie diese ist im allgemeinen nicht herausragendes Merkmal einer bürgerlichen Partei«, bemerkte das CSU-Organ »Bayernkurier« Ende Januar. »Wer aber vorher sorgsam und verantwortungsbewußt das Für und Wider erörtert hat, sieht die Richtigkeit des Entschlusses, die Aktion zu starten, allein schon durch den überraschend großen Zulauf bestätigt ... Trotzdem verweist der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber nachdrücklich darauf, daß ein Instrument wie dieses nur in ausgesucht seltenen Fällen angebracht ist.« Und selbst diese »ausgesucht seltenen Fälle« sollen dem CDU-Vorsitzenden Schäuble schon zuviel gewesen sein. Laut »Taz« (4.1.99) warnte er Anfang des Jahres seine bayerischen Gesinnungsgenossen: »Keine der großen Entscheidungen der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte ... hätte anfangs die Zustimmung der Mehrheit der Wähler gefunden. Schäubles Fazit: Es bedürfe

einer aufgeklärten Klasse von Volksvertretern, die unbeeindruckt von öffentlichen Protesten das Richtige für ihr Land tun.« Letztlich dürfte der »überraschend große Zulauf« auch den schwäbischen Skeptiker überzeugt haben.

Stoiber und Schäuble haben sich mit ihrer Kampagne auf ein Terrain begeben, das traditionellerweise von der Linken beansprucht wird: die Mobilisierung der »Volksmassen« gegen eine »volksfeindliche« Politik. Die hat zwar in Deutschland spätestens seit 1933 nie mehr so richtig geklappt; ihr Gespenst erfreut sich dagegen bis heute einiger Beliebtheit. So mag beispielsweise der Kreissprecher der Jusos im Berliner Bezirk Wedding nicht von der Vorstellung eines an sich »berechtigten« Volkszorns lassen, wenn er dem »Tagesspiegel« (31.1.99) in einer Replik auf die oben erwähnte Zuschrift des Lesers Peter W. die folgende Weisheit übermittelt: »Sie (die Unterschriftenaktion; H. P.) führt zur Unzugänglichkeit vieler Bürger für vernünftige Argumente und zu unangemessenen Ausbrüchen, in denen sich oftmals ernstzunehmende Ängste entladen.« Natürlich darf er sich weder Gedanken über Verlauf und Inhalt von »unangemessenen Ausbrüchen« und »ernstzunehmenden Ängsten« noch über das Verhältnis der beiden zueinander machen. Er käme sonst womöglich zu einem ähnlichen Ergebnis wie sein älterer Kollege Ludwig Stiegler, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, der am Tag nach der Hessenwahl resigniert erklärte: »Wir haben die Verhetzungsfähigkeit der Bevölkerung unterschätzt.«

Bei aktivistischen Linken handelt es sich zumeist um Politiker im Wartestand, möglicherweise in einem ewigwährenden Wartestand. Je größer die Distanz zwischen eigenen Machtambitionen und deren Realisierungschancen zu Lebzeiten, um so mehr müssen sie das Auftreten bislang noch nicht in Anschlag gebrachter Machtpotentiale herbeihalluzinieren. Weil zu deren mächtigsten im linken Verständnis die legendären Volksmassen mit ihrem gleichsam angeborenen, leider allzu leicht von böswilliger Seite manipulierbaren Zorn auf die volksfeindliche Herrschaft gehört, darf der deutsche Rassismus auch nicht als das kritisiert werden, als was er sich selbst versteht. »junge Welt«-Redakteur Werner Pirker warnte daher am 10. Februar: »Dem Jubel aus Wiesbaden und München entspricht das linke Betroffenheitsgejammer über die Bösartigkeit des deutschen Stimmbürgers und damit der Mehrheitsfähigkeit des Rassismus.« Zwar hätten sich »latent vorhandene xenophobe Stimmungen« bei der Hessenwahl Geltung verschafft. »Doch nur, weil das soziale Terrain, auf dem allein der Ära Kohl ein Ende verschafft werden konnte, unbesetzt geblieben war.«

Schon am Tag zuvor hatte der einstige Stadtguerrillero Till Meyer den »junge Welt«-Lesern anhand »anderer Kennziffern« vorgerechnet, worum es den deutschen Ausländerfeinden wirklich geht: »Die ... ausgeplünderten Menschen wollen endlich wieder mehr in ihren Taschen haben. Die Wähler haben einen eindeutigen Politikwechsel und einen sozial gerechten Gesellschaftsentwurf erwartet, aber bisher nicht einmal gute Worte bekommen. ... Die uneingeschränkte Rückverteilung dessen, was in der Kohl-Ära von unten nach oben geflossen ist, ... wäre die einzige Garantie dafür, daß jene, die als Modernisierungsverlierer gelten, Rot-Grün nicht in Bälde in noch größeren Scharen davonlaufen.« Die Leute müssen einfach so handeln, erläuterte wiederum Pirker, weil ihnen die Regierung keine Alternative läßt, denn: »Wo keine Akzente einer neuen linken Politik deutlich werden und keinerlei sozialpolitische Impulse spürbar sind, degeneriert ... auch der Protest.« Wähler explodieren, Schuld hat der Präsident.

Immerhin sind die verhinderten Arbeiterführer noch nicht so weit, Rassismus einfach als unbefriedigtes Gesprächsbedürfnis zu interpretieren. Das tut jedoch die Gruppe »Mehr Demokratie e.V.«, die in Berlin immerhin schon etwa 25.000 Unterschriften für die Einführung eines institutionalisierten »Volksbegehrens« gesammelt hat. In der »Jungle World« (27.1.99) erklärte ihr Vertreter Jens Kuhlemann: »Was wir brauchen, ist eine offene Debatte darüber, warum so viele Menschen Schwierigkeiten mit Ausländern in ihrer Nähe haben.« Dem Ergebnis einer solchen Debatte will er sich dann beugen: »Wer will, daß die Leute Verantwortung für die Politik übernehmen, indem sie die Wahl haben, Ja oder Nein zu sagen, der muß auch dazu stehen, daß die Entscheidung von der Mehrheit getroffen wird.«

Sybille Tönnies würde so weit niemals gehen. Im Gegenteil: Beschwörend erhebt die an der Uni Bremen beamtete Juristin, einst, wie der heutige Innenminister, Rechtsbeistand bewaffneter Staatsfeinde, den Zeigefinger gegen den »Totalitarismus der Unmittelbarkeit« (»Taz«, 23.1.99). Wie Schäuble favorisiert sie die »Repräsentation« des Volkswillens, wodurch dieser »inhaltlich kultiviert« werde. Als rot-grüne Politikberaterin will sie allerdings nicht mit Konkurrenten verwechselt werden, weshalb sie auf einem angeblich gewichtigen Unterschied besteht: Waren es bislang die Linken, die auf die Unmittelbarkeit des Volkswillens setzten, haben nun »die Rechten die Seiten gewechselt, weil ihnen die primitiven Ressentiments, die im Parlament infolge des Verbesserungseffekts nur gebrochen repräsentiert sind, zugute kommen«. Sie übersieht dabei geflissentlich den »Verbesserungseffekt«, der sich durch das Beharren auf eindeutschende Integration in dem CDU/CSU-Aufruftext ja bereits ergeben hat, indem Hunderttausende deutscher Rassisten sich qua Unterschrift darauf verpflichteten.

So peinlich die Tönniessche Regression auf das Niveau gymnasialen Staatsbürgerkundeunterrichts auch sein mag, im Bereich rot-grüner Reformbestrebungen gibt es weit Schlimmeres. Der ostzonale Grünen-Abgeordnete Werner Schulz, Beruf: Bürgerrechtler, denunzierte in der »Leipziger Volkszeitung« (9.2.99) die von seiner Fraktion angestrebte Lockerung der Einbürgerungsbestimmungen als »Fundamentalopposition ohne Zuspruch«. Die Grünen, so Schulz, könnten nicht »starr und stur« bleiben angesichts des »ernstzunehmenden Bürgerwiderstands«. Schulz wird es wohl wissen. Er stand schließlich schon einmal mit an der Spitze einer erfolgreichen Bürgerbewegung.

Horst Pankow schrieb in KONKRET 2/99 über Menschenrechtspolitik

Konkret 03/99, S. 31

Otto Köhler

Mass Murder Inc.

Der Leichenfund von Racak ist noch nicht aufgeklärt, da bereiten Politiker und Medien die Deutschen auch schon auf einen Kriegseinsatz ihrer Soldaten im Kosovo vor

Am 21. Januar brachte die »Zeit« auf ihrer ersten Seite den Aufmacher »Alptraum für den Westen«, einen Artikel über das »Massaker von Racak«. Damit unterschied sich die Hamburger Wochenzeitung nicht von vielen deutschen Tageszeitungen, die vier oder fünf Tage zuvor ebenfalls mit meist großaufgemachten Meldungen von einem »Massaker« in Racak erschienen. Allerdings hatten die Redakteure der »Zeit« bis zu ihrem Redaktionsschluß mindestes drei Tage Gelegenheit zur Recherche und zum Nachdenken.

Das Ergebnis stand als Bildunterschrift neben der Schlagzeile: »Das Massaker von Racak hat den prekären Frieden im Kosovo vorerst beendet.« Im Text fand sich die Frage, die keiner Überlegung mehr bedurfte: »Wie lange noch will der Westen mit einem Mann verhandeln, von dem er längst erkannt hat, daß er nicht die Lösung für das Problem, sondern das Problem selbst ist?« Kurz: Milosevic' Liquidation schafft Frieden auf dem Balkan. Wie wäre es, fragen wird die »Zeit« ja dürfen, wenn Europa endlich auf dem Amselfeld – da wurden doch schon mal die Serben vor sechs Jahrhunderten von unserem Nato-Partner Türkei entscheidend geschlagen – bewiese, daß es »nicht nur ein Kommerz- und Konsumverein auf Gegenseitigkeit ist, sondern eine Wertegemeinschaft«, zu der eine »europäische Verteidigungsidentität« gehört. Identität, lehrt der große *Duden,* ist die »völlige Übereinstimmung einer Person oder Sache, mit dem« – ogott! – »was sie ist«.

Immerhin, das hat die »Zeit« unfreiwillig richtig gesehen: Wenn das Massaker von Racak eine Aufgabe hatte, dann die, den, nun ja, prekären Frieden im Kosovo zu beenden. Tote hat es gegeben. Fotos von den Toten auch. Die Frage blieb nur, war das Massaker wirklich ein Massaker? Bleiben wir beim *Duden:* Massaker ist ein »grausames, verbrecherisches Hinmorden einer großen Anzahl unschuldiger wehrloser Menschen«. Gab es das in Racak?

Die folgende Ausgabe der »Zeit« (28. Februar) hätte eine Antwort oder wenigstens den Versuch einer Antwort enthalten können. Denn inzwischen war einiges geschehen. Gleichzeitig mit dem Massaker-Aufmacher der »Zeit« vom 21. Januar erschienen in Frankreich und Großbritannien ganz andere Berichte. Bereits am 20.Januar berichtete der Sonderkorrespondent des konservativen französischen »Figaro«, Renaud Girard, aus Racak. Im Morgengrauen habe serbische Polizei das als UCK-Bastion bekannte Dorf umstellt. Die serbische Polizei habe ein AP-Fernsehteam eingeladen, die Aktion zu filmen, ebenso die OSZE, die mit zwei Fahrzeugen mit US-Diplomatenschildern gekommen war. Die OSZE-Beobachter seien den ganzen Tag über auf einem Hügel gewesen, von dem aus sie das Dorf beobachten konnten. Es kam zu Kämpfen, als Soldaten der UCK aus der serbischen Belagerung auszubrechen versuchten. Dabei gab es Tote. »Le Figaro« fragte: »Was ist nun wirklich passiert? Sollte die UCK nachts die Leichen derer, die tatsächlich durch serbische Geschosse starben, gesammelt haben, um eine kaltblütige Hinrichtung zu inszenieren? Eine beunruhigende Tatsache: Die Journalisten finden am Samstagmorgen nur ganz wenige Geschoßhülsen in der Umgebung des scheinbaren Massakers.«

Einen Tag später, am 21. Januar, druckte »Le Monde« unter der Überschrift »Wurden die Toten von Racak wirklich kaltblütig massakriert?« einen Bericht, der die Zweifel, ob das Massaker »zu perfekt«, d. h. inszeniert, sei, verstärkte. »Le Monde« wunderte sich, daß in dem Hohlweg, wo 23 Menschen umgebracht worden sein sollten, so wenig Blut zu finden war. Das Blatt fragte, ob möglicherweise die Leichen der von der serbischen Polizei im Kampf erschossenen Albaner in den Graben gelegt worden waren, um eine Horrorszene zu schaffen, von der man sicher sein konnte, daß sie die öffentliche Meinung schockieren würde. Das Dorf sei schließlich den ganzen Tag lang unter Beobachtung gewesen. Von einem Massaker war da nichts zu bemerken.

Wieder einen Tag später, am Freitag, greifen die Zweifel aus Frankreich nach Deutschland über. Die »Welt« zitiert die Berichte aus »Le Monde« und »Le Figaro« und auch den britischen »Guardian«, der schrieb: Schleifspuren und Spuren von Blut oder Gehirnmasse ließen darauf schließen, daß die Leichen aus der Umgebung herbeigeschafft worden waren. Die »Welt« fragt: »Waren die Toten von Racak im Kosovo Opfer eines Massakers der Serben – oder sind die Leichen Teil eines makabren Schaustücks der Untergrundarmee UCK geworden, um den Westen zum Eingreifen zu bewegen?«

Das stand in der »Welt«, ausgerechnet. Alle anderen großen Tageszeitungen hatten für derlei skrupulöse Erwägungen offensichtlich keinen Platz. Die »Frankfurter Rundschau«, die »Süddeutsche Zeitung«, auch die »Frankfurter Allgemeine« sahen keinen Grund, über die in der internationalen Berichterstattung aufgekommenen Zweifel zu berichten. Daß allerdings der »Spiegel« noch am Massaker festhielt – ja gewiß, es gebe »unterschiedliche Darstellungen«; aber fest stehe: »Es kam zu einem grauenvollen Blutbad« – das wird man verstehen müssen. Der Chefredakteur mußte sich auf seine Talkshow vorbereiten, und im übrigen gibt es da offensichtlich eine klare Redaktionslinie, nach der die Rolle der »Hetzer«, »ultranationalistischen Kumpane« und »Kriegsverbrecher« grundsätzlich mit Serben besetzt ist.

Es war der US-Diplomat und OSZE-Missions-Chef William Walker, der als erster einen Tag nach den Kämpfen vor den Leichen im Hohlweg weltöffentlich die Parole vom Massaker ausgeschrien hatte. Doch Walker sei, meldete jetzt die »Welt«, »in der Wortwahl deutlich vorsichtiger« geworden. Anstelle von einem »Massaker« durch die Serben rede er nun von »killings«, von Tötungen.

Doch die »Zeit« vom 28. Januar war noch klüger. Sie verlor kein einziges Wort mehr über jenen Massenmord von Racak, der eine Woche zuvor groß auf ihrer Titelseite präsentiert worden war, nichts wußte sie mitzuteilen über die widersprechenden Berichte in der internationalen Presse und in der »Welt«. Konnte es sein, daß der Aufmacher sieben Tage zuvor seine Schuldigkeit getan hat? Richtig, Bundeskanzler Schröder hatte gleich nach den Massakerberichten angekündigt, daß erstmals wieder – 54 Jahre danach – deutsche Truppen zum Einsatz auf den Balkan geschickt werden können.

Aber da fand sich dann doch noch ein Satz zum Kosovo in der »Zeit«. Auf Seite drei in einer Bilanz der – wie es hieß – »Versuchs-Regierung« Schröder: Vor zehn Tagen habe der Kanzler öffentlich erklärt, er sei für den Einsatz von Bodentruppen im Kosovo. Und jetzt, so die »Zeit« enttäuscht: »Jetzt zuckt er zurück«.

Weitere zehn Tage später zuckte der Kanzler dann wieder energisch nach vorn, an die Front. Auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, der alljährlichen Drohveranstaltung der Nato, erteilte er jener Politik eine Absage, die so tue, »als verbiete die historische Hypothek eines Landes, das vernichtende Weltkriege zu verantworten hat, jeglichen Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des Bündnisgebietes«. Heute wisse er sich einig, so betonte der Kanzler, »mit der großen Mehrheit unserer Bevölkerung, wenn ich sage, daß die historische Verantwortung, die Deutschland hat, uns auch auferlegt, den Massenmorden, wie wir sie in Bosnien erlebt haben, mit allen uns zu Geboten stehenden Mitteln zuvorzukommen.« Er versicherte: »Deutschland kann und will keinen Sonderweg gehen. Wir sind im Bündnis mit unseren amerikanischen Freunden Schritt für Schritt, wenn ich das so sagen darf, gleichsam erwachsen geworden, und das wollen wir auch bleiben.«

Das wieder erwachsene – oder erwachte? – Deutschland ist, erklärte Schröder, »ohne jedes Wenn und Aber bereit, als normaler Alliierter Verantwortung zu übernehmen, ob in der EU oder in der Nato«. Die Bereitschaft, »mehr als bisher Verantwortung zu übernehmen«, also an »internationalen Militäreinsätzen über das Bündnisgebiet hinaus« teilzunehmen, habe, sprach Schröder, eine »unbezweifelbare völkerrechtliche Grundlage zur Voraussetzung«. In der Regel sei das ein Mandat des Sicherheitsrats oder der OSZE. Aber ein »Abweichen von diesem Prinzip« (des Uno- oder OSZE-Mandats) könne es – und das ist die tatsächliche Wirkung des Massakers von Racak – »in Ausnahmefällen« geben: als »unmittelbares Eingreifen aus humanitären Gründen«.

Es war Schröders Vorgänger im Amt, der im Juli 1994 erklärt hatte: »Es bleibt bei unserer Position, daß wir aus Gründen der geschichtlichen Erfahrung keine deutschen Soldaten, also keine Bodentruppen, in das frühere Jugoslawien schicken.« Und es war Verteidigungsminister Volker Rühe, der sich am 18. September 1995 dem anschloß: »Es bleibt auf jeden Fall dabei, daß wir keine Bodentruppen nach Bosnien schicken.« Gewiß, 36 Tage später marschierten deutsche Truppen in Bosnien ein. Und am 26. November 1997 konnte Rühe vor dem Bundestag verkünden: »Wir sind ein Land, das Streitkräfte im Einsatz hat. Das sollten Sie auch nie vergessen. Im Augenblick stehen 3.000 deutsche Soldaten in Bosnien.« Aber daran geglaubt zu haben, vorher herumlügen zu müssen, das zeugt wenigstens noch davon, daß in Rühe und Kohl sich irgendein moralisches Restempfinden rührte. Der erwachsene Schröder kann auf solchen ethischen Klimbim nun bedenkenlos verzichten. Selbst die »Zeit« hat inzwischen, drei Wochen nach ihrem »Massaker«-Aufmacher, zwar nichts berichtigt oder wenigstens relativiert, aber Sorge (»Dann fließt viel Blut«) geäußert, ob nicht Rotgrün zu eilfertig deutsche Truppen in den Kosovo schicke, während doch sogar Rühe inzwischen Bedenken bekommen habe.

Unter den ersten, die ihren Protest gegen das serbische Massaker ablieferten, war – sie wollte endlich voll und ganz in Bonn ankommen – die Partei des Demokratischen Sozialismus. Am 19.Januar schrieb Dr. jur. Gregor Gysi als Fraktionsvorsitzender der PDS dem Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien, Herrn Slobodan Milosevic, einen geharnischten Brief, der anhub: »Sehr geehrter Herr Präsident, die Bundestagsfraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus ist entsetzt über das Massaker in Racak und sieht darin Formen abscheulichster Gewalt, die sich in keinem Fall und unter keinen Umständen legitimieren lassen. Wir fordern eine rückhaltlose Aufklärung der Verbrechen.« Inzwischen schämt Gysi sich wohl ein bißchen, und die Fraktion schämt sich mit. Immerhin – die schämen sich noch und werden vielleicht als einzige gegen den Einsatz deutscher Truppen in dem Land stimmen, in dem der deutsche Soldat Massaker am Fließband veranstaltet hatte, fachkundig und unbezweifelbar.

Doch wer expedierte noch einen Tag vor der PDS seinen Protest gegen das Massaker? Es war – das ahnt man nicht – die Botschaft der Republik Türkei zu Bonn: »Die Türkei ist tief besorgt über Nachrichten, wonach 45 unschuldige Kosovo-Albaner von Serben brutal massakriert wurden. Derartige Nachrichten riefen Entrüstung in der türkischen Bevölkerung hervor.« Entrüstung wie 1992 beim Massaker von Sirnak, im Zentrum der Befreiungsarmee, die endlich zerschlagen werden sollte? Natürlich nicht, denn Sirnak liegt nicht im Kosovo, sondern auf dem Staatsgebiet der Türkei, und die dortige Befreiungsarmee heißt PKK, nicht UCK. Beim Nato-Partner werden seit Jahren Massaker an kurdischen Zivilisten

zur »Wahrung der territorialen Integrität der Türkei« veranstaltet und die »Zerschlagung der Terrororganisation PKK« propagiert. Dort werden ganze Städte, wie zum Beispiel 1993 Lice bombardiert, zusammengeschossen und dann von plündernden Soldaten heimgesucht. Die Leichen werden auf Traktoren weggeschafft. Und das alles unter dem Schutz deutscher Panzer aus den Beständen der Nationalen Volksarmee, die die Bundesrepublik an die Türkei geliefert hat. Fast überall, wo in der Türkei Massaker an Kurden verübt werden, sind auch deutsche Waffen dabei: Leopard-1-Panzer, kleinere Nato-Schützenpanzer auf Militärlastwagen der Firmen MAN und Mercedes, deutsche G3-Gewehre neben Kalaschnikows, die ebenfalls aus deutschen Lieferungen stammen. Trotzdem wird man nicht sagen dürfen, daß Deutschland einseitig gegen Befreiungsbewegungen Partei ergreift.

Im Kosovo ist es nämlich die Befreiungsarmee UCK, die mit deutschen Waffen versorgt wird, ebenfalls vorzugsweise aus DDR-Beständen, die vom westdeutschen MAD über den albanischen Geheimdienst ins Kosovo verschoben wurden: »Monitor« berichtete im vergangenen Jahr über die Lieferung von Militärfahrzeugen, Kampfausrüstung, Ersatzteilen für die MIG 21, Nachtsichtgeräten und so fort. Die Bundesrepublik handelt damit gesamtpolitisch gesehen völlig ausgeglichen. Auf dem Balkan liefert sie Waffen an die Befreiungsbewegung gegen die reguläre Regierung, und in der Türkei bewaffnet sie eben die Regierung gegen die Befreiungsbewegung.

Die türkische Botschaft in Bonn aber denkt da ganz anders als jede Bundesregierung. In ihrem Kommuniqué zum Massaker von Racak heißt es: »Die Türkei ist gegen Unterdrückung und Gewaltakte jeder Art, gleich von wem sie kommen und was sie bezwecken. Die Türkei ordnet auch das o. g. Massaker dem gleichen Rahmen zu und verurteilt es auf das Schärfste. Die Türkei erwartet, daß die Ermittlungen und Strafverfolgung im Zusammenhang mit diesem Massaker bald durchgeführt und die Täter dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit abgeurteilt und bestraft werden.« Während also die Türkei jedes Massaker, jede Unterdrückung und jede Gewalttat unterschiedlos verurteilt, weiß die Bundesrepublik Deutschland die notwendigen Differenzierungen vorzunehmen. Niemals würde sie Bodentruppen in die Türkei schicken, um Massaker der Regierungstruppen oder der Polizei an unterdrückten Volksgruppen zu verhindern, nicht einmal zu friedensstiftenden Luftschlägen würde sich die Bundesrepublik verführen lassen, um endlich Ruhe beim Natopartner herzustellen.

Die USA immerhin wollen sich nicht allein auf Natobomber und deutsche Bodentruppen verlassen. Sie bringen nun auch die Waffen des Geistes gegen Milosevic in Stellung. Dem dient – TOP SECRET, unautorisierte Veröffentlichung wird strafrechtlich verfolgt – ein CIA-Programm vom 10. Dezember 1998 mit dem schönen Namen »Promoting Democracy in Yugoslavia«. Das Programm hebt an mit einer beachtlichen Preiserhöhung für den Ankauf der Demokratie in Restjugoslawien: »Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte ihre Unterstützung für Demokratie in Jugoslawien entschieden erhöhen von der gegenwärtigen Summe von 15 Millionen Dollar auf 35 Millionen Dollar in diesem Haushaltsjahr.« Das Programm sieht im einzelnen vor, auch NGOs aus Europa und den USA finanziell zu ermuntern, ihre Aktivitäten in Jugoslawien zu verstärken. Insbesondere soll mit den Dollars eine neue Führungsgeneration aufgebaut werden, weil das »Volk von Jugoslawien etwas Besseres verdient als das gegenwärtige autoritäre Regime«. Die Regierung Milosevic wird sich freuen, bekanntmachen zu dürfen, wieviel Millionen Dollar dem Geheimdienst der USA die Opposition im Lande wert ist: zehn Millionen für »offene« Medien, fünf Millionen für einheimische NGOs, zehn Millionen für politische Parteien, eine Million für Gewerkschaften, zwei Millionen für Jugendorganisationen, eine Million – auch dazu braucht es Dollars – für Wahlausschüsse. Ob sich unter diesen vielen Millionen auch eine zur glaubwürdigen Inszenierung von serbischen Massakern befindet, ist unklar. Wenn man nicht nur die »Zeit« und andere deutsche Zeitungen überzeugen können will, sondern auch die internationale Presse, dann wird das nicht ganz billig sein.

Unter dem Raul Hilberg gestohlenen Titel »Täter, Opfer, Zuschauer« hat Thomas Schmid in der Berliner »Tageszeitung« erwogen, wie es nun »nach dem Massaker an albanischen Zivilisten« weitergehen soll: »Es ist Zeit umzudenken, sich einzugestehen, daß es keine politische Lösung gibt, solange Milosevic an der Macht ist ... Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn man ernsthaft auf die Destabilisierung des Machtapparates in Belgrad und offen auf die Errichtung eines internationalen Protektorats im Kosovo hinarbeiten würde ...« Ähnliches (siehe Kasten) hörte man auch schon aus den USA. Doch »Protektorat« – das ist eine urdeutsche Idee (»Böhmen und Mähren« hat Schmid längst vergessen). Die Bundeswehr aber ist gut vorbereitet. Schließlich veranstaltete sie im vergangenen Jahr ihr mächtiges Gelöbnismanöver vor dem Roten Rathaus mit Bedacht am Tag von Lidice.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 2/99 über Geschichtsschreibung im Auftrag der BASF

Konkret 03/99, S. 34

Jürgen Elsässer

Drogen und Deutschmark

Wie die albanische Mafia mit deutscher Hilfe zur UCK wurde

»Die albanische Mafia und die sogenannte Befreiungsarmee Kosovo haben keine Berührungspunkte – sie sind ein und dasselbe, sie sind über die Familien miteinander verbunden, so daß es unmöglich ist, sie voneinander abzugrenzen«, meint Marko Nicovic, ehemaliger Leiter der Drogenabteilung im Belgrader Innenministerium.

Der Mann weiß, wovon er spricht – er war an zahlreichen Razzien gegen internationale Heroinhändler im Kosovo beteiligt – , und trotzdem mag seine Auskunft als parteiisch gelten. Serbische Lügen-Propaganda, um die UCK schlechtzureden, jetzt, wo sie endlich über ihre Beteiligung an der Rambouillet-Konferenz international Anerkennung erfahren hat – so könnten jene, die ihr Herz für die leidenden Kosovaren entdeckt haben, einwenden. Nur gut, daß die Einschätzung von Nicovic auch von vielen westlichen Polizeiexperten und Drogenfahndern geteilt wird. So wurden nach Analysen der norwegischen und schwedischen Kripo vom Sommer 1998 in den letzten zwei Jahren achtzig Prozent des Heroins, das in die skandinavischen Staaten gelangte, von Kosovo-Albanern eingeschmuggelt. »Wir wissen sicher, daß dieses Geld für den sogenannten Befreiungskampf verwendet wird«, sagte Walter Kege, Chef der Drogenfahndung der Königlichen Schwedischen Polizei. Nach Auskunft von Pierre Duc, dem Leiter des Rauschgiftdezernats in Lausanne, werden auch in der Schweiz neunzig Prozent des Handels mit harten Drogen mittlerweile von Albanern kontrolliert. »Wir haben bisher noch keinen direkten Beweis, aber unsere Erfahrung sagt uns, daß die Kanäle für den Handel mit harten Drogen auch für Waffen benutzt werden«, sagte Duc dem »Focus«.

In Deutschland wurden 1996 ungefähr achthundert Dealer albanischer Herkunft wegen Heroinhandel festgenommen – damit lagen sie auf Platz zwei hinter ihren türkischen Kollegen. »Für mich liegt es auf der Hand, daß die mit den Drogengewinnen Waffenkäufe finanzieren«, urteilt Ferdinand Schmid, Dezernatsleiter Rauschgift im LKA Bayern. In Italien ließ eine Spezialeinheit der Carabinieri Mitte Oktober 1998 einen Drogenring auffliegen, an dessen Spitze Gashi Agim aus Pristina stand. Ein Fahnder gegenüber dem »Corriere della Sera«: »Vor ein paar Jahren war der Mailänder Drogenmarkt noch von Türken beherrscht ... Dann, 1996, haben ihn die Albaner übernommen ... Einige von ihnen sind Aktivisten in der bewaffneten Kosovo-Befreiungsbewegung ... Und genau dorthin fließt zumindest ein Teil des Geldmeeres, das die albanischen Drogenhändler erwirtschaftet haben ... Im Frühjahr sind eine Reihe albanischer Dealer sogar so weit gegangen, eine Demonstration für die Unabhängigkeit des Kosovo zu organisieren. Und etliche Leute, die wegen ganz gewöhnlicher Verbrechen gesucht werden, marschierten zur US-Botschaft in Rom, schwenkten ihre Fahnen und verteilten Flugblätter«, faßt der »Corriere« zusammen. Die linke Tageszeitung »Il Manifesto« berichtet, Agim sei in flagranti beim Kauf von zweihundert MGs mit Nachtsichtgeräten erwischt worden. Eine zweite Schlüsselperson, der Ägypter Assan A., verfüge über Verbindungen zu einigen Ministern in Kairo und zu islamischen Terroristen in Ägypten. Ein Bericht der Drug Enforcement Administration (DEA) des US-Justizministeriums resümierte 1996: »Auf der Balkanroute waren ethnische Albaner aus der serbischen Provinz Kosovo nach den türkischer Gruppen die zweitwichtigsten Heroinschmuggler ... Kosovo-Dealer wurden bekannt wegen ihrer Gewalttätigkeit und ihrer Verwicklung in den internationalen Waffenhandel.«

Das Berisha-Imperium

Einer der wichtigsten Drahtzieher der Kosovo-Connection ist der frühere albanische Präsident Sali Berisha – er verkörpert die Symbiose aus UCK und Mafia. Sein Verteidigungsminister Safet Zhulali hat sich 1997 nach Italien abgesetzt und ihn beschuldigt, er habe die Destabilisierung des Kosovo »betrieben«, um das Ausland von der Situation in Albanien abzulenken. Chris Hedges, der Balkanreporter der »New York Times«, berichtet in der Ausgabe vom 10. Juni 1998 aus Vucidol in Nordalbanien: »Der Familiensitz des früheren albanischen Präsidenten Sali Berisha, der letztes Jahr zurücktrat, ist zur Basis der UCK geworden ... Waffenhandel, finanziert von ethnischen Albanern aus Deutschland und der Schweiz, hat die Position von Berishas Unterstützern gestärkt ... Mr. Berisha betrachtet die Kämpfe im Kosovo als heiligen Krieg ... Für ihn umfaßt die ›Albanische Nation‹ nicht nur Albanien, sondern auch den Kosovo und Westmazedonien, wo die ethnischen Albaner die Mehrheit stellen ... Zur selben Zeit transportiert man Waffen ungehindert auf Pritschenwagen hin und her. Die Polizisten und örtlichen Beamten sind entweder korrupt oder hilflos.«

Wie die UCK der militärische Arm der Mafia ist, so sind zwielichtige albanische Banken und Fonds, die sogenannten Pyramiden-Gesellschaften, ihre ökonomische Basis – zumindest waren sie es bis zu ihrem spektakulären Crash Ende 1996. »Die Pyramiden-Gangster finanzierten den Wahlkampf der Demokratischen Partei Sali Berishas vor den Parlamentswahlen im Juni 1996. Zusätzlich transferierten sie die Investitionen der Parteioberen in Länder, die als sicherer als Albanien eingestuft wurden, insbesondere nach Italien«, faßt der von der französischen Nicht-Regierungs-Organisation

»Observatoire Géopolitique des Drogues« herausgegebene Jahresbericht »The World Geopolitics of Drugs 1995/1996« zusammen, auf den sich auch die folgenden Angaben stützen.

Dubiose Anlagefonds gibt es in vielen Ländern mit wenig entwickelter Bankenaufsicht – in der Regel fliegt der Betrug aber schnell auf, die Betrüger werden verhaftet oder setzen sich mit den Einlagen der Betrogenen ins Ausland ab. In Albanien konnten sich diese Fonds jedoch über ein halbes Jahrzehnt halten, weil ihre Kapitaldecke nicht nur mit den Kleckerbeträgen naiver Kleinanleger gestreckt, sondern zusätzlich mit dem Schwarzgeld der Mafia unterfüttert wurde. Insbesondere ging es dabei um die hohen Erträge aus dem Schmuggel (vor allem von Öl) nordalbanischer Clans in das von der internationalen Blockade abgeschnürte Jugoslawien. Die nordalbanischen Clans waren lange unantastbar, weil sie auch die Demokratische Partei beherrschten. (Dies wurde nach dem Regierungswechsel 1997 sogar gerichtsnotorisch: Auf Druck der USA wurde zum Beispiel Berishas Innenminister Agon Musaraj angeklagt, das Jugoslawien-Embargo systematisch gebrochen und einen Drogenring geführt zu haben.) Die Kapitalbasis der Gesellschaften und ihre Protektion durch die damalige Regierung schien jedenfalls so solide, daß auch die italienische Mafia, vor allem die Sacra Corona Unita aus Apulien und die neapolitanische Camorra, sie benutzten, um schmutziges Geld zu waschen. Doch das finanzielle Fundament der Pyramiden blieb der Schmuggel nach Jugoslawien – und der wurde überflüssig, als nach der Aufhebung des UN-Embargos im Zuge des Dayton-Abkommens legale Im- und Exporte wieder möglich wurden. Das Ende des Schwarzmarktes in Montenegro brachte die Pyramiden zum Einsturz – zum Schaden der kleinen Anleger, während die Berisha-Clans und die Camorra immerhin noch zwischen 500 und 800 Millionen Dollar beiseite schaffen konnten.

Der Crash löste im Frühjahr 1997 bürgerkriegsähnliche Unruhen aus und kostete die Demokratische Partei und die sie tragenden Mafiagruppen die Staatsmacht – die Regierung wurde von den Sozialisten übernommen. Hinter diesen standen vor allem südalbanische Gangstersyndikate, die in puncto Kriminalität den Berisha-Gangs nicht nachstehen, aber wenigstens nicht deren großalbanischen Zielsetzungen anhängen (unter anderem deswegen nicht, weil in Südalbanien im Unterschied zum Norden vor allem Christen leben – mit den Moslems im Kosovo verbindet sie nur wenig). Andererseits konnte die Demokratische Partei ihre Hochburgen in den Grenzgebieten zu Jugoslawien verteidigen und diese dann der UCK zur Verfügung zu stellen. Die wurde in der Folge vor allem mit den Waffen aufgerüstet, die während der Aufstände aus den Kasernen der albanischen Armee gestohlen worden waren. (Nach einer Schätzung der UN-Fact-Finding-Mission vom Juni 1998 handelte es sich um 650.000 Schußwaffen, 20.000 Tonnen Sprengstoff und 1,5 Milliarden Patronen und Granaten, wovon etwa ein Viertel »von Einzelpersonen oder Schmugglern außer Landes gebracht« wurden.) »Nach Auskünften ausländischer Diplomaten ist der Beschluß von Berisha, seinen Geburtsort den Rebellen zur Verfügung zu stellen, Teil seines Versuches, die Krise für sein Comeback zu nutzen«, berichtet »New York Times«-Reporter Chris Hedges.

Deutsche Hilfe

Berisha wurde bis zu seinem Sturz 1997 massiv aus Deutschland unterstützt. In Tirana hatten sowohl die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung wie die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU ihren Sitz, letztere war »bei der Formulierung eines auf Berisha zugeschnittenen Wahlrechts behilflich«, wie das Fernsehmagazin »Monitor« im März 1993 berichtete. Ungewöhnlich war auch das Angebot des Verteidigungsministeriums, eine gemeinsame deutsch-albanische Truppeneinheit zu bilden – sie wurde Ende 1996 als Teil des deutschen Ifor-Kontingents im kroatischen Zadar stationiert. Insgesamt wurden 1995 vierzehn gemeinsame Militärkooperationen durchgeführt, 1996 mehr als zwanzig.

Die deutsche Militärpräsenz vor Ort könnte auch der UCK zugute gekommen sein. »How Germany backed KLA« – KLA (Kosovo Liberation Army) wird in den englischsprachigen Medien synonym für UCK verwendet – überschrieb das englische Wochenblatt »The European« Ende September 1997 eine Recherche. Dort wurde behauptet, daß »der deutsche zivile und militärische Geheimdienst in die Ausbildung und Bewaffnung der Rebellen verwickelt ist, um den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu zementieren und das Flüchtlingsproblem anzupacken«. Deswegen sei es zu »einem ernsthaften Bruch zwischen dem BND und der CIA gekommen«, hieß es mit Bezug auf französische Diplomaten. Weiter schrieb die Zeitung: »Die Entstehung der UCK im Jahr 1996 fiel mit der Ernennung von Hansjörg Geiger zum neuen BND-Chef zusammen. Einer seiner ersten operativen Beschlüsse war die Einrichtung einer der größten Regionalvertretungen des BND in Tirana ... BND-Agenten arbeiten eng mit den Führern des Shik, des albanischen Geheimdienstes, zusammen ... Die BND-Männer hatten die Aufgabe, Rekruten für die UCK-Kommandostruktur herauszusuchen.«

Ähnliches berichtete die ARD-Sendung »Monitor«: »Seit 1990 pflegt die Bundesregierung gute Beziehungen zu den albanischen Geheimdienstlern. Militärische Ausrüstung im Wert von zwei Millionen Mark wurde ins albanische Krisengebiet entsandt. Die Militärgüter seien zum Teil an die Rebellenarmee UCK gelangt.« Ein beteiligter MAD-Mitarbeiter sagte gegenüber »Monitor«, die Aktion sei »von ganz oben« erwünscht gewesen. Von Bill Foxton, dem Leiter des OSZE-Beobachterbüros an der Grenze zwischen Albanien und Kosovo, wurde Ende Juni 1998 »erstmals entdeckt, daß die UCK plötzlich uniformiert ist. Und zwar mit deutschen Feldanzügen.« Wesentlich weitergehende Anschuldigungen von serbischer Seite, wonach die Guerillaausbildung auch in Deutschland selbst stattfinden soll – genannt werden u. a.

geräumte Nato-Kasernen in Hechingen bei Tübingen, in der Nähe von Nürnberg und Bonn sowie ein Asylbewerberheim in Singen – sind nicht belegt. Ein – nach eigenen Angaben – »führender UCK-Repräsentant« hat gegenüber einem »Jungle World«-Reporter ebenfalls von Ausbildungslagern in Deutschland gesprochen und außerdem behauptet, »daß UCK-Leute sich im Verteidigungsministerium auf der Bonner Hardthöhe die Klinke in die Hand geben« – da »Herr I.« inkognito auftrat, werden sich allerdings weder sein Rang noch diese Informationen verifizieren lassen.

Doch auch ohnedies ist die Verantwortung der Bundesrepublik für den Aufbau der UCK groß. US-Unterhändler Richard Holbrooke hat im Juli letzten Jahres auf einer Kosovo-Rundreise in Erfahrung gebracht, »wie wichtig Gelder aus Deutschland, Dänemark und der Schweiz für die UCK« seien. Anstatt das Problem diplomatisch zu verhandeln, griff Holbrooke zu einem ungewöhnlichen Schritt: Er kritisierte das Laisser-faire der Bundesregierung öffentlich in einem Zeitungsinterview. Tatsächlich hatte Bonn das Fund-Raising für den Kosovo-Untergrund in den vergangenen Jahren zumindest toleriert: Für den vom selbsternannten Ministerpräsidenten Rugova und seinem Präsidenten-Kollegen Bukoshi verwalteten »Fonds der Republik Kosovo« waren seit 1992 jährlich mehr als zehn Millionen Mark gesammelt worden. Kosovo-Albaner in der Bundesrepublik und anderswo wurden angehalten, drei Prozent ihres Einkommens auf dieses Konto zu spenden. Unter dem Stichwort »Heimat bittet um Hilfe« hat die »Demokratische Vereinigung der Albaner in Deutschland« (DVAD) vor fünf Jahren eine weitere Bankverbindung eingerichtet, auf die allein im April 1998 sieben Millionen Mark eingegangen sind. DVAD-Chef Kelmendi gibt zu, daß »ein großer Teil« davon für die UCK bestimmt sei, schließlich seien deren Waffenkäufe auch eine Form »humanitärer Hilfe«. Kelmendi und alle anderen DVAD-Vorständler sind gleichzeitig auch Mitglieder der »Volksbewegung für das Kosovo« (LPK) – und dieser wurden im Verfassungsschutzbericht 1997 »sicherheitsgefährdende Bestrebungen« zur Last gelegt. Vor diesem Hintergrund ist es pikant, daß Kelmendi der Bundesregierung noch im letzten Jahr ausdrücklich dafür gedankt hat, »daß sie seine Arbeit bisher nicht behindert habe«.

Im Juli 1998 hat die Balkan-Kontaktgruppe auf Holbrookes Drängen ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, diese Form von Terror-Finanzierung zu unterbinden. Kurz darauf verkündete der damalige Außenminister Kinkel bereits weniger anrüchige Formen der Unterstützung: Er sicherte Albanien 1,2 Millionen Mark »für die Unterbringung von Flüchtlingen« zu – was, so will es schon die Geographie, nur im Grenzgebiet zum Kosovo sinnvoll ist, also im Homeland von Berisha. Der Kampf konnte weitergehen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 2/99 über den deutschen Haß auf den israelischen Premier Netanjahu

Konkret 03/99, S. 38

Hans-Rüdiger Minow

Der Mann, der zuviel wußte

Die Blair-Regierung nennt es »Peace Process«: In Nordirland wächst der nationalistische Terror – Abtrünnige werden auf offener Straße ermordet

Jahrelang arbeitete er als Zollangestellter. Er trug die Uniform ihrer Majestät, der Königin, für die er an der Grenze zwischen dem Norden und dem Süden Irlands wachte. Seine Kontrollfahrten auf der britischen Seite des Newry-Kanals, im bergigen Osten der Insel, sollten Schmuggler aufspüren. Doch statt illegaler Grenzgänger suchte er seinesgleichen – Funktionsträger des verhaßten englischen Staates, Zollbeamte, Postboten, Polizisten, die ihr Leben verwirkt hatten, wenn er ein Gewohnheitsprofil erstellt und es den konspirativen Kommandos übergeben hatte. Sie kamen von der anderen Seite des Kanals, aus dem republikanischen Süden der Insel, und flohen dorthin, sobald die Morde vollbracht waren. Er, der IRA-Mann im britischen Zolldienst, mußte nicht selbst Hand anlegen, um die Opfer zu erschießen oder in die Luft zu sprengen, aber später gestand er, bei mindestens fünf, wahrscheinlich bei fünfzehn Morden Vorarbeit geleistet zu haben. In der subversiven Armee der 80er Jahre war Eamon Collins »Intelligence Officer«, hervorragend getarnter Nachrichtendienstler für die Einsatzgruppe »South Armagh« der IRA.

Collins kam aus einer proletarischen Familie, in der man alles Englische haßte. »British race«: Das war der Sammelbegriff für die Leute von der Nachbarinsel und ihre irischen Handlanger, jene, die sich duckten, statt der Londoner Herrschaft ins Gesicht zu spucken. Die Gedenktage der nationalen Erhebung und die Helden des Widerstands, James Conolly oder Douglas Hyde, wurden bei riesigen Gelagen gefeiert, an denen auch die Kinder teilnehmen durften. Collins erinnerte sich an betrunkene Männer, an das Zetern ihrer Frauen vor den Türen der Pubs, an Hunger und Kälte.

Er entwuchs dem Kohlerevier und studierte später in Belfast, wo er sich sozialistischen Gruppierungen anschloß. Selbstverständlich haßte auch er die Engländer, aber er haßte sie in mehrfacher Weise: wegen des Gebarens der »britischen Rasse«, wegen ihrer anmaßenden Sprache und protestantischen Riten; zugleich haßte er sie als herrschende Klasse, was seine Entschlossenheit nur noch steigerte, denn er war Marxist.

»Unite Ireland«

Angeekelt von den Exzessen der Royalisten und ihrer Polizei, die in den Armutsvierteln von Londonderry erbarmungslos zuschlug, meldete sich Collins in den 70er Jahren zur IRA. Der Kontakt mit den führenden Kadern fand jenseits der Grenze, im Süden, statt. Er war fasziniert davon, töten zu dürfen, und dachte sich wenig, als er unter den Mitgliedern wohlhabende Farmer und Anwälte traf, die dringend empfahlen, sich von sozialistischen Flausen zu trennen. Parteinahme für die Sowjetunion galt als Ausschlußgrund. Daß in der IRA verschiedene Strömungen existierten und die Linken in der Minderheit waren, wußte er. Aber diese Strömungen kooperierten. Ihr kleinster Nenner, nationale Selbstbestimmung und irische Einheit, schien ihm genügend Raum zu bieten, um die soziale Frage auf den Aktionsplan zu setzen, sobald die nationale gelöst war: »Unite Ireland!«

Die Verfeinerung der Nachrichtenarbeit hielt Collins in Atem. Mehrere Jahre lang war er beschäftigt, Leute seiner Stellung auszuforschen, drittklassige Beamte, einfache Soldaten, deren Ermordung von Zufällen abhing oder zu Verwechslungen führte. Mal traf es ein Kind, mal einen harmlosen Namensvetter des zur Liquidation bestimmten Opfers. Hatte er anfangs geglaubt, in den Tötungskommandos würde das eherne Schwert der Gerechtigkeit richten, so fiel ihm nun auf, daß Lumpenproleten mit Schießeisen spielten und ihr Terror wie wahllos die Vorstädte traf. Die gefürchtete Einsatzgruppe »South Armagh« der IRA, auf die in republikanischen Kneipen die Leute anstießen zum Wohle der Heimat, operierte bewußtlos, scheinbar ohne System. Vielleicht, sagte er später, wäre auch ohne seine Verhaftung der Abstand gekommen, den er wohl brauchte, um im bewußtlosen Morden das Programm zu entdecken, die politische Größe, die seinen sozialistischen Hoffnungen hohnsprach.

Aktienanteile am Hauptunternehmen

1985 verschwand Collins hinter Gittern. Laut Urteil eines Berufungsgerichts wurde er zu Geständnissen erpreßt und »unter unmenschlichen Bedingungen veranlaßt, über Dritte auszusagen«. Collins widerrief seine Geständnisse, was zur Freilassung mehrerer Verhafteter führte, aber er brach trotzdem mit der IRA.

Nach fast zehnjähriger Odyssee kehrte er nach Newry zurück und teilte eine häßliche 3-Zimmer-Absteige mit seiner Frau und vier Kindern. Barcroft Park heißt der Slum, in dem die katholische Armut IRA-Flaggen hißt und den alten Idealen treu bleibt. Wenn Collins das Haus verließ, konnte er bis zu den Baugruben im Stadtzentrum sehen. Dort entstand aus EU-Mitteln ein Millionenobjekt, halb Nachrichtenbörse, halb Luxushotel, das nicht den verhaßten Engländern gehörte,

sondern, wie vieles seit neuestem, einem Clan aus dem Süden. In den grotesk überladenen Hallen voller keltischem Kitsch besprach das bessere Newry die Tagesgeschäfte, und Collins bemerkte, daß hier Leute verkehrten, die dem innersten Zirkel des Terrors entstammen.

Sie kreuzen im Schlepptau der Viehhändler auf, vermögend gewordener Subventionsspezialisten, die ihre Brüsseler Gelder in Dublin anlegen. Was ihnen fehlt, ist der Eigentumszugriff auf den Rest der Nation: »Unite Ireland«.

Es dauerte, bis Collins sich durchrang, sein früheres Leben in einem Buch zu beschreiben, das die sozialen und politischen Fundamente des republikanischen Terrors aufdeckt.1 Anschließend begann er mit historischen Forschungen und widmete sich den Helden seiner Jugend: James Conolly, Douglas Hyde, der frühen IRA. Er stieß auf ein Fundament von Rassismus, keltischem Wahn2 und früher Verehrung der Nazis. Seine jüngsten Recherchen galten Canon Hayes, einem nationalen Prediger des irischen »Volkstums« und Bewunderer Mussolinis (»Muintir Na Tire«). Collins frühere Rechtfertigungen für die Zusammenarbeit zwischen IRA-Spitzen und dem Oberkommando der NS-Wehrmacht wurden leiser. Er schwieg, wenn die Rede auf IRA-Kader kam, die während des Krieges in Berlin bereitstanden, um Propagandamissionen3 und Sabotageanschläge gegen England zu starten4.

Daß sich das NS-Regime im republikanischen Süden höchster Sympathien erfreute, nachdem der Krieg längst vorbei war, schien für die aktuelle Entwicklung nicht bedeutend zu sein. Den Zusammenhang stellte Collins erst her, als der sogenannte »Peace Process« in Gang kam. Jetzt betrat Gerry Adams die Bühne, Führer des politischen Arms der IRA (Sinn Feín), und Slab Murphy, IRA-»Chief of Staff«, gefiel sich in der Rolle pazifistischer Unschuld. Collins kannte beide von früher, aus den Zeiten der Hit-and-Run-Operations. Ihr Outfit begann der Staffage von Brokern zu gleichen. Collins hatte den Eindruck, daß sie bei der politischen Sicherung enormer Gewinne Garantiemacht spielen – für Aktienanteile am Hauptunternehmen, dem vereinigten Irland, dessen Stammpersonal rassisch (»keltisch«) konfektioniert werden soll. Seit mehreren Jahren boomt das Land und bezieht mehrstellige Millionenbeträge aus dem EU-Regionalfonds, einer Goldgrube für Aktivisten des »Europa der Regionen« (EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies). Dank dieser europäischen Gelder, die Spekulanten anziehen, explodieren in Dublin die Immobilienerträge. Zugleich wächst die ländliche Armut.

»Sie quälen dich«

Collins begann Fragen zu stellen. Er stellte sie öffentlich, weil trotz aller Beteuerungen der Terror nicht nachläßt: Bestrafungsaktionen gegen Kritiker, denen die Kniescheiben zerschossen werden, Morddrohungen und Attentate, die Collins bereits 1997 am eigenen Leibe erfuhr, greifen um sich. Im vergangenen Jahr richtete er einen Offenen Brief an Gerry Adams, den Chef der Sinn Feín, der die Gewalttätigkeiten angeblichen Dissidenten zuschreibt. Collins beschuldigte Sinn Feín eines schmutzigen Spiels: »Die Täter sind ehemalige Provos5, ehemalige Sinn Feín-Mitglieder, aber haben ihre alten Kontakte nie gekappt; nach wie vor sind sie bei Sinn Feín angebunden, ebenso wie bei den Republikanern und den Dissidenten.«

Als eine sogenannte »Real IRA« im August 1998 vor dem Supermarkt von Omagh 29 Menschen ermordete und Dutzende zu Krüppeln machte, publizierte Eamon Collins ein Täterprofil, das zum Kopf der Gruppe führt: Der prominente IRA-Kader ist in ein weiteres Massaker verwickelt, bei dem 18 englische Soldaten ermordet wurden. Collins glaubte feststellen zu können, daß das Programm solcher Taten die Willkür ist, die Verbreitung von Angst, unter der soziale Gerüste zu Bruch gehen sollen und mit ihnen die Macht, die beerbt werden könnte. »Der IRA-Terror setzt unten an. Seine militärische Geisel ist jene Gesellschaft, die zu befreien unser oberstes Ziel war.« Collins hielt es nicht mehr für ausgeschlossen, daß Sinn Feín einerseits bombte und andererseits anbot, aus den Waffen des Terrors Prügel zu schmieden, die man ausliefern würde, sofern die wichtigsten Clans im kommenden Staat an der Herrschaft teilhätten. Es ergab Sinn, daß Gerry Adams bei den Basken auftrat und ihre Zukunft in »Euzkadi« beschwor, einer von Spanien getrennten Ethno-Gemeinschaft, die – wie das vereinigte Irland – als Wirtschaftsregion von Interesse sein würde.

Keine vier Wochen nachdem er seine Überlegungen publik gemacht hatte, brannte das Haus, in das Collins umziehen wollte. Das Grundstück liegt in einem Vorort von Newry, mit steinigem Garten aber herrlicher Aussicht, und er hatte gehofft, daß die Kinder dort besser dran sein würden als im städtischen Slum. Den Rohbau hatte er selbst hochgezogen. Die Brandstifter warteten bis zum Morgen des Einzugs. »Sie quälen dich«, sagte er, »es ist das Programm von Faschisten.«

Obwohl man ihm riet, das Land zu verlassen, gab Collins nicht auf. Seit September kratzte er Ruß von den Steinen und wartete auf die Versicherungsprämie. Im Januar nahm er Farbe und Pinsel, um Graffiti zu übermalen, die ihm das baldige Ende androhten. Er war als Zeuge in mehreren Prozessen geladen, von denen der Ruf prominenter IRA-Kader abhing, doch bevor er aussagen konnte, begann die Aktion eines Liquidierungskommandos. Collins wurde bewußtlos geprügelt, dann mehrfach erstochen und sein Schädel zuletzt von einem Wagen zermalmt. Die Identifizierung der Leiche dauerte sechs Stunden.

Wertschöpfung transnational

Für die Atmosphäre des Hasses und der Gesetzlosigkeit ist es bezeichnend, daß irische Zeitungen Stellungnahmen verbreiteten, die – offen oder verklausuliert – den Anschlag begrüßen. Laut »Irish News« sagte der Ratsvorsitzende von Newry, ein Sinn-Feín-Mann, über Collins: »Er hat mit dem Finger auf andere gezeigt und sie als Mitglieder der IRA denunziert ... meistens nur Lügen ... Es gibt wohl nicht viele, die ihn vermissen.« Ein Gemeindevertreter rief dem Toten hinterher: »Wer mit dem Schwert lebt, wird durch das Schwert gerichtet werden.« In den republikanischen Slums von Barcroft Park, am Morgen des Todes, ließ ein Nachbar von Collins die Presse notieren: »Bei uns in der Stadt existieren sieben Pubs, und dort wird man heute Nacht einer Meinung sein. Collins ist abgetreten. Kein Verlust festzustellen.«

Smart, gänzlich arglos kam Gerry Adams daher. Der Staatsmann in spe, dem im März ein Ministeramt winkt, ließ wissen, daß er »keinen Anlaß habe, davon auszugehen, daß schuldhafte Handlungen im Spiel sind«. Auch Mr. Blair, Bündnispartner von Adams, versucht, den Terror zu ignorieren, obwohl fast täglich Menschen zusammengeschlagen oder bedroht werden – Eamon Collins war noch nicht begraben, als Unbekannte den ehemaligen IRA-Mann Paddy Fox entführten und Anfang Februar neun Stunden lang mißhandelten. Fox ist ein weiterer Kritiker der IRA-Mutanten, die in Erwartung ihrer Regierungsbeteiligung den militärischen Terrorapparat in ein vorstaatliches Gangsterunternehmen zu überführen scheinen, das es mit Arafats Clanpolizei durchaus aufnehmen kann. Die englische Regierung duldet diese Entwicklung, denn nichts ist ihr wichtiger als das Ende eines grandiosen Zuschußgeschäfts. Die Kontrolle Nordirlands hat Kosten verursacht, gegen die der Gewinn lächerlich ist, jedoch Zuwachs verspricht, wenn man regionalen Verwaltern das Regieren erlaubt und die eigenen Belange, per Internet-Zugang, an den Börsen von Belfast und Dublin durchsetzt – »Unite Ireland«, aber subsidiär.

Addiert man die Entwicklung im Baskenland, wo radikale Konservative gemeinsam mit ETA-Anhängern einen EU-kompatiblen Ethno-Staat fordern, oder denkt man an Tudjman und Bossi, Rugova und die UCK, so zeigt sich, daß die ökonomische Krise das alte Europa weiter zersetzt, wobei schwache Nationen in Miniaturen zerlegt werden: in konkurrierende Wettbewerbseinheiten, für deren Verwaltung sich Gruppen anbieten, die ihr Ziel – separatistischen Machtgewinn – mal sozial, mal rassisch drapieren. Außerhalb jeder Rechtstradition kann in diesen Regionen das Gangstertum blühen: Wertschöpfung transnational, den Rest besorgt Willkür.

Anmerkungen:

1 Eamon Collins: *Killing Rage*. Deutsche Ausgabe: *Blinder Haß*. Frankfurt a. M. 1997.

2 »... Alles Rassische müssen wir pflegen, alles was nach Boden schmeckt ... denn trotz der Beimischung englischen Blutes ... ist diese Insel keltisch und wird es auf ewig sein« (Douglas Hyde, erster Präsident der Republik Irland).

3 David O'Donoghue: *Hitler's Irish Voices*. Belfast 1998.

4 Joachim Lerchenmueller: *Keltischer Sprengstoff*. Tübingen 1997.

5 Provos: Anhänger oder Mitglieder der IRA.

Hans-Rüdiger Minows Dokumentarfilm zur Rolle der Deutschen in den Euro-Regionen wurde in KONKRET 7/98 protokolliert

Konkret 03/99, S. 40

Peter Fasel

Väter des Nazismus

Vor 60 Jahren lösten die Nazis den Alldeutschen Verband auf – er hatte seine Schuldigkeit getan

»In der Tat ist das auffallendste Phänomen der deutschen Geschichte, daß die industrielle Bourgeoisie ... all ihre politischen Energien auf einen aggressiven Imperialismus lenkte.«
Franz Neumann: *Behemoth*

Die zweifellos »aggressivste und widerwärtigste« von allen im Kaiserreich errichteten vaterländischen Vereinigungen nannte Franz Neumann den Alldeutschen Verband (ADV). George W. F. Hallgarten charakterisierte ihn als »die wahre Kernzelle des deutschen Imperialismus« und »Vater der späteren NSDAP«. Belege für diese Einschätzungen gibt es zuhauf. Tatsächlich ist der ADV ein Vorläufer und unmittelbarer Wegbereiter der NS-Bewegung, und ein besonders wichtiger dazu. Als er am 13. März 1939 durch eine Verfügung Reinhard Heydrichs aufgelöst wurde, geschah dies mit der Begründung, die Hauptpunkte des alldeutschen Programms seien nun erfüllt. Die Nazis, durchaus legitime Kinder langjähriger alldeutscher Bemühungen, hatten für den Verband keine Verwendung mehr.

Blicken wir zurück in das Jahr 1890. Als Reaktion auf den Helgoland/Sansibar-Vertrag, in dem der deutsche Reichskanzler Caprivi ostafrikanische Kolonialbesitzungen gegen die britische Insel Helgoland eintauschte, entwickelte sich unter Anhängern einer expansiven deutschen Kolonialpolitik eine Protestbewegung, die von einem Ausverkauf nationaler Interessen durch die Reichsregierung sprach. Auf Einladung des damals 25jährigen Alfred Hugenberg trafen sich die Wortführer dieser Bewegung, darunter Repräsentanten des von Carl Peters gegründeten »Allgemeinen deutschen Verbandes zur Förderung überseeischer deutsch-nationaler Interessen«, am 28. September 1890 in Frankfurt a. M. zu einer Beratung, die der spätere Alldeutsche Verband als seine Geburtsstunde betrachtete, obwohl die offizielle Verbandsgründung erst ein halbes Jahr später erfolgte. Hugenberg, damals Staatsdiener in Kassel, wurde der eigentliche Gründer der einflußreichen, elitären und chauvinistischen Pressure-group, die sich am 9. April 1891 in Berlin unter dem vorläufigen Namen Allgemeiner Deutscher Verband (seit Juli 1894 All-Deutscher Verband, ab Januar 1895 Alldeutscher Verband) konstituierte. Als sein Periodikum publizierte der ADV die »Alldeutschen Blätter«. Erster Vorsitzender der Organisation war der Bankier Karl von der Heydt, der im Juli 1893 durch Professor Ernst Hasse, einen Reichstagsabgeordneten der Nationalliberalen Partei, abgelöst wurde.

Mit seiner nationalistisch-sozialdarwinistischen, antidemokratischen sowie bald auch rassenantisemitischen Ausrichtung verstand sich der ADV, der bereits im Mai 1892 einen Mitgliederstand von 21.000 erreichte, als Hüter völkischer Interessen und Förderer einer rücksichtslosen Kolonial- und Weltpolitik. »Heraus aus der bloßen Großmachtstellung in eine Weltmachtstellung!« proklamierten die Alldeutschen, die das ›kleindeutsche‹ Bismarckreich von 1871 als bloßes »Rumpfdeutschland« betrachteten. Von Beginn an betrieben die Alldeutschen eine rege und zunehmend wirkungsvolle Propaganda, wobei sie auch auf Kontakte zu Repräsentanten der Regierung und der militärischen Führung setzen konnten. Der ADV trommelte für die Errichtung eines mitteleuropäischen Reiches unter großdeutscher Führung und die Schaffung eines umfassenden Kolonialimperiums, bei Bereitschaft zur offenen Rivalität mit Großbritannien. Eine riesige Kriegsflotte und umfangreiche Heeresrüstungen sollten die auch kriegerische Durchsetzung deutscher »Weltgeltung« und letztlich der Weltherrschaft sichern.

»Wer nicht Schwertstreiche empfangen will, der muß Schwertstreiche austeilen«, schrieben die »Alldeutschen Blätter« im Januar 1894. Endlich solle in Deutschland der »alte Drang nach Osten ... wieder lebendig werden. Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slovenen und Slovaken ... ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten.« ADV-Vorsitzender Hasse publizierte 1895 anonym eine Schrift mit dem Titel *Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950*, in der er, in unseliger Tradition eines Ernst Moritz Arndt, »die Verwandelung des jetzigen deutschen Sprachgebietes innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen in ein deutschvolkliches Staatsgebilde« verlangte.

Neben dem damaligen Reichsgebiet sollten Belgien, Holland, Luxemburg, die ›deutsche‹ Schweiz sowie Österreich-Ungarn zu Großdeutschland gehören. Ergänzen wollte Hasse dieses Gebilde durch einen »großdeutschen Zollverein«, dem außerdem die baltischen Fürstentümer und die Königreiche Polen, Ruthenien, Rumänien und Großserbien – als vom Reich vollständig abhängige Nebenländer – beitreten sollten. Für den Kriegsfall kalkulierte Hasse weitere ›Grenzkorrekturen‹ zugunsten Deutschlands ein, vor allem auf Kosten Frankreichs. Langfristig wollte Hasse auch die Germanisierung sämtlicher Balkanländer nicht ausschließen. Ziel sei die »Erhebung des deutschen Volkes zu einem Herrenvolke über niedriger stehende Völker in Europa und über die Naturvölker in den Kolonialgebieten«.

Getragen wurde der ADV vorwiegend von Interessen des schwerindustriellen Kapitals und der Junker. Neben exponierten Propagandisten imperialistischer Kolonialpolitik wie dem Ehrenmitglied Carl Peters gehörten namhafte Vertreter der Industrie zur Leitung des ADV. In den Führungsgremien des Verbandes saßen Unternehmer wie E. Kirdorf (Chef des Kohlensyndikats), W. Duddenhofer (Rottweiler Pulverfabriken), E. Leuschner (Mansfeld AG), E. Kleine (Bergbaulicher Verein), G. L. Meyer (Vorsitzender des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) und Th. Reismann-Grone, bald der Leiter der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung«, eines Organs der Schwerindustrie. ADV-Gründer Hugenberg stieg 1909 zum Vorsitzenden des Direktoriums der Firma Krupp auf. Auch Abgeordnete der ›nationalen Parteien‹, bürgerliche Intellektuelle und Repräsentanten des Junkertums waren an der Führung des Verbandes beteiligt.

Zu seinen Mitgliedern zählte der ADV viele Lehrer, Journalisten, Professoren, Freiberufler und Beamte. Die Historiker Dietrich Schäfer und Karl Lamprecht traten dem Verband ebenso bei wie der Naturforscher Ernst Haeckel. Ludwig Schemann, Gründer der rassistischen Gobineau-Vereinigung, zählte zum alldeutschen Vorstand. Der Soziologe Max Weber verließ 1899 den ADV wieder, mit der Begründung, dieser vertrete gegen die Polen nicht konsequent genug die Interessen des »Deutschtums«! Mit den anderen vaterländischen Organisationen des Reiches (Flottenverein, Kolonialgesellschaft, Gesellschaft für Auslandsdeutsche, Wehrverein, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Deutsche Burschenschaft) pflegten die Alldeutschen eine lebhafte Zusammenarbeit. Allein 101 Vereine mit 130.000 Personen gehörten dem Verband im Jahre 1905 als korporative Mitglieder an.

ADV-Chef Hasse entwickelte 1906 bereits ein umfassendes Kriegszielprogramm. Der Vorsitzende des Verbandes war seit Februar 1908 Justizrat Heinrich Claß, der das Wort vom »Krieg als dem einzigen Heilmittel für das deutsche Volk« prägte. Unter dem Pseudonym »Einhart« veröffentlichte Claß 1909 eine erfolgreiche, von Rassismus, Antisemitismus und Kriegslüsternheit geprägte *Deutsche Geschichte*. Zur Vorbereitung des ersehnten großen Expansionsfeldzugs verlangte Claß in den Vorkriegsjahren die Ausschaltung des Reichstags, die Errichtung einer völkischen Diktatur, die Vernichtung der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Niederhaltung der Juden. Als »Daniel Frymann« publizierte Claß im März 1912 ein Buch mit dem Titel *Wenn ich der Kaiser wär'*, das in der konservativen und schwerindustriellen Presse »nahezu uneingeschränkt begrüßt« wurde (Fritz Fischer). Für die »Alldeutschen Blätter« stellte das Machwerk geradezu die Quintessenz aller nationalen Sorgen und Wünsche dar, ein, wie wahr, Programm für Jahrzehnte deutscher Politik. Nicht zuletzt durch den mehrfach aufgelegten Frymann verbreiterte sich die Basis für alldeutsches Gedankengut erheblich.

Mit seinen frühfaschistischen Forderungen zur »Rettung der Seele des deutschen Volkes« wurde der ADV-Führer auch dem jungen Adolf Hitler ein ideologisches Vorbild. Alfred Kruck spricht von einer regelrechten »geistigen Abhängigkeit Hitlers von Claß«. Das Deutsche Reich, »hungrig nach Land«, durch fremde Großmächte vom gerechten Platz an der Sonne ausgeschlossen, von Juden und Sozialisten dem Verfall und schließlichen »furchtbaren Zusammenbruch« entgegengetrieben, müsse sich endlich erheben, »die Phrasen vom Frieden« beiseite wischen und ohne Bedenken um die Erringung der Weltmachtstellung kämpfen. Seinen großen Plan umzusetzen, schien Claß jedes Mittel recht: nach innen brutale Repression, nach außen Mehrfrontenkrieg und massive imperialistische Expansion. Die »Reichs-Reform« mit den Mitteln des Staatsstreichs, die Claß anstrebte, beinhaltete unter anderem die Abschaffung des gleichen Wahlrechts sowie die Niederwerfung der »jüdisch-sozialistischen Volksverführer«. Herrschen sollte, auf der Grundlage germanischer Volksgemeinschaft, eine mittelstandsfreundliche Elite mit dem Kaiser an der Spitze. »Was uns not tut«, so Claß, »das ist die Überwindung der Interessengegensätze der einzelnen Stände und Berufe durch den nationalen Gedanken.« Der angestrebten germanischen Supermacht verschrieb Claß als wesentliches Ziel die ökonomische Autarkie, Umstellung auf eine Großraumwirtschaft mit bedeutenden kolonialen Ergänzungsräumen in Afrika und Asien.

Der Rassenantisemitismus spielt bei Claß eine dominierende Rolle. »Die Juden sind unser Unglück« – diese Parole dienten seinem Alias »Frymann« als inhaltliches Leitmotiv. Die Juden, in ihrem Wesen »unbedingt und völlig negativ«, werden im Verhältnis zum »Deutschtum« als »die Gegenrasse, das negative Prinzip als solches« (Adorno/Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung*), definiert, die möglicherweise vollständig eliminiert werden müsse. John Weiss (*Der lange Weg zum Holocaust*) erkennt in Claß' Pamphlet denn auch »die Sprache der Todeslager«. Korrumpierend und zersetzend, ausbeuterisch, schmarotzerhaft und materialistisch durch ihren Geist, ihr Kapital und ihr Blut, müßten die Juden ein für alle Mal aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Alle Juden und Personen jüdischer Herkunft seien, soweit seit langem »landansässig«, unter ein äußerst restriktives »Fremdenrecht« zu stellen. Alle anderen Juden hätten Deutschland zu verlassen. Auch »Volksfremde« wie die im Reich lebenden Polen gehörten für »Frymann« nicht zur großdeutschen Volksgemeinschaft und sollten – über die rücksichtslose Umsetzung rassistischer »Kampfgesetze« – entsprechend behandelt werden. Nur die germanischen Völker verdienten es nach Claß, überhaupt zur Menschheit gerechnet zu werden.

Claß vertrat eine »heroische Lebensauffassung«, die in ihren Grundzügen Anfang des 19. Jahrhunderts von Germanomanen wie Ernst Moritz Arndt im Kampf gegen Napoleon entworfen worden war. Ohne »Völkerkampf«, so »Frymann«, gebe es auch kein »nationales Leben«. Unterliegen werde dabei allein »der im Sinne der Ewigkeit Schlechte und Unbrauchbare«. Den Krieg zur Schaffung von Lebensraum und Beförderung der inneren Umwälzung betrachtete Claß als großen »Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke«. Frankreich müsse dann »zerschmettert werden«, gegebenenfalls auch das gesamte Zarenreich. England werde »durch Blut und Eisen« in die Schranken gewiesen, von

seiner Position als erste Weltmacht verdrängt. Belgien und die Niederlande seien ohne Daseinsberechtigung und würden vom Reich geschluckt. Bei den geforderten umfangreichen Annexionen europäischen Territoriums in West und Ost sowie vielleicht auch im Süden und Südosten (der Habsburger-Staat werde deutsch sein, »oder er wird nicht sein«) habe ebenfalls der Grundsatz »Deutschland den Deutschen!« zu gelten. Nichtgermanische oder nicht germanisierbare Bevölkerungsgruppen sollten aus den eroberten Gebieten vertrieben werden. Auch in Übersee benötige das Reich »unter allen Umständen« umfänglichen Kolonialbesitz. »Heilig sei uns der Krieg«, schrieb Claß begeistert, »denn er wird alles Große und Opferbereite, also Selbstlose wecken in unserem Volke und seine Seele reinigen von den Schlacken der selbstischen Kleinheit.« Motto des Kaiserbuchs übrigens: »Viel Feind' – viel Ehr'«.

Den Ausbruch des Ersten Weltkriegs hielt Heinrich Claß »für das größte Glück, das uns widerfahren konnte«, und der alldeutsche Industrielle Emil Kirdorf äußerte sich 1915 zufrieden: »Die einmütige vaterländische Erhebung bei Ausbruch des Krieges, die aus Überzeugung kommende Begeisterung aller Kreise unseres Volkes ... hat bewiesen, daß auch bei der breiten Masse des Volkes das Vaterlandsgefühl, wenn die Not es weckt, siegreich die von den staats- und gesellschaftsfeindlichen Parteien bewirkte Verhetzung überwindet.« Der ADV segnete sogleich die deutschen Waffen und begann mit einer ausgreifenden Kriegszieldiskussion, deren Inhalte die Alldeutschen jahrelang maßgeblich mitbestimmen konnten.

Claß verteilte im September 1914 an einflußreiche Personen eine von ihm verfaßte *Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege,* in der es eingangs heißt: »Diese Denkschrift setzt sich die Aufgabe, ... darzulegen und zu begründen, welche Wünsche und Vorschläge im Falle des wohl als sicher anzunehmenden günstigen Ausgangs des Weltkrieges diejenigen Kreise unseres Volkes vorzutragen haben, die man vor dem 1. August 1914 in ihrer vorgeschrittenen völkischen Gesinnung als alleinstehend ansah, die aber jetzt nicht weniger als nahezu alle Deutschen durch die Macht der Tatsachen zu Gesinnungsgenossen gewannen. ... Was vor einem Vierteljahr noch als ›Auswuchs des Militarismus‹ oder Kriegshetze, als ›Chauvinismus‹ verdammt wurde, ist durch die Entwicklung bestätigt worden, und ich erlebe es jetzt, von zahllosen Mitbürgern zu hören, daß der politische Kampf, den ich mit Gleichgesinnten um die Vorbereitung des Weltkrieges geführt habe, berechtigt gewesen sei – dies gewährt wohl das Recht, jetzt, wo der Kampf ausgebrochen ist und wo wir im Bewußtsein der Leistungen unseres Volkes und seines guten Rechtes darauf rechnen, daß es sich durchsetzen wird, Vorschläge allgemeiner und besonderer Art zu machen, die sich auf den Siegespreis beziehen.«

Die Alldeutschen verlangten von der deutschen Reichsregierung die entscheidende Schwächung Rußlands, Gewinnung umfangreichen Siedlungsgebietes im Osten mit »Erwerb« der Ukraine, Niederwerfung Frankreichs, Annexion französischen Bodens bis zur Mündung der Somme und Angliederung des Erzbeckens von Briey-Longwy sowie von ganz Belgien. Dieses »Programm entsprach in solchem Grade dem Denken weiter Kreise der deutschen herrschenden Schichten, daß sich der Reichskanzler von Bethmann Hollweg veranlaßt sah, auch seinerseits ein Programm zu entwerfen, das diese Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigte, ohne sich freilich völlig mit ihnen zu decken« (Hallgarten).

Die maßlose Kriegszieldiskussion verschärfte die Differenzen zwischen der alldeutschen Verbandsführung und dem Reichskanzler, der sich besonders gegen eine öffentliche Diskussion der deutschen Kriegsziele aussprach. Ab 1915 arbeitete der ADV am Sturz Bethmann Hollwegs. Wie gern hätten die Alldeutschen statt dessen Heinrich Claß an die Spitze der Regierung gestellt! 1917 verschärfte der Alldeutsche Verband seinen antisemitischen Kurs und entwickelte einen Plan zur Vereinigung aller nationalistischen Verbände. Führende Mitglieder wie Claß und Kirdorf traten im gleichen Jahr der Leitung der neugegründeten Deutschen Vaterlandspartei bei. In den letzten Kriegsmonaten verstärkte die Alldeutsche Verbandsführung ihre Bemühungen um Errichtung einer unumschränkten Militärdiktatur. Die Novemberrevolution 1918, die für Claß nichts weniger darstellte als das »größte politische Verbrechen der Weltgeschichte«, vereitelte vorerst derartige Ziele, legte der sogleich einsetzenden gegenrevolutionären Wühlarbeit der Alldeutschen allerdings keine relevanten Hindernisse in den Weg. Der ADV bildete einen »Judenausschuß« mit dem Ziel, »die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen«. Um die Verabschiedung des Versailler Vertrages zu verhindern, propagierten Alldeutsche noch 1919 eine Wiederaufnahme des Krieges gegen die Alliierten.

Claß' Freund, General a. D. Konstantin Freiherr von Gebsattel, war seit 1914 der stellvertretende Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes. Im Jahr davor hatte von Gebsattel eine an Claß' Kaiserbuch orientierte Denkschrift verfaßt, die ihn, neben seiner adligen Herkunft und seiner militärischen Vergangenheit, als alldeutsche Führerfigur qualifizierte. Um die alldeutschen Vorstellungen in weitere Kreise der Bevölkerung tragen zu können, traf ein Ausschuß des ADV unter der Führung von Gebsattels ab September 1918 Vorbereitungen zur Gründung einer faschistischen Massenorganisation. Im Anschluß an eine Tagung der alldeutschen Hauptleitung in Bamberg am 18. Februar 1919 entstand so der Deutsche Schutz- und Trutzbund, der nach einer Fusion mit etlichen radikal-antisemitischen Gruppierungen ab Oktober 1919 als Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (DSTB) agierte. Das Gründungskomitee bestimmte von Gebsattel zum geheimen Vorsitzenden mit diktatorischen Vollmachten. Faktischer Leiter des DSTB war allerdings der Rassenfanatiker Alfred Roth. Der ADV unterstützte in der unmittelbaren Nachkriegszeit außerdem Organisationen wie die

Antibolschewistische Liga und die Thule-Gesellschaft, die ihre subversive Tätigkeit vor allem im revolutionären Bayern entfaltete.

Der DSTB, dessen Zeichen das Hakenkreuz war, diente in den folgenden Jahren als Bindeglied zwischen zahlreichen völkisch-antisemitischen Organisationen und der jungen NSDAP. Führende Alldeutsche unterstützten die von Anton Drexler 1919 gegründete Deutsche Arbeiterpartei und ihre von Adolf Hitler aufgebaute Nachfolgeorganisation. In ihrer Frühzeit wurde die NSDAP noch unmittelbar von den Alldeutschen angeregt und gefördert. Als Claß im Dezember 1920 Hitler in Berlin empfing, soll ihm dieser unterwürfig die Hand geküßt und sich als »treuer Schüler« des alldeutschen Führers ausgewiesen haben. Viele nazistische Politiker, unter ihnen Gestalten wie Gottfried Feder, Dietrich Eckardt, Julius Streicher, Fritz Sauckel, Werner Best und Reinhard Heydrich begannen ihre Karriere im DSTB.

Die Behörden legten dem DSTB keine größeren Steine in den Weg. Weitgehend unbehindert entfaltete er seine aggressive Öffentlichkeitsarbeit, die ihm zahlreiche Anhänger aus unterschiedlichen Klassen der Bevölkerung, hauptsächlich dem Kleinbürgertum zuführte. Allein 1920 verteilte der DSTB 7,5 Millionen Flugblätter, 4,8 Millionen Handzettel und 7,9 Millionen Klebemarken. Hinzu kamen die Agitation durch bundeseigene Presseorgane, ungezählte Anzeigen in bürgerlichen Blättern sowie verschiedene Publikationen von Alfred Roth, Artur Dinter (*Die Sünde wider das Blut*) und anderen. Erst 1922, nach der Ermordung von Reichsminister Rathenau, ging der Staat gegen den DSTB vor. Da Mitglieder des »Bundes« an der Vorbereitung und Durchführung des Verbrechens beteiligt gewesen waren, wurde die Organisation in den meisten Ländern des Reiches verboten. Auch in Bayern und Württemberg, wo der DSTB legal blieb, verschwand er bis 1924 von der Bildfläche. An seine Stelle trat die NSDAP.

Der Alldeutsche Verband selbst hatte seit 1918 ebenfalls den Antisemitismus in den Mittelpunkt seiner Propaganda gestellt. In den ersten Jahren der Weimarer Republik konzentrierte sich der ADV auf Vorbereitungen für die Errichtung einer völkischen Diktatur auf monarchisch-militärischer Grundlage. Die Führer des Verbandes befaßten sich mit der Ausarbeitung von Staatsstreichplänen, den Kapp-Putsch von 1920 kritisierten sie jedoch bei aller grundsätzlichen Sympathie als plan- und kopfloses Unternehmen. Für einen gegenrevolutionären Umsturz mußten erst einmal die militärischen Machtmittel geschaffen werden, weshalb der ADV die intensive Zusammenarbeit mit reaktionären Reichswehroffizieren und Gruppen wie der »Organisation Escherich« (Orgesch), der »Organisation Consul« und dem Norddeutschen sowie dem Bayerischen Ordnungsblock suchte.

Nachdem der Alldeutsche Verband im Jahre 1922 mit etwa 52.000 seinen höchsten Mitgliederstand vorweisen konnte, ging seine Bedeutung in der Zeit der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik merklich zurück. Alldeutsche Vorbehalte gegen Ziele und Taktik der NSDAP verstärkten sich, und der Einfluß des ADV auf die Hitler-Partei verminderte sich mehr und mehr. Es war die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP), die nun zu einer einheitlichen Partei der radikalen Rechten ausgebaut werden sollte. Trotz der Übernahme des DNVP-Vorsitzes durch den Verbandsgründer und nunmehrigen Pressezaren Hugenberg im Oktober 1928 gelang dies jedoch nicht.

Mit dem »Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Youngplan und die Kriegsschuldlüge« entstand im Juli 1929 zum ersten Mal eine offizielle Einheitsfront der wichtigsten Organisationen der radikalen Rechten – NSDAP, DNVP, Stahlhelm und ADV, unter Mitwirkung von Repräsentanten weiterer rechtsextremer Gruppierungen. Hugenberg, Stahlhelm-Führer Seldte, Claß und Hitler bildeten das Präsidium des Ausschusses. Das von der Alldeutschen Verbandsführung angeregte Volksbegehren blieb erfolglos. 1931 intensivierten die extremen Rechten ihr Bündnis. Es kam zur Bildung der Harzburger Front, wiederum unter Beteiligung des ADV.

Trotz gewisser ideologischer und taktischer Meinungsverschiedenheiten wurde die NSDAP infolge ihres schnellen Aufstiegs in der Krisen- und Endphase der Weimarer Republik für die Alldeutschen als Bündnispartner wieder verstärkt interessant. Der vom ADV aufrechterhaltene Führungsanspruch in der »nationalen Bewegung« ließ sich jetzt freilich nur noch als anachronistisch bezeichnen. Hitler war längst nicht mehr bereit, sich seinen Partnern in der Harzburger Front unterzuordnen. Trotzdem setzte die alldeutsche Führung nach wie vor auf eine Zusammenarbeit mit den »Hitleristen«. Die Hauptleitung des ADV arbeitete Ende 1932 ein »Sofortprogramm« aus, das dem Reichspräsidenten die Ausrufung des »übergesetzlichen Notstands« abringen sollte. Die Alldeutschen verlangten, die Verfassung außer Kraft zu setzen, den Ausnahmezustand zu verhängen und die KPD sowie den Reichstag aufzulösen. Zu den Forderungen gehörten weiter »Bestimmungen zur Unfruchtbarmachung des Bevölkerungsballastes«. Die Versuche des ADV, mit Hilfe Papens Reichspräsident Hindenburg zu einem Staatsstreich gegen die letzten Reste der bürgerlichen Demokratie zu bewegen, scheiterten jedoch. Im Januar 1933 ernannte Hindenburg statt dessen Adolf Hitler, den Führer der stärkeren Bataillone, zum Reichskanzler.

Die Errichtung der NS-Diktatur wurde vom ADV trotz mancher Bedenken als Sieg der nationalen Opposition begrüßt, und Claß, der Hitler 1932 als »gemeingefährlichen Narren« tituliert hatte, sowie Hugenberg traten der nazistischen Reichstagsfraktion als Hospitanten bei. Daß die Alldeutschen sich als die eigentlichen Wegbereiter der »neuen Epoche« verkauften, mißfiel den Nazis allerdings zutiefst. Eine Einschränkung ihrer politischen Originalität ließ sich die NSDAP schließlich nicht mehr gefallen. Die Auflösung des Alldeutschen Verbandes am 13. März 1939 war daher nur folgerichtig.

Der ADV war objektiv funktionslos geworden, die Väter des deutschen Faschismus hatten ihre Schuldigkeit getan.

Peter Fasel schrieb in KONKRET 1/99 über die doppelte Karriere eines NS-Mediziners

—

Konkret 03/99, S. 44

Otto Köhler

In diesem Sinne – Kreide fressen

52 Jahre bevor die mächtigste Bank Europas dazu ansetzte, durch die Übernahme des US-Bankers Trust die mächtigste Bank der Welt zu werden, 1947 also, empfahl die US-Besatzungsbehörde, daß die »Deutsche Bank liquidiert« und ihre verantwortlichen Mitarbeiter »angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt« werden. Vor 29 Jahren wagte anläßlich ihrer Festschrift »100 Jahre Deutsche Bank« ein DKP-Sympathisant zu schreiben: »Wenn die Deutsche Bank so naiv ist, wie sie sich in diesem Buch gibt, müßte sie schleunigst unter wirksame öffentliche Kontrolle gestellt werden. Wenn sie nicht so naiv ist, wissen wir, was sie zu verbergen sucht, die Illegitimität ihrer politischen Macht. Auch in diesem Fall wäre wirksame öffentliche Kontrolle dringend geboten.« Es war der ehemalige Martin Walser, der dies 1970 im »Spiegel« schrieb, worauf drei Wochen später die Bank dortselbst zurückfragte, ob es Walser selber sei, der »naiv« ist. Denn zwei Jahre später wurde nicht die Bank, sondern die Kritik an ihr unter öffentliche Kontrolle, nein unter Verbot gestellt. Hermann Josef Abs, der Gott der Deutschen Bank, machte dem Ostberliner Historiker Eberhard Czichon einen Prozeß, weil dessen auch im Westen erschienenes Buch Der Bankier und die Macht Fehler enthielt. Czichon mußte nicht etwa umstrittene Seiten schwärzen, wie zwei Jahre später F. C. Delius in seiner »Schmähschrift« mit dem Titel Unsere Siemens-Welt, nein, das ganze Buch über Abs und die Deutsche Bank wurde aus dem Verkehr gezogen.

Warum entdeckt das Historische Archiv der Deutschen Bank belastende Akten erst jetzt, gerade jetzt? Es ist eine vertrauensbildene Maßnahme, die auf Belohnung hofft. Man hat in Frankfurt sehr wohl bemerkt, daß heute selbst die mächtigen Schweizer Banken von ihrem Hochmut heruntersteigen, wenn sie von Klagen und Boykottaufrufen aus den USA bedroht sind. Wer sich aber den größten US-Pensionsfond einverleiben will, um Herr der Finanzwelt zu werden, muß tonnenweise Kreide fressen.

Da hilft nur etwas völlig Neues. Die Attitüde des reuigen Sünders. Vor allem aber: Welcher neue Aktenfund könnte ein Bankhaus noch in Verlegenheit bringen, das frei und offen bekannt hat: Wir haben Auschwitz finanziert. Dafür frisch und mutig die »ethisch-moralische Verantwortung« übernommen und eine Ablaßzahlung geleistet, dann – so stellt man sich das in Frankfurt vor – kann es nur noch die vollkommene Absolution geben. Den wenigen überlebenden Opfern muß man nach einem halben Jahrhundert die »Entschädigung« gönnen, die sie jetzt bekommen sollen, aber der Preis, daß dieses deutsche Institut, statt liquidiert zu werden, die mächtigste Bank der Welt wird, ist sehr hoch.

–

Konkret 03/99, S. 44

Michael Rudolf

In diesem Sinne – Fachlich top

Dieses unheilvolle Land scheint nur aus Pfaffen und ihrer vermaledeiten Brut zu bestehen oder welchen, die nur zu gerne öffentlich pastorisieren. Offensichtlich gehört das auch zur Grundbedingung für eine Kandidatur zur Bundespräsidentschaft. Damit nicht genug. In dieser Saison wird auch noch weibliches Geschlecht und Zonenherkunft verlangt. Dinge, die sich der Rau, Johannes, auch durch inbrünstigstes Hochleistungsbeten nicht herbeizaubern kann. Und so stehen die Chancen erst mal top für eine Frau, die aus der Zone kommt und wenn schon nicht als Pastorin, so wenigstens als Pfarrerstochter arbeitet.

Wer aber ist diese Frau? Für den ersten Moment will man ihr gerne eine aktive Rolle beim Zustandekommen der Kelly Family zusprechen, doch ihr Lebensentwurf ist ein tieferer, besserer. »Die Lebensleistung von Ostdeutschen positiver ins Bewußtsein zu bringen.« Das wird jetzt langsam schick. Dagmar studierte Physik, da hoffte sie, am wenigsten mit dem Staat in Konflikt zu geraten. Den Mauerbau erlebte sie etwa so: »Ich war damals 17. Sicher war mir schockartig bewußt, daß wir jetzt abgeschnitten sind. Aber was hätte ich in meinem Alter tun sollen?« Na, heiraten erst mal. 1965 heiratet Dagmar Eichhorn also Tigran Schipanski, den Sohn baltischer Flüchtlinge. 1976 werden die Zwillinge Tankred und Agnes geboren, später, 1981, Tochter Angela. Macht drei. Das galt in der Zone als kinderreich. »Von diesen Erfahrungen kann man in Westdeutschland lernen«, sagt sie. 1968 sieht sie so viele Panzer wie noch nie vorher in ihrem Leben. 1989, bei einem Urlaub in Nowosibirsk, begräbt sie alle Hoffnungen, daß »Gorbatschows Perestroika das Leben im Sozialismus bessern könnte«. Mit dieser von allen nur denkbaren Fehleinschätzungen durchbritzelten Gewißheit setzt sie sich an Runde Tische, »organisiert den Umbruch«, wird 1. Uni-Rektorin der Bundesrepublik, an der »international renommierten« TU Ilmenau. Außerdem: Im Wissenschaftsrat macht sie über Jahre Politik. Und 1998 läßt sie sich von Johannes Paul II. angelegentlich einer Papst-Audienz befingern. Was wird in dieser Vollblutprotestantin vorgegangen sein? Wir wissen es nicht.

Und wir wissen ebenfalls nicht, ob wir uns langsam auf unsere Ausbürgerung vorbereiten sollten. Der Heitmann war ja nur ein Testballon und nachweislich zu früh dran. Jetzt sind die Zeiten langsam reif, eine Präsi zu haben, die alle naslang die Kartoffeln wechselt. Rein in die doppelte Staatsbürgerschaft, raus aus derselben. Hoffentlich fängt sie keine »unangemessenen Verhältnisse« mit jungen männlichen Praktikanten auf Schloß Bellevue an. Doch ihre Studenten geben Entwarnung: »Sie ist hart, aber korrekt, fachlich top.«

Konkret 03/99, S. 44

Christian Y. Schmidt

In diesem Sinne - Neues aus Moralien

Wenn ein Buch so heißt wie jenes, das die Oberorgelpfeife Helmut Schmidt geschrieben hat, nämlich Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral, dann braucht man es wahrhaftig nicht zu lesen, um zu wissen, daß es nur eins sein kann: ein unglaublicher Riesenschmarren und Scheißdreck. Das hindert das deutsche Lesepublikum allerdings nicht daran, dieses Buch wie doof zu kaufen – seit Monaten steht es auf der »Spiegel«-Bestsellerliste. Momentan herrscht offensichtlich großer Moralbedarf.

In Moral macht auch eine »Jury«, die von dem Frankfurter Germanistik-Professor Horst-Dieter Schlosser angeführt wird. Sie hat die Formulierung »sozialverträgliches Frühableben« des Präsidenten der Bundesärztekammmer, Karsten Vilmar, scharf verurteilt und zum sog. »Unwort des Jahres« erklärt. Begründung: »Hier schlägt Ironie und Satire endgültig in blanken Zynismus um, der eines Sprechers der Ärzteschaft unwürdig ist.« Das ist natürlich Mumpitz. Zunächst einmal gehört ein gerüttelt Maß an Zynismus zu jeder medizinischen Grundausbildung; alle, die jemals Umgang mit einem etwas erfahrenen Arzt hatten, können dies bestätigen. Zum zweiten hat Vilmar nur das gelassen ausgesprochen, was Kassenpatienten blüht, wenn die bisherige Sparpolitik im Gesundheitswesen fortgesetzt wird. Man sollte ihm für seine deutlichen Worte dankbar sein.

Doch am semantischen Zusammenhang ist Prof. Schlossers »Jury« nicht die Bohne interessiert. Das beweist sie auch mit der Wahl eines zweiten Unworts, nämlich der »Moralkeule« aus Martin Walsers Paulskirchenrede. In der »FR« heißt es dazu: »Es verwundere, daß ein so sprachsensibler Autor einen schützenswerten Begriff wie Moral mit einem Totschlaginstrument, einer Keule, in Verbindung bringen konnte ... Eine inhaltliche Stellungnahme zu Walsers umstrittener Rede in der Frankfurter Paulskirche sei damit jedoch ausdrücklich nicht verbunden, betonte Schlosser.«

Daß das nicht geht, zeigt die zusammengeschwurbelte Begründung. Selbstverständlich darf ein Autor jederzeit Worte, Namen und Begriffe, die Schlossers Sprachwarte gern schützen würden, mit anderen in Verbindung bringen, die diese nicht so hoch schätzen. Allerdings nur, wenn sie sinnvoll sind und einem richtig guten Zweck dienen. Wie z. B. »Germanisten-Trottel«, »Käse-Köpfe« oder eben – um dem spiritus trector des ganzen öffentlichen Moralgeweses ein kleines sprachsensibles Denkmal zu setzen – »Oberorgelpfeife Helmut Schmidt«.

Konkret 03/99, S. 45

Rayk Wieland

Bauen nach Auschwitz

Das Haus hat keinen Eingang. Von außen erscheint es als monumentale, metallene Festung. Seine Fassade wirkt eher abweisend denn einladend. Über die Außenhaut aus Zinkblech laufen, in konstruktivistischem Zickzack, die Linien der Fensterbänder, die Umrisse des Davidsterns andeutend, aufnehmend. Einige Fenster haben die Form eines christlichen Kreuzes, andere könnten Schießscharten sein.

Das Gebäude ist groß, riesig. In seinem Grundriß und der schroff gezackten, disharmonischen Form der Außenwände erinnert es an die Bilder des deutschen Expressionismus, die Kulisse des Films »Das Cabinett des Dr. Caligari« von 1919. Einem Blitz gleich fährt es zwischen die umliegenden Häuser, die zu Statisten seines architektonischen Vortrags werden. Banalität und Funktionalität der Alltagsbauten wirken in seinem Schatten verdächtig, gefährlich. Wenn ein Bau ein Ereignis sein kann, das die Konventionalität der Umgebung, den Gang der Dinge mit einem Mal fragwürdig werden läßt, dann ist das neue Jüdische Museum von Berlin, entworfen von Daniel Libeskind, unbedingt eins. Man hat ihm, nicht unberechtigt, Effekthascherei vorgeworfen. Doch die Effekte, nach denen es hascht, sind großartig.

Es ist nur über einen Tunnel, der im benachbarten Gebäude, dem barocken Stadtmuseum, seinen Anfang nimmt, unterirdisch zu erreichen. Im Untergeschoß mündet der katakombenartige Gang in drei leicht ansteigende Wege, die, über eine schmale Treppe, zu den Ausstellungsräumen in den Obergeschossen, zum E.T.A.-Hoffmann-Garten vor dem Haus und in einen leeren monumentalen Schacht führen, dessen Wände aus Sichtbeton sind. Von diesen Leerräumen, die Libeskind *voids* nennt, gibt es fünf weitere in dem Gebäude. Sie ergeben sich aus der Überlagerung zweier Großformen, einer vielfach gewundenen oder gezackten Linie, deren Verlauf den Grundriß des Museums bildet, und einer geraden, zerklüfteten Längsachse, welche den Baukörper an mehreren Stellen durchschneidet. Nur der erste und letzte dieser *voids* läßt sich betreten, die anderen sind durch kleine Glasschlitze von den verwinkelten Gängen aus, welche als Ausstellungsfläche dienen, einsehbar.

»Between the Lines« hat Libeskind sein Projekt genannt, das ursprünglich als »integrativer« Erweiterungsbau des Berliner Museums gedacht war. Davon kann jetzt keine Rede mehr sein, nur der Tunneleingang im benachbarten Gebäude erinnert daran. Damit soll, Libeskind zufolge, die widersprüchliche Autonomie der beiden Gebäude erhalten bleiben und der Zusammenhang »in der Tiefe« deutlich werden. »In der Tiefe zeigt sich der Zusammenhang. Aus der Grenzsituation der Geschichte, nämlich nichts anderem als dem Holocaust mit seinem konzentrierten Vernichtungsraum und dem Ausbrennen jeglicher sinnvollen Stadtentwicklung, und der Menschheit selbst – aus diesem Ereignis, das den Ort zertrümmert hat, entspringt gleichzeitig etwas, das Architektur nicht vermitteln kann. Das vergangene Schicksal der deutsch-jüdischen kulturellen Beziehungen in Berlin wird hier im Bereich des Unsichtbaren deutlich.« Libeskinds Bau ist, anders als üblicherweise Museen, kein reiner Zweckbau, der bloß Exponate aufnehmen und bestmöglich zur Geltung bringen soll. Er folgt einer bauästhetischen Philosophie, welche die jüdische Geschichte in Deutschland von ihrem Endpunkt aus deutet, und stellt, schon von seinem Grundriß her, alles andere als eine neutrale Ausstellungsfläche zur Verfügung. Seine Architektur formuliert bis in die Details eine eindeutige, deutliche Aussage, von der zu erwarten ist, daß sie die künftigen Exponate nachdrücklich sich anverwandeln und kommentieren wird.

Die Aussagen, die Libeskind mit seinem Bau zu treffen beabsichtigt, verdanken sich einer Geschichtserfahrung, die sämtliche Architektur, die Künste und die Wissenschaften determiniert. »Das Ereignis der Geschichte schlechthin«, erklärte er 1989, in dem Jahr, in dem er den Zuschlag für den Bau des Jüdischen Museums in Berlin erhielt, »ist der Holocaust. Die Juden konstituieren sozusagen die Avantgarde der Menschheit, die in ihrer eigenen Geschichte zu Asche verbrannt wurde. Müssen wir nicht Hiroshima und Nagasaki im Lichte dieses Avantgardements sehen, in dem die Menschheit und die Geschichte zusammenzufallen scheinen? Dieses Ereignis der Geschichte mit seinen Konzentrationslagern und der Ausrottung bedeutet meiner Ansicht nach die Auslöschung, schlicht und einfach die Auslöschung einer bedeutungsvollen Entwicklung der Stadt Berlin – und der Menschheit. Ich möchte nicht nur auf der materiellen Ebene zeigen, daß es eine Auslöschung gibt, sondern auch auf anderen Ebenen, denn sie zerschlägt jeden Ort, während sie zugleich etwas gibt, was keiner zu geben vermag. Eine Gabe von niemandem und für niemanden – die Bewahrung des Opfers; die Opfergabe, die die schützende Nachtwache über nichtvorhandenem Sinn ist.« Zu diesen Sätzen ließe sich einiges sagen und müßte einiges gesagt werden. Doch hier interessieren allein die Konsequenzen, die sie für den Museumsbau haben.

Sie sind durchaus problematisch. Von dem Grundriß des Gebäudes ist gesagt worden, daß er einem gebrochenen, auseinandergefalteten Davidstern entspreche. Libeskind hat auf dem Stadtplan Berlins die Wohnorte verschiedener Künstler und Wissenschaftler, jüdischer und nichtjüdischer, miteinander verbunden und daraus die irrationale, sternförmige Matrix gewonnen, die der Form des Hauses zugrunde liegt und die außerdem die Anordnung der Fensterschlitze inspiriert. Durchgänge am Gebäude, die keinen erkennbaren Sinn haben, eine Treppe, die ins Nichts führt, »funktionieren« als

Chiffren für die Ausweglosigkeit. Die *voids* möchten u. a. die Abwesenheit, das Nicht-mehr-Vorhandensein von jüdischem Leben versinnbildlichen. Der Gang im Grundgeschoß des Museums, der zum E.T.A.-Hoffmann-Garten führt, heißt »Achse der Vertreibung«. Der Garten, bestehend aus 49 übermannshohen, leicht gekippten und mit Ölbäumen bepflanzten Betonstelen, repräsentiert einerseits Exil und Vertreibung der deutschen Juden, erinnert andrerseits an Sukkot, das jüdische Laubhüttenfest. Zudem gemahnen die Stelen an Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen. Libeskinds Symbolik enträt nicht der Geschwätzigkeit.

Von der »Achse der Vertreibung« zweigt ab die »Achse der Vernichtung«. Sie führt, unterirdisch, in einen leeren Raum außerhalb des Gebäudes, einen Turm aus Beton, der »Holocaustturm« heißt. In seiner Spitze hat er einen schmalen Spalt, durch den Licht einfällt. An der Wand hängt, in unerreichbarer Höhe, eine metallene Leiter, Gleichnis für vergebliche Anstrengungen zur Flucht. Verkehrslärm, Schritte, Stimmen dringen von außen ein. Der Architekturführer des Museums vermerkt: »Der Raum versucht nichts zu simulieren. Der Raum ist, wie er ist: riesig, eng, abgetrennt, kahl. Es gibt keine ästhetische Entsprechung für den Holocaust. Dieser Raum hat keine Ästhetik. Dieser Raum ist der Holocaust.« Man verläßt ihn freilich wieder, wie kein jüdischer KZ-Häftling ihn je verlassen hat: durch die Tür, durch die man gekommen ist.

Ähnliche Bezüge, Versinnbildlichungen und Veranschaulichungen dessen, was für Libeskind Konsequenzen der »Auslöschung« sind, ließen sich vermehren. Auch die Zickzackline der »Line of Fire«, einer frühen Libeskind-Ausstellung in Genf, sein Wettbewerbsbeitrag zum Potsdamer Platz »Out of Line«, das von ihm entworfenene Kulturzentrum in St. Pölten, das Felix-Nußbaum-Museum in Osnabrück sowie ein Bürokomplex in Wiesbaden bedienen sich einer ähnlichen pathetischen Formensprache, die offenbar auch hier »schützende Nachtwache über nichtvorhandenem Sinn« hält. Der Holocaust betrifft gewiß auch diese Orte und Projekte, und es mag, in Anlehnung an Adorno, barbarisch sein, nach Auschwitz normale Häuser zu bauen. Der von Libeskind bevorzugte Baustoff ist Beton: das Material von Hitlers Bunkern, den Staatsbauten in Berlin und Nürnberg. Der Fachausdruck für Sichtbeton lautet seit Le Corbusier *brutalisme.*

Libeskind hat zu verstehen gegeben, die Funktion eines Gebäudes interessiere ihn nicht. An der Bedeutung, dem Ausdruck seiner Bauten ist ihm dafür um so mehr gelegen. Mit dem Licht, das durch die Fensterschlitze des jüdischen Museums ins Innere dringe, meint er, »kommt die Hoffnung ins Gebäude«. Das leider ist bezogen auf das Thema des Museums Unfug und angesichts der politischen Verhältnisse in der näheren und weiteren Umgebung ganz unwahrscheinlich. Hoffnung verspricht allenfalls der mit Anti-Graffiti-Belag versehene Sockel des Museums, von dem die aufgesprayten Hakenkreuze etwas leichter zu entfernen sein werden.

Konkret 03/99, S. 46

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Nach

hundert Tagen ist, einem idiotischen Brauch zufolge, der Regierung Schröder von allen Seiten eine Art Führungszeugnis ausgestellt worden mit allen möglichen Fisimatenten, u. a., in der »Süddeutschen Zeitung«, diesen: »Gerhard Schröder regiert immer noch in Kohls Welt und aus Kohls Welt heraus. Mag sein, daß sein eigenes Büro eiligst von seiner Gattin neu eingerichtet wurde. Der Rest ist weitgehend unangetastet, die Büros der Schröder-Leute sind provisorische Inseln des Neuen. Die Arbeit findet in einem vergilbten Ambiente statt, in dem sich Schröders Leute wie bunte Zierfische in einem veralgten Aquarium ausnehmen. Fleckige Teppichböden in den Fluren, abgesessene Sofas und museale Holztäfelungen an den Wänden. In den Büros sieht man überarbeitete Menschen, Abteilungsleiter, die über ›archaische Zustände der Infrastruktur‹ klagen ... Und das verzweigte Wurzelgeflecht der alten Eiche ist auch noch da. Dieses Geflecht bilden Beamte und Angestellte, die irgendwo im nahen Siebengebürge CDU-Kreis- oder Ortsvorsitzende sind ...«

Man würgt. Man schaudert. Und man ekelt sich.

Vor

allem aber deshalb seien die ersten hundert Tage Rot-Grün – nach Meinung von »Taz« oder, weitaus dämlicher noch, des »SZ«-Magazins »Jetzt« sowie der beiden rot-grünen »Sprecherinnen« – »gut« gewesen: Weil endlich wieder über Politik geredet werde. Was daran gut sein soll, ist nicht zu sagen. Über Politik reden, hundert Tage! Man kann sich Beßres vorstellen. Schon eine Stunde kann sich ziehen.

Dabei

hat es die neue Regierung, wie Diedrich Diederichsen in der »Taz« ermittelt, immerhin in weniger als »hundert Tagen geschafft, wenigstens einige kontroverse Reformthemen zu benennen, auch wenn die zugehörigen Taten meist nicht folgen werden«. So kann man es auch sehen. Diederichsens großer, wenn auch ungemein ungezeichneter Hundert-Tage-Mann ist Otto Schily. »Mein Mann heißt Schily. Kein Politiker sieht so ungezeichnet aus. Er bedient weder ein Politiker-Stereotyp noch ein kulturelles. ... Unsere Eliten werden immer undurchsichtiger. Wie alle avancierten Typen unserer Tage geben sie viel darauf, daß man aus einer Orientierung (›Volles Boot‹, ›Die Polizei stärken!‹) die andere (Feinsinn, Durchsetzen einer tatsächlich epochalen Reform des Staatsbürgerrechts) nicht ableiten kann. ... Otto Schily bleibt der große Unbeschreibbare, der Kulturmensch mit wenig bekannten Leidenschaften ... Die Undurchsichtigkeit dieser neuen Politikersorte zwingt auch dazu, die Auseinandersetzung mit ihnen wieder zu politisieren – statt sich wie in den vergangenen Jahren darauf zu verlassen, daß man diesen Typen ja nur ins Gesicht zu sehen braucht.«

Je nun, der große undurchsichtige Unbeschreibbare ließe sich, so man es wollte, leicht beschreiben. Er sieht keineswegs ungezeichnet aus, sondern durchaus gezeichnet, und zwar schätzungsweise von Whisky und/oder Whiskey. Versoffener als Schily kann man wirklich kaum sein. Dazu kommt der näselnde, nölende, herablassende Tonfall, die Helmfrisur sowie der Herrenreiter-Habitus – Schily redet immer von der Empore herab. Und unten steht Didi Diederichsen und bewundert seinen Mann, den Polizeiminister.

Während

im deutschen Fernsehen rund um die Uhr Schlagershows und Schlagerstunden, Schlagerstudios und Hitparaden, Volksmusiktalenteschuppen, Schaubuden und Musikantenstadls mit den entsprechenden Interpreten-Schauergestalten zu sehen sind, scheint wenigstens das deutsche Rundfunkwesen weitgehend frei von Schlagerfreunden zu sein. Noch. Zum Leidwesen der Vorgenannten und zur hellen Freude aller Feinde der Nation. Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien hat jetzt einen runden Tisch eingerichtet, an dem deutsche Produzenten und Medienvertreter einander ihre Sorgen über deutsche Popmusik mitteilen können. Der bayrische Staatsminister Erwin Huber eröffnete die erste Sitzung mit der Bemerkung, es sei ihm »gar nicht so bewußt gewesen, daß hier ein Problem vorhanden ist«: Unter den ersten 175 Notierungen der am häufigsten im deutschen Radio vertretenen Songs befänden sich fünf deutsche. Stefan »Zu nah am Feuer« Waggershausen machen diese Zahlen Angst: »Bald«, meint er, »müssen wir bei Herrn Trittin Artenschutz für deutsche Musikkünstler beantragen.«

Hoffentlich ist es dazu bald zu spät.

Nach

nur knapp vier Monaten Mitgliedschaft in der Partei ist der umtriebige Wolf-Biermann- und Kati-Witt-Manager, Schlagerlyriker, Kleinunternehmer und ehemalige SPD-Unternehmervertreter Dieter Dehm mirnichtsdirnichts Stellvertreter des PDS-Vorsitzenden geworden, offiziell: »dritter geschlechtsoffener Stellvertreter«, von Bisky. Die Partei hat immer noch recht.

Dabei

ist nicht unerheblich, wie dem Dehm dieser unglaubliche Karriere-Tigersprung aus dem SPD-Gewächshaus auf den Misthaufen der PDS gelang. Mit hauptsächlich drei Vorschlägen: Erstens einen Rio-Reiser- sowie zwotens einen Gerhard-Gundermann-Preis auszuloben und drittens zwei, drei, viele »ND«-Pressefeste im Westen zu schaffen. Auf Nachfrage erklärte er weiter, sich dafür einsetzen zu wollen, daß die Binnennachfrage gestärkt wird.

Die Kommunisten, die keine mehr sind, nennt man seit längerem Postkommunisten. Vielleicht sollte man sie Kompostkommunisten nennen.

Als

ausgerechnet Deutschlands Musterpromis M. M. Westernhagen, B. Becker und T. Gottschalk mustergültig in einer ganzseitigen Anzeigenkampagne für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts posierten und dabei schon unwirklich seriös wirkende Visagen offerierten, achtete niemand so sehr auf den kleinen Text, der ihrem philanthropischen Einsatz beigegeben war. »Wir wollen stolz sein auf eine moderne, weltoffene Bundesrepublik«, hieß es da, und es folgten klare Sätze mit forsch-forcierten Satzanfängen: »Der Pass bedeutet... Wer hier geboren... Mit allen Rechten... Wer nach den Gesetzen... In vielen Ländern... Dort finden Menschen... Deshalb unterstützen...« Groß gedruckt aber waren die ersten und letzten Worte der im übrigen auch in jedem Haarstudio einen guten Eindruck machen könnenden Kampagne, nämlich WIR DIE BUNDESREGIERUNG – was für einen Moment den Eindruck erweckte, Westernhagen, Becker, Gottschalk exponierten sich hier als die eigentlichen Machthaber und Stadthalter in Bonn/Berlin.

Schröder ist demnächst Gast bei »Wetten daß«.

Wann

von den anderen drei Jungkräften für Deutschland, den »junges Deutschland«-Kolumnisten M. Altenburg, M. Biller und K. Lange-Müller (Frl. S. Berg scheint mittlerweile wg. Inferiorität ausgeschieden) im »Zeit-Magazin«, der/die erste wohl mit der Lumperei aufhört, wie besengt Ich zu sagen und die Leserschaft mit den petit Malheurs seines/ihres Schriftsteller-Ichs zu bequasseln? Ob überhaupt je? Die Ich-Manier (oder Ich-Manie?) scheint ja ein Generationsproblem der heute Endedreißigjährigen zu sein, die immerfort strenge Subjektivität und strictly Redlichkeit signalisieren müssen und sowieso alle quasi Künstlernaturen sind, die in jedem Satz, den sie preisgeben, mindestens einen Essay versteckt haben und ihrem Über-Ich keine kleine Pause gönnen – für die es glatt Verrat wäre, in ihrer Ich-Präsenz mal nachzulassen.

Warum sie das tun? Das mag mit ihrer 80er-Jahre-Sozialisation zusammenhängen. Wer mit den Losungen der Friedensbewegung »groß« wurde, kann nicht mehr anders. Es läßt sich auch als Charakterschwäche fassen. Lumpe sind nicht nur bescheiden, sie müssen’s immer noch dazusagen.

Jetzt

zählt wieder überall die sog. »Lebenskunst«, ist wieder angesagt, kommt wieder, nach ca. 30 und 90 Jahren Abwesenheit, mächtig in Mode, hat Konjunktur. In den Bänden 142 und 143 der Zeitschrift »Kunstforum« sind »Lebenskunstwerke« bzw. »Lebenskunst als real life« Schwerpunkte. Regina Behrendt und Günther Jacob widmen sich im zweiten Band der »Gestaltung des Lebens nach der Niederlage des politischen Subjekts«. Hier kommen sie natürlich um Adornos totgerittene Feststellung, derzufolge das richtige im falschen Leben schlecht möglich sei, nicht herum, bemerken aber dazu, »daß auch dies eine Haltung gegenüber dem Leben ist, die erst als Resultat einer Auseinandersetzung mit dieser Frage zustande kam. Davon abgesehen verheißt (Adornos Position; R.W.) auch denen, die sie vertreten, ein gewisses Glück – das hochriskante und einsame ›Glück der Erhebung‹ (Adorno) über jene, die sich im gedankenlosen Registrieren, Ordnen und Zusammenfassen der Fakten verlieren.« Was Lebenskunst, nach der Niederlage des politischen Subjekts, unter der Bedingung ihres Scheiterns sein muß und sein kann, Behrendt und Jacob können’s in dem empfehlenswerten Aufsatz nur extrapolieren: »Der Ansatz zur Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen soll in einer veränderten Lebenspraxis bestehen, die den utopischen Endzustand vorwegnimmt. Aber noch die dem entgegengesetzte Feststellung, daß ein

Mitmachen beim Zwangsläufigen nicht zu vermeiden ist, kann zur Rechtfertigung werden. Sie kann aber auch für einen Versuch von Widerstand stehen. Weil das jedoch vorab nicht zu entscheiden ist, kommt es auf den praktischen Versuch an, die Verhältnisse so zu gestalten, daß das gute Leben nicht ein schlechtes Leben zur Voraussetzung hat.« Das ist der vielleicht einzig realisierbare homöopathische Lebenskunstentwurf: Ein Gran richtiges im falschen Leben, meinen die Autoren, müßte doch zu machen sein.

Konkret 03/99, S. 48

Peter Hacks

Goethes Schuld

Ein neues Buch aus Amerika enttarnt endlich »IM Goethe«, beschreibt die politische Dreckarbeit, die Goethe für Carl August erledigte, und erörtert seine Beteiligung an der Unterdrückung von Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit im Herzogtum Sachsen-Weimar. Eine Erledigung

W. Daniel Wilson ist ein selbst für die Verhältnisse eines nordamerikanischen Germanistikprofessors beachtlicher Idiot.

Schon 1991 machte er sich mit einem Buch, *Geheimräte gegen Geheimbünde*, lächerlich, worin er die Behauptung aufstellte, Goethe und sein Herzog hätten sich von den Weimarer Illuminaten als Hochgradmaurer aufnehmen lassen, um das Treiben dieser verdächtigen Sekte von innen her auszukundschaften. Revolutionen werfen ihre Sonnenstrahlen voraus; es hatten sich unter den Freimaurerlogen die Logen der Illuminaten oder »Helldenker« gebildet, Logen neuen Typs, die, wo und wann immer man sie unter einen französischen Himmel verbrachte, sich ohne weiteres in revolutionäre Clubs umwandelten. Wilsons Überwachungsannahme ist lächerlich aus zwei Gründen:

Sie hat etwa so viel Glaublichkeit wie die Annahme, Gerhard Schröder und Günter Grass hätten sich ins Hochkapitel der DKP Berlin-Nordost geschlichen, um in Erfahrung zu bringen, was die da so für Ziele verfolgen.

Und es verhält sich ja derart, daß die beiden wagemutigen Männer, Carl August und Goethe, nicht allein vorgingen. »Die ganze Weimarer Schule«, schreibt der Altmeister der Illuminatenforschung Leopold Engel, »war ein Nest des Illuminatismus«. Die Dichter Herder und Wieland waren Illuminaten, ebenso wie die Minister Fritsch und Voigt. (Nur Schiller ist wahrscheinlich auszunehmen. Von Wieland sagt Wilson, er sei kein Illuminat gewesen, aber Wilson irrt hier).

Außer besagtem Hauptwerk liegen von Wilson noch vor eine nichtssagende Einführung (*Lessing Yearbook* 1993) in einen belanglosen Text des Illuminatengründers Adam Weishaupt, dessen taktische Erlogenheit er für bare Münze nimmt, und (1996 im *Goethe-Jahrbuch*) ein Austausch von Streitschriften mit einem anderen Hochschullehrer, Dirk Kemper, der seinerseits eine lächerliche Erklärung der illuminatischen Tätigkeit der Weimarer Staatsmänner erfunden hat. Beide, Wilson und Kemper, beharren auf ihrem Unsinn, überführen aber den jeweiligen Unsinn des Gegners sehr sorgfältig als den Nonsens, der er ist.

Das Buch *Geheimräte und Geheimbünde*, das, wie wir gesehen haben, nicht anders heißen dürfte als »Geheimräte in Geheimbünden«, beginnt mit einer merkwürdigen Betrachtung. »Für Außenstehende ist die an Besessenheit grenzende Beschäftigung der Deutschen mit Goethe ein faszinierendes Phänomen.« So der Verfasser, und er fährt dann so fort: »Daß Goethe besonders in der DDR das kulturelle Bewußtsein dominieren ... konnte, ist aus der Kulturpolitik der DDR leicht zu verstehen.« Der Satz machte mir seinerzeit Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten nun behebt Wilson in seinem neuen Buch: *Das Goethe-Tabu. Protest und Menschenrechte im klassischen Weimar* (dtv 1999, ca. 300 Seiten, 24,90 Mark).

»Der Gegenstand dieser Untersuchung«, erzählt Wilson, »ist die Einschränkung und Verletzung von Menschenrechten im klassischen Weimar durch das Geheime Concilium« – jenes politische Bureau also, dem außer dem Herzog selber und Goethe die Geheimräte Schnauß, Schmidt, Fritsch und Voigt angehörten, und das die Befugnis hatte, Weimar zu regieren, auch wenn, was die Regel war, Carl August und Goethe sich drückten und nicht hingingen.

Den Verlag läßt Wilson klarstellen: »Wilson verdeutlicht in *Das Goethe-Tabu* die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen aufgeklärt-absolutistischem und totalitärem Staat«. Wilsons eigene Hand erläutert sich, wie folgt.

»Die Idee des starken Staates wird« – durch das immer noch nicht erloschene Vertrauen in Goethe, P. H. – »für die Moderne gerettet. Nachdem die autoritäre Herrschaft in Deutschland vom Militärstaat Preußen über das Kaiserreich und den Nationalsozialismus bis hin zum ›real existierenden‹ Sozialismus keine positiven Beispiele mehr anzubieten scheint«, bleibt die Goetheverehrung der heutigen Staatsanbeter und Tyrannenlober letzter Deckmantel.

Lassen Sie nun noch mich es sagen. Goethe, das ist das klassische Weimar, das ist Hitler, das ist die DDR. Wenn Sie die Formel verinnerlicht haben, brauchen Sie im Grunde nicht weiterzulesen. Das ist, worum es geht.

Wie der Titel jenes ersten Buches ist auch der dieses zweiten marktschreierisch und aber falsch. Er wird zum Schluß auch noch zurückgenommen. Das Hauptwort Goethetabu soll gar nicht gemeint haben, was es doch der deutschen Grammatik zufolge meint, nämlich das öffentliche oder nationale Verbot, die Wahrheit über Weimar zu berühren. Der Titel, will ich sagen, deckt die Botschaft nicht. Ein Titel, der Wilsons Botschaft deckt, könnte zum Beispiel lauten: »Weimar liegt am Ettersberg«.

(Daß knallige Überschiften den Denker zieren, hat Wilson sich überlegt. Er gibt eine dahingehende Empfehlung sogar weiter. Von einer Schrift des langjährigen Leiters der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten Karl-Heinz Hahn erwähnt er, keiner habe sie gelesen, vielleicht »wegen des unscheinbaren Titels«.)

Es geht mit den Menschenrechtsverletzungen Schlag auf Schlag los. Gleich im zweiten Absatz führt Wilson Goethe vor, wie er der Hinrichtung jener berühmten Kindermörderin beistimmt. – Gegen das altertümliche Rechtsmittel der Todestrafe würde ich persönlich mich nicht gern von Kalifornien aus ereifern.

Nicht lang drauf, auf Seite 12, weiß Wilson: »In Weimar wurde zum Beispiel bis 1783 gefoltert, länger als in Preußen.«

»Länger als in Preußen«, freilich, das klingt recht schaurig. Es verhält sich nur so, daß Preußen beim Amtsantritt Friedrichs des Großen die Tortur als erstes Land der Erde abschaffte, 1740. Und hätte Wilson nicht einfallen können, daß Weimar zwar »nach Preußen«, sehr wohl aber doch vor Frankreich und Rußland und auch vor den erst durch Napoleon in den Stand der Gesittung geführten Staaten Bayern und Württemberg zu martern aufhörte? – Gut, es fällt ihm tatsächlich ein. Das Dementi erfolgt dann doch. Es erfolgt, wie Dementis im »Spiegel« erfolgen, auf Seite 290, 278 Seiten später als der Aufschrei. Dort tilgt es den Aufschrei so wenig aus dem Gedächtnis, wie ein »Spiegel«-Dementi eine »Spiegel«-Sensation. Immerhin, ich will es ausheben. »Der Vergleich mit den anderen Territorien fällt gemischt aus. Weimar war eindeutig weniger repressiv als Länder wie Kursachsen oder Preußen, wenn es um Unterdrückung ging, obwohl Weimar auch gegenüber Preußen in Einzelfragen schlecht abschneidet.«

Wenn das so ist, aber was hat er dann überhaupt von uns gewollt?

Was, von der Schimpfe abgesehen, den Text fett macht und auf 300 Seiten bringt, sind Stoffmassen zu folgenden Gegenständen: Behelligung der Bauern durch Kriegsdienste und Feudallasten, fehlende Vereinsfreiheit der Jenaer Studenten und ungenügende Lehrfreiheit der Jenaer Professoren. – Was Jenas Studenten und den Professor Fichte betrifft, sehe ich die Dinge um ein paar Schattierungen anders als der Professor Wilson. Ich hatte bisher immer angenommen, die hätten Goethe den Rest gegeben, nicht der ihnen.

Neben Dingen, die jedermann weiß, enthalten die Stoffmassen auch Ergebnisse dieser und jener Grabung in Archiven. Einige derselben wären nicht ohne Unterhaltungswert, wenn sie nicht den Anspruch erhöben, zur Aussage beizutragen. Die Aussage, zu deren Beweis sie antreten, die Verdammungswürdigkeit des Großherzogtums Weimar, beweisen sie nicht.

Alle diese manchmal schlimmen Tatsachen, von denen Wilson redet, hängen ab von Erzeugungskräften, Erzeugungsverhältnissen und dem Überbau, den die bedingen. Sie treten so gut wie immer in Weimar in leidlicherer Gestalt auf als in den übrigen deutschen oder europäischen Staaten. Bei Wilson kann Weimar nicht auf Gnade rechnen. Wilson vergibt Weimar nicht, daß es im 18. Jahrhundert liegt.

Auch und besonders Goethe erhält keine mildernen Umstände zugebilligt. Er war einmal der Staatsnähe schuldig, und die bleibt bekanntlich unverjährbar. Der Umstand, daß sich Goethe der nur vergleichsweisen Fortschrittlichkeit des Absolutismus und seiner unverrückbaren Grenzen bewußt wird, seine politische Tätigkeit einstellt, sich nach Italien absetzt und, den Begriff der Entsagung als Motto seines Lebens setzend, über die eigene und auch unsere Gegenwart, ohne den Boden zu verlieren, zu unvorstellbarer gedanklicher Höhe sich erhebt – dieser Umstand ist eine Binsenerkenntnis der gesamten Goetheliteratur. Nur Wilson kennt ihn nicht.

Natürlich will ich mit dieser Anmerkung nicht vertuschen, daß Goethe ein guter Absolutist und ein noch besserer Bonapartist war.

Die Insel Amerika hat, anders als die Welt, nie einen Absolutismus durchlaufen, und sie befindet sich bis heute im Kindergartenzustand der Menschheit.

Es gibt nichts zusammenzufassen. Wenn einer einen Beschluß erwirkte, zur Feier von Goethes 250. Geburtstag drei Männer in der Ilm zu ersäufen, käme, finde ich, neben Bernd Kauffmann und Günther Beelitz auch W. Daniel Wilson sehr nett in Frage.

Peter Hacks veröffentlicht seit KONKRET 1/98 Gedichte in der Rubrik »Jetztzeit«

Konkret 03/99, S. 50

André Thiele

Entdecke die Möglichkeiten

Die neue Regierung hätte gern ein Vorbild in der Vergangenheit. Sie hat es gefunden

So an fünftausend Jahre ist das jetzt her, bitte legen Sie mich nicht fest, da gab es zwei Kulturen auf der Welt. Die Zustände damals, sie waren überschaubar. Hier Ägypten, dort Babylonien. Beide Unternehmungen hatten mehrere Epochen und wußten voneinander. Als echte Staaten tauschten sie Waren und fielen dann und wann übers Land des andern her. Alles ging wie es eben muß. Was sollen Staaten auch mit Staaten Besseres anfangen?

Die Konstellation hielt etwa zweieinhalbtausend Jahre, bis Babylonien ausschied. Ägypten blieb noch eine Weile und ragte in griechisch-römische Zeiten.

Ägypten baute Pyramiden, Babylon Türme. Babylon verschwand, aber die Türme setzten sich durch. Ähnlich mit der Schrift, ähnlich mit der Religion. In Ägypten glaubte man an die Familie, in Babylon an das Gesetz. Beide hielten Sklaven, die bauten in Ägypten Tempel, in Babylonien jedoch schufteten sie im Ackerbau und in der Produktion, mit deren Gewinnen die Handwerker bezahlt wurden, die die Tempel bauten. Ich glaube, daß die Ägypter, als sie von dieser komplizierten Vorgehensweise hörten, von Herzen ehrlich gelacht haben, und das Wiehern ihrer Sklaven wird auch nicht leise gewesen sein, wahrscheinlich war die Sache überhaupt der Witz des Alten Orients. Aber irgendwie hat sie sich durchgesetzt. Seitdem gilt: Worüber Ägypter und Sklaven lachen, darin liegt Zukunft.

So wie die Dinge hier geschildert wurden, kannten Sie sie, und so kannte sie die Welt. Zwei Lager, möchte man meinen, sind genug, die menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten durchzuspielen und Wege zu finden. Seit kurzem aber ist alles anders, denn seit kurzem haben wir eine neue Regierung.

Eine Regierung hat die Eigenschaft, etwas tun zu wollen, ohne sich festzulegen, was. So sie alles umkrempeln will, könnte sie wollen, jeder dächte, sie beließe es beim alten. So sie beim alten alles belassen will, könnte sie wollen, jeder dächte, sie kremple es um. Folglich fälscht ihre Propaganda das Heute. Sie tut dies mit Hilfe von Meinungen. Eine Meinung jedoch, geistiger Underdog, der sie nunmal ist, hat einen Drang zum Höheren, an irgendwas, das größer und vor allem älter ist als sie, will sie festgemacht sein. Drum wenden sich die Meinungsmacher dankbar an den Geschichtsfälscher ihres Vertrauens.

Was aber tut eine Regierung, die nichts umkrempelt und dabei will, jeder dächte, sie beließe alles beim alten?

Die Geschichtsfälscher als Herren von Geschmack drehen ihr gleich den Rücken zu, denn ihr Gewerbe ist ehrwürdig, unsere schönsten Sagen verdanken wir ihm. Was passiert unserer Regierung? Sie gerät an die Kurpfuscher.

Die beratschlagen sich mit ihr. »Alter Orient!« rufen sie. »Warum?« sagt die Regierung. »Moderne, Absolutismus, Mittelalter fallen aus, alles verpachtet. Und die Antike gehört der Klassik, da kennen sich zu viele aus. Deswegen.« – »Also Ägypten!« freut sich die Ängstliche. »Das Land der knallenden Peitschen? Das Land der Comic-Schriftzeichen? Das Land der Erfindung des Kaugummis?« kreischen die Pfuscher. »Außerdem: viele Schwarze und wenig seßhafte Bevölkerung.« – »Das ist ja wie in Amerika!« staunt die Gute und greint: »Dann eben Babylonien.« – »Brrr«, schreien die Berater, »kein Standing bei den Christen. Zentralismus. Schrift mit Keilen, wie Kyrillisch. Und«, beugen sie sich vor, »die Babylonier, das waren Semiten, also irgendwie, irgendwie ...« – »Juden?« erkennt die Perle. Damit ist das natürlich vom Tisch.

»Und nun?« Traurig blickt die Regierung in die Runde, aber je trauriger sie schaut, desto fröhlicher blickt es zurück. Endlich kann einer der Pfuscher nicht mehr an sich halten. »Harappa!« schreit er. Und alle, alle schreien mit: »Harappa!«

Die Sitzung hat tatsächlich oder ähnlich stattgefunden. Ihr Ergebnisprotokoll ist zu lesen im dritten »Spiegel« des Jahres 1999 auf den Seiten 160-163. Das Pfuscherkollektiv hat sich dort das Pseudonym Günther Stockinger gegeben.

Vor hundert Jahren bauten die Engländer durch den Pandschab in Westpakistan eine Eisenbahn. Irgendwer stieß dabei auf alte Mauerreste nah dem Flusse Ravi im Fünfstromland. Alte Mauerreste waren damals so begehrt wie heute, man konnte an sie anknüpfen. Es wurde gegraben, aber außer einer Zitadelle und Wohnblöcken als Barackenlager wollte nichts Rechtes ans Licht. Der Ort hieß Harappa. 640 Kilometer weit weg fand sich Mohenjo-Daro, gelegen am Unterlauf des Indus. Es stellte sich Einheitlichkeit der Lebens- und Wirtschaftsweise der Menschen da wie dort und in rund tausendfünfhundert weiteren Orten heraus, mit einem identischen Besiedelungszeitraum zwischen 3000 und 1500 vor unserer Zeitrechnung. Dem Zusammenhang einen Namen zu geben, war also gut getan, die Archäologen wählten Harappa- oder Indus-Zivilisation.

Das Volk war ein Ableger der Babylonier, zu denen es immer enge Beziehung hielt. Die Sprache war eine Art Frühbabylonisch, das Fachwort lautet Protodrawidisch. Harappaner hatten eine liebenswerte Neigung zur Körperpflege und einen Hang zu architektonischer Ordnung; rechte Winkel herrschten vor. Das Abwassersystem war vorbildlich. Die Städte

wurden klug nach den Winden ausgerichtet, mächtige Zitadellen boten Schutz, für Kultbauten reichte das Geld nicht. Die Kunst war unsympathisch und mit einem Schlag ins Symbolische behaftet. Die Schrift hatte 26 Zeichen. In ihr konnte kaum etwas ausgedrückt werden, was darauf hindeutet, daß es nichts zu sagen gab.

Angebetet wurde Magna Mater, das vor allem, weil man von mehr als Ackerbau nichts verstand. Später trat Rohstoffhandel hinzu, und mit ihm der Dreikopfgott Trimurti.

Wären da nicht die Wassergräben und geraden Mauern, kein Fachmann bräuchte die Harappaner zu kennen. Und auf den Rest der Nachwelt kommt für stracke Wände und Sickergruben keiner.

Jetzt aber entdeckt Stockinger die Möglichkeiten. Harappa sei, lehrt der, die dritte ebenbürtige Kultur gewesen zwischen Ägypten und Babylonien. Gerade ihre Unbedeutenheit sei bedeutend. Das völlige Fehlen alles Bemerkenswerten sei Nüchternheit. Schon faul. Nüchternheit ist das Weglassen des Nichtbemerkenswerten.

Kein Einfluß sei ausgegangen von Ägypten oder Babylonien: So wie die harappische sind weder die babylonische Keilschrift noch die ägyptischen Bildchen; auch war die Stadtplanung anders. Dies, folgert Stockinger, kann nur Autarkie der Entwicklung beweisen. Zugegeben; wie eben alle Stumpfheit autark ist.

Die Menschen am Indus hatten, meldet Stockinger, Bronzewerkzeuge, die waren fest wie Stahl. Ich bitte Sie. Geschichtsfälschung ist solides Handwerk. Da darf nichts schon mit dem schlechten *Brockhaus* widerlegbar sein: Bronze, das Blech der Vorzeit, hat eine Festigkeit von maximal 75 kp/mm2. Stahl eine von 200 kp/mm2. Aber irgendwie ist Stockinger Härte wichtig, drum muß sie da, wo er anknüpfen will, vielfach zu finden sein: Seine Harappaner brannten Ton »so hart wie Stein«, und aus Stein brannten sie »superhartes Material« zum Durchlöchern von Schmucksteinen. Wo so viel brannte, wird die Küche nicht gut gewesen sein. Tatsächlich: Gegessen wurde Hirse, getrunken wurde Bier.

Überdies war Harappa ein Ort des Friedens. Woraus schließt Stockinger das? Es sollen sich Waffen nicht haben finden lassen, in tausendfünfhundert Städten nicht.Weiß Stockinger, was er da sagt? Er sagt: Verteidigen mußte sich dieser Siedlungshaufen nicht, denn er machte eineinhalbtausend Jahre einen derart erbärmlichen Eindruck auf jedes Räubervolk in Nah und Fern, daß es seine Räuberarbeit zu vollbringen unterließ, weil einfach nichts zu holen war. Er sagt: Die Harappaner hatten nicht genug Kapazitäten, Krieger freizustellen, weil jeder, der nicht ackerte, verhungern mußte. Er sagt: Die Harappaner hatten nicht das bißchen historischen Anstand, sich Sachen und Wissen, die ihnen nicht gegeben waren, einfach mit Knüppeln aus anderen Ländern zu nehmen, anzueignen, weiterzuentwickeln, wie jedes vormoderne Volk von Selbstachtung auf Erden dies zu tun ganz zu Recht für seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gehalten hat.

Wer stand dieser traurigen Lage vor? Weder, quakt Stockinger, machtbesessene Potentaten noch allgewaltige Priester. Unterschiede zwischen Arm und Reich soll es kaum gegeben haben. Was Wunder: keine Waffen, keine Sklaven; keine Sklaven, kein Surplus. Dem Armeleuteladen da wollte einfach keiner den Tyrannen machen.

Wenn niemand vorstand, was hielt die Menschen dann zusammen? Die Abwasserleitungen, weiß Stockinger, und er nennt die Harappaner: Erfinder der Hygiene. Mit Ausnahme eines großen Schwimmbeckens seien keine Orte kollektiver Aktivität gefunden worden, keine Sklavenhinmetzelungsarenen, keine Tempel. Während die Ägypter ihre Götterhöhlen in den Himmel stapelten und abends in den Vorhallen gerührt dem Priestervortrag »Gespräch eines Lebensmüden mit seiner Seele« lauschten; während die Babylonier im Palastbezirk um die Heiligen Herde saßen und sich die Gassenhauer aus »Gilgamesch« vorsingen ließen; was taten derweil die Harappaner? Sie reichten die Seife rum.

Eine Zivilisation, die sich wusch, gegen zwei Kulturen, die sich gewaschen hatten. Was für ein Elend.

Es hieße aber Stockinger überschätzen, glaubte man, er hielte wenigstens die eine Flunkerei mal durch. Er will nämlich letztlich doch nicht nur die Wasserleitungen regieren lassen: Denn über der Hygiene thronte der Konsens. Die Händler und die Landbesitzer sollen sich geeinigt haben, die Macht untereinander zu teilen. Soviel Zutrauen, soviel Einverständnis, das mußte ja gutgehen, wie es so ist auf Erden. Und weil alles prima einvernehmlich lief, räsoniert Stockinger, und weil es außerdem keine Waffen, Zitadellen und Paläste gab, spräche doch einiges dafür, daß auch die einfachen Bürger an den politischen Entscheidungen beteiligt waren.

Wissen Sie was? Ich kann plötzlich Harappisch. Mohenjo-Daro, das heißt einfach: Siedlung zum historischen Kompromiß.

Der Spießer träumt, wenn er denkt, und so träumt Stockinger eben Archäologie. Gesetzt, wir wären so wahnsinnig, von dieser Regierung Hoffnung in der Welt uns zu versprechen, gesetzt wir nähmen ihre und ihrer Stockinger Träume als Ausdruck ihres innersten Selbst; welche Aussichten hätten wir?

Abschaffung des Staates bei Erhalt der Wasserleitungen. Schließung der Theater bei Förderung der Spaßbäder. Pragmatismus statt organisierter Religion, weil die dem Denken auf ihre blöde Art doch viel zu nahe kommt. Händler und Landbesitzer machen alle Politik untereinander aus; was übrigbleibt, darf von den Übriggebliebenen mitentschieden werden. Keine Tempel, keine Paläste, keine Priester, Stummel-Schrift, Stammel-Sprache, symbolistische Kunst, keine

Lieder, nicht mal ein kleiner Potentat. Die sich zum Sonderweg hochlobende Bewußtlosigkeit. Die seifenreine »Welthirnjauche« (K. Kraus). Und abends ein Bier.

Nun gibt es kein sichereres Indiz dafür, daß etwas nicht eintrifft, als daß unsere Regierung davon träumt. Ich bin beruhigt. Aber auf was für einen Hund ist der Kapitalismus bloß gekommen, Biertrinker und Hirsefresser seine Geschäfte führen zu lassen. Man rufe ihn zur Ordnung.

Das Ende Harappas wieder ist Stockinger unangenehm. Da ahnt er was. Die Forschung hatte bisher gesagt, so um 1500 v. Christus sei aus dem Norden ein Volk an den Indus gezogen, das sich keine Gelegenheit entgehen ließ, auch armseligste Menschen totzuschlagen. Das waren die Vedo-Arier. Die fielen da ein, hackten alle um und nahmen die Wertgegenstände mit. Schwer werden sie nicht zu tragen gehabt haben. Die Häuser abzufackeln war ihnen der Mühe nicht wert. Stockinger ist doppelt beleidigt. Die Vedo-Arier seien zu der Zeit noch gar nicht im Land gewesen, mault er. Außerdem sollen keine Kampfspuren sich haben finden lassen, in ganz Indusien nicht. Schwerlich, mögen wir meinen, was für ein Kampf bei keinen Waffen zur Verteidigung? Schwerlich auch, wo noch kein Promille Fläche der Siedlungen ausgegraben wurde. Und wenn dann das erste vedo-arische Hakenkreuz an harappischer Hauswand endlich gefunden ist, wird Stockinger einwenden, das sei ein wahnsinniger Einzeltäter gewesen.

Harappa, hofft Stockinger, ist ganz einfach sanft entschlafen. Irgendwie blieb das Wasser weg; das Unkraut und die Mikroben kamen; man benutzte die Marktgewichte nicht mehr; man hörte auf zu schreiben. Von der Faulheit ging’s nahtlos in die Fäulnis. Irgendwann drückte der letzte Harappaner sein Siegel in ein Täfelchen, brannte den Ton superhart, sagte »So!«, schraubte die Fensterläden zu und legte sich zum Sterben. Der Traum von Harappa ist der Traum vom Ende ohne Ende.

Sei’s drum. In einer einzigen Hinsicht ist der Indus-Zivilisation nämlich doch Dauer zuteil geworden: Ihre Toten beerdigten die Indusier nicht, sie warfen sie in die Flüsse. Solcher Herzlosigkeit waren die Sklavenhalter Babylon und Ägypten niemals fähig. Pragmatiker nennt Stockinger die Harappaner deswegen. So niedrig wollen wir von ihnen nicht denken. Denn die Geschichte hat sich an diese eine Indus-Idee gehalten und Harappa wie all die anderen historischen Fehlschläge, als es vorbei war, dem großen Fluß Lethe übergeben. Von da bringt selbst Stockinger sie für keinen Obolus zurück, auch wenn er schon stinkt wie Fährmann Charon.

Ägypten steht in der Bibel; Babel steht in der Bibel; von Harappa steht da nichts. Setzen Sie drauf, so dumm, an einen dritten Weg zu glauben, ist nicht mal Gott.

André Thiele schrieb in KONKRET 5/98 über den Gegenaufklärer Johann Karl Wezel

Konkret 03/99, S. 52

Bernd Rauschenbach

rlo, inand, gor und chard

Karl Mays »Leseralbum« zeigt, daß es auch außerhalb der bekannten Galaxis Leben gibt

Die Werke Karl Mays waren und sind eher ein literatursoziologisches und -psychologisches Phänomen denn ein literaturästhetisches. Interessant an ihnen ist (wenn überhaupt etwas), welche Kreise May warum gerne lasen bzw. immer noch lesen – weniger, was er wie schrieb; allenfalls wieder (psychologisch): warum er so schrieb.

Daran ändern auch nichts die zeitlebens ebenso unermüdlichen wie ermüdenden Versuche Arno Schmidts (oder, mehr gegenwärtig, Hans Wollschlägers und der Karl-May-Gesellschaft), den Alten von Radebeul »in das Kontinuum unserer Hochliteratur einzureihen«. Arno Schmidt hat diese in den 50er Jahren provokant klingende Forderung wenigstens nur für die Handvoll Spätromane erhoben; und jeder Literaturfreund, der zwischen sich und seine jugendliche Karl-May-Lektüre glücklich eine Distanz gebracht hat, die er eigentlich nie mehr zu überbrücken gewillt war, könnte ja doch mal das laufende Arno-Schmidt-Jahr (85. Geburtstag, 20. Todestag) zum Anlaß nehmen, den von Schmidt hochgeschätzten *Mir von Dschinnistan* (den der Literaturfreund als 14jähriger garantiert verpaßt hatte) im Selbstversuch zu lesen. Ich jedenfalls habe es – gegen einen 20 Jahre lang eingehaltenen Schwur – getan – – – tja, ich will es kurz machen: Es ist der gleiche Kitsch, es ist die gleiche unbeholfene Sprache, sind die gleichen Klischees und die gleichen Räuber-und-Gendarm-Pistolen wie in den früher unter der Bettdecke verschlungenen »Reiseromanen«. Nur die Langeweile des Ewig-Gleichen wird auf eine etwas gepflegtere Stufe gehoben, weil die Helden diesmal umständlich versichern, ihre Gegner von Herzen zu lieben – schließlich seien diese auch so etwas wie Menschen – und das, was sie jetzt gleich tun müßten, von Herzen zu hassen – : Und dann schießen sie sich tot, schlagen sich wieder die Fressen ein und locken sich gegenseitig in Felsschluchten wie gehabt. (Gegen Ende der Lektüre überlegte ich einen Moment sogar, ob Karl May nicht durch Textbearbeitungen entscheidend zu verbessern wäre ...)

Dies alles nur vorausgeschickt, um nicht in den Verdacht zu geraten, ich würde als Sekretär der Arno-Schmidt-Stiftung die Besprechung eines Bandes der historisch-kritischen Karl-May-Ausgabe als willkommene Pflichtübung absolvieren. Hatte ich schon vor gut zwölf Jahren die erste Nachricht vom Erscheinen einer solchen 99bändigen Ausgabe (bei aller Freundschaft zu den Herausgebern Hermann Wiedenroth und Hans Wollschläger) mit einem unverständigen Kopfschütteln kommentiert und dem Gedanken: »Haben die denn nichts Besseres zu tun?«, so wuchs sich meine Irritation zu einem »Jetzt sind sie endgültig übergeschnappt« aus, als ich von ihrem Plan hörte, im Rahmen der Edition ein Faksimile von Mays Album mit Fotos seiner Leser zu veröffentlichen.

Dieses *Leseralbum*, zwei Bände mit insgesamt über eintausend Seiten, ist im letzten Jahr erschienen. – Nach fünf Minuten Durchblättern hatte ich nur einen Gedanken: »Haben, haben, haben!«

Und dafür war nicht ausschlaggebend die im heutigen Buchgewerbe selten zu findende sorgfältige Herstellung der Bände durch Wilk, Wagner und Lachenmaier (Deutschlands beste Druck- und Bindereien), nicht der aufwendige Duoton-Druck, die stabile Halbleinen-Bindung oder der von Friedrich Forssman gestaltete, zurückhaltende Satz der Offizin Pauler – nein, beim *Leseralbum* ist nicht das *Wie* das Aufregende, sondern das *Was*.

Was also gibt es zu sehen?: Porträtfotos, die May-Leser an ihren verehrten Autor geschickt und die May selbst oder seine Frau Klara in ein prunkvolles, handgefertigtes Album eingeklebt haben, Fotos von May-Lesern mithin, die innerhalb von knapp zwanzig Jahren um die letzte Jahrhundertwende herum zumeist in mitteleuropäischen Fotoateliers entstanden sind – es war noch die Zeit, wo man sich – (das nötige Großgeld von ca. 3,40 Mark pro Aufnahme vorausgesetzt) – von Profis fotografieren ließ, nicht sich selbst fotografierte.

Was das Album dem passionierten Karl-May-Leser bringt, kann ich nicht sagen. Vielleicht freut er sich, von Angesicht zu Angesicht einige Menschen zu schauen, die als Verleger (und deren Verwandte), als Freunde und Gönner durch Mays Leben gingen und möglicherweise Eingang in seine späten Schlüsselromane fanden (der Fachmann wird dankbar sein für das Namensregister); vielleicht freut er sich auch nur, daß er seinen Spleen teilen kann mit einem Afrikareisenden Artbauer, einer Baronesse Pasertini, einem Consul Hardegg aus Jaffa, einem Domcapitular Graf zur Lippe, einer Freiin Goyer von Ehrenberg, einem Geheimkomiker Krämer, einem Geigenvirtuosen Kafka, einem »Handlanger der Litteratur« Paul Weber, einer (bildschönen!) Kronprinzessin Cecilie, einem Militairschriftsteller Dittrich, einem Oberbürgermeister Rümelin, einem Portepee-Fähnrich Trefurth, einem Reverend Father Nickels aus Cleveland, einem Studiosus philosophiae Walter Weber, einem Verfasser Onkel Franz, einem Weltradfahrer Gustav Kögel oder einem Zögling der k. u. k. Militärunterrealschule St. Pölten. Die Mays selber scheinen jedenfalls Gefallen an diesen und noch viel mehr Titeln und Berufsbezeichnungen gefunden zu haben, notierten sie sie doch penibel im Album neben den zugehörigen Konterfeis.

Was aber sieht, wer kein Interesse an Deutschlands auflagenstärkstem Autor nimmt? Frauen, Männer und Kinder, die einst Karl-May-Leser waren, oder deren Karl May lesende Partner bzw. Eltern wünschten, Karl May möge ihre jeweiligen

Partner bzw. Kinder zu Gesicht bekommen. Die Männer – ja, jetzt weiß ich nicht: ist es angesichts des hohen Identifikationspotentials mit Old Shatterhand eher erstaunlich oder eher erwartbar? – zu einem großen Teil vom Typ »armes Hascherl«, die Frauen eher resolut-selbstbewußt. Erschreckend: Kein Kind in diesem Album, in diesen Studios und Kostümen, schaut glücklich aus! Mit den Kostümen (der Erwachsenen wie der Kinder) werden übrigens nur manchmal Karl-May-Figuren inkorporiert – aber gern zeigt sich der Knabe als Jäger, das Kind als Kadett, der Mann als Soldat im Kreis der Kameraden. Bisweilen (z. B. S. 473 oder 525) rühren unerwartet anschmiegsame Haltungen und Gesten der Frauen im Kontext der sonst steifen Studiobilder – aber Vorsicht mit der heutigen Sicht: Die Fotos von damals sind *stets* von langen Belichtungszeiten und starren Bild-Konventionen eingefrorene Stellungen – dabei ist das *auch* die leidenschaftliche Zeit, in der sich Männer schluchzend auf den Diwan werfen und Frauen öffentlich in Ohnmacht fallen oder wg. Schande ins Wasser gehen. – Wer die als präpubertäres Karaoke getarnten Kinderschänder-Shows im Fernsehn für den vorläufig letzten Ausdruck spätkapitalistischer Dekadenz hält, wird überrascht sein von den auf Dame getrimmten Lolitas, die in den Studios der Photographen von Norderney (»Meinem lieben goldigen Old Shatterhand von seiner ihn zärtlich liebenden Mariechen«) über Ludwigslust, Speier, Stuttgart (»Amalie Scharf. 12 Jahre alt.«), Brüx, Ulm und Rosenheim bis Warschau und Temesvár exhibitioniert werden. Parallel dazu kaum ein Knabe, der nicht mit der Würde und dem Anzug eines weltmännischen Flaneurs posierte – besonders skurril, wenn man die Horden von Männern vor Augen hat, die heute in Spielanzügen durch unsere Fußgängerzonen latschen. – Ob es übrigens falsch ist, den hohen Anteil von Kinderfotos, den May-Leser eingeschickt haben, als unbewußtes Eingeständnis einer bei May-Lektüre wohl automatisch einsetzenden Regression zu begreifen?

Vermutlich falsch sind Arno Schmidts in *Sitara* aufgestellte Hypothesen über eine latente Homosexualität Mays und die daraus abgeleitete Erklärung der ungewöhnlich engen Leserbindung an ihn – manches im *Leseralbum* freilich käme Schmidt sehr zupaß. Etwa eine Zusendung aus dem estnischen Tarku mit unleserlicher Unterschrift: Das Foto zeigt einen soldatisch uniformierten Menschen mit sehr weiblichen Gesichtszügen, der May schreibt: »... ich flehe Sie an – tapferer Weltreisender, ich liebe Sie.« – Auf dem Foto eines zarten Knaben aus Hamburg-Eilbeck hat May notiert: »Alte Feder. ›Du‹ sagen. Lieber Walter.« Ganz undeutlich-deutlich wird ein polnischer Leser: »Traurigst – wenn kein Anderer kommt. – Der Musikant aus Graudenz«. Das dazugehörige Foto, mit dem die Herausgeber netterweise den ersten Band beenden, zeigt ihn – von hinten. Dann, 2. Band, S. 635, mit Locken und Schnauzer, ein Mann wie gemalen: der Ballettmeister Fritz Scharf. Leider outet er sich 270 Seiten und entsprechende Jahre später als Jugendfreund von Frau Klara. Naja, mir wären Valerie, Marianne, Hedwig (die vor allem!) und Stefanie aus Grinzing eh lieber gewesen – und ich wüßt' schon gern, was am 20. März 1898 zwischen ihnen und »dem Alten« (wie May-Leser ihr Idol gern zu nennen pflegen) passiert ist – und warum sie ihn an dieses Datum erinnern wollen ausgerechnet mit einer Gruppenaufnahme, die die Inschrift trägt »Das Leben ist ein Kampf, der Tod ist der Sieg. Ich lebe, um zu kämpfen und sterbe, um zu siegen.« (Der Polizeibeamte Breitschmidt aus Basel freilich kann nur durch Zellteilung infolge von Selbstbestäubung entstanden sein und wird sich auch durch eine solche fortgepflanzt haben.)

Aber was wollte ich eigentlich ... ja, richtig: Wer sollte in diesem *Leseralbum* blättern? Der, der seinen Karl-May-lesenden Urgroßvater sehen will? Ja, laut Erzählungen des Herausgebers Wiedenroth gibt es auch diese Art Käufer – aber der Kreis wäre denn doch wohl zu klein. Nein, das Album ist für alle, die gerne Menschen beobachten. Für alle, die ein morbider Schauer überläuft, wenn sie sich in Leinwandstars der Stummfilmzeit verkucken. Für jeden, dem das tägliche Straßentheater das Sehenswerteste einer Großstadt ist. Für jeden Flaneur, der lieber sieht als gesehen wird. Für alle, die glauben, daß es außerhalb ihrer eigenen Galaxis Leben gibt.

Achso: die Überschrift dieses Artikels??: Die May-Herausgeber haben in stoischer Philologengeste sämtliche Rück-, Unter- und Aufschriften der Fotos diplomatisch genau transkribiert, auch wenn Karl oder Klara May die Fotos und damit die Texte rücksichtslos mit der Schere beschnitten haben. Und so lautet denn der Kommentar zum Abbild der vier männlichen Sprosse von »Schloß Haus« : »rlo – inand – gor – chard«.

Leseralbum. Hg. v. Hermann Wiedenroth und Hans Wollschläger (Karl Mays Werke, Abt. VIII Briefe, Band 6.1-2). Verlag »Das Bücherhaus«, Bargfeld/Celle 1997/8, 1044 S., zus. 184 Mark

---

Bernd Rauschenbach schrieb in KONKRET 9/98 einen Brief an Peter Hacks

Konkret 03/99, S. 54

Holm Friebe

Buch & Deckel

Thomas Meinecke: Tomboy. Suhrkamp 1998, 252 Seiten, 36 Mark

Andreas Neumeister: Gut laut. Suhrkamp 1998, 182 Seiten, 28 Mark

Das Feuilletonistenvolk hört die Lautsprechersignale: Zeitgenössische Literatur und populäre Musik seien prinzipiell ein und dasselbe Genre, nur gewissermaßen in unterschiedlichen Aggregatzuständen. Literatur habe sich daher nach denselben Maßstäben bemessen zu lassen wie zeitgenössische Populärmusik, merkwürdigerweise nie umgekehrt. Nachdem das Thema mit der Beat-Literatur der Sechziger schon durch, Größen und Grenzen des Ansatzes hinreichend ausgelotet waren, machten sich die Apologeten der sogenannten 78er-Generation dafür stark, dem Topos neues Leben einzuhauchen, nicht zuletzt, um auf diesem Wege noch einmal ihre schwindende Jugendlichkeit zu behaupten und zugleich Werbung für das eigene Programm zu machen. Matthias Altenburg wünschte sich 1992 im »Spiegel« eine Literatur mit »Tempo und Drive« herbei. Matthias Politycki sprach 1995 in einem gleichnamigen Aufsatz in der »Frankfurter Rundschau« das große Wort »Literatur muß sein wie Rockmusik« gelassen aus. Daß gerade und ausgerechnet Rockmusik als Referenzsystem dienen müsse, darauf konnte man sich aber noch nicht verständigen. Dafür hielten das HipHop- und Elektromusik-Vokabular machtvoll und nachdrücklich Einzug in die Kritiken. Plötzlich wird in jedem zweiten Buch der jüngeren, das heißt unter vierzigjährigen Autorenschaft »gesampelt«, gibt es »Loops« und »Breaks« zuhauf. Sätze werden »angescratcht«, und Inhalt spielt so lange keine Rolle, wie der »Sound« stimmt.

Ohne den alten Form-Inhalt-Diskurs wieder zu eröffnen: Besonders gut zu beobachten war dieser Reflex der Rezeption bei Thomas Meineckes *Tomboy* aus dem letzten Jahr, dessen unbestreitbare Qualität darin besteht, das bisher in der Literatur weitgehend unterschlagene Gender-Thema intelligent, beschwingt und anschaulich durchzuexerzieren und dabei in hohem Maße eklektisch vorzugehen. Dabei ist das Buch durchaus konventionell erzählt und die verschlungenen, leicht spröden Thomas-Bernhard-Sätze lassen sich nur schwerlich als besonders musikalisch einstufen. Dennoch, und nur weil der Autor im zweiten Leben Musiker und Radio-DJ ist, kaprizierten sich die Kritiken in pawlowscher Manier auf die vermeintliche Funktionsweise des Romans als Produkt der Musikindustrie. In einer Besprechung der »Jungle World« war durchaus stellvertretend zu lesen: » ... unaufhörlich raspelt es, unvermittelt ineinander greifend, von der raffinierten, musikalisch gesampelten, permanent Bedeutung und ironische Dekonstruktion mixenden Textspur«. Dabei ist es nicht einmal falsch, daß der Roman, wenn man so will, mixt und sampelt. Nur hat das etwa Döblins *Berlin Alexanderplatz* avant la lettre in mindestens ebensolchem Maße getan. Die Montagetechnik ist in der Literatur wahrscheinlich älter und hat eine größere Tradition als in der Musik. Was ist also gewonnen, wenn man es heute Sampeln nennt?

Aus vermarktungstechnischen Gesichtspunkten mag es sogar sinnvoll sein, Bücher als papierene Schallplatten zu lancieren; deshalb sind die Autoren, vor allem die Verlage an diesem Trend nicht ganz unschuldig. Im Gegenteil: Wenn der Klappentext von *Tomboy* das Buch als »mehrspurigen Track« anpreist; wenn die Kapitelüberschriften in Benjamin von Stuckrad-Barres *Soloalbum* die Titel von »Oasis«-Nummern sind; wenn das neue Buch von Andreas Neumeister *Gut laut* heißt und mit *Tomboy* und Rainald Goetz' *Jeff Koons* in einer Sammelanzeige annonciert wird, die sich ansonsten mit der schlichten Ein-Wort-Message »Pop« bescheidet, können Rezensenten kaum noch anders, als in die Falle der vorgegebenen Lesart zu tappen. Vielleicht bringt es ja eine Handvoll juveniler Nichtleser dazu, sich irrtümlich auch mal ein Buch zu kaufen, was nicht das Schlechteste wäre. Dennoch: Selbst ein Buch wie *Gut laut*, das, neben dem leidigen Millennium-Thema, fast ausschließlich von Popmusik und der eigenen Musikbiographie handelt, ist dadurch nicht automatisch Popmusik, sondern bestenfalls Literatur. Niemand käme, wenn jemand einen Roman über die Metzgerinnung schreibt, auf die Idee, ihn für ein Kotelett zu halten.

Im Zweifel wird Popmusik im Vergleich mit Literatur, die Popmusik sein will, immer die bessere Popmusik sein. Selbst die als besonders DJ-mäßig und musikalisch-innovativ taxierte Methode von Neumeister, in kurzen Text-Clips Psycho-Archäologie zu betreiben, hat zumindest einen literarischen Vorläufer in Uli Beckers *Alles kurz und klein* von 1990. Nur daß Neumeister sich eben hauptsächlich mit Popmusik und dem »Roxy Munich« (Meinecke) bzw. »Mjunik« (Neumeister), dem München der frühen Achtziger, beschäftigt, das gegenwärtig über DJ Hell, Münchner Freiheit, Blumfeld etc. pp. eine ungeahnte Renaissance erlebt. Die »PopFraktion«, die Neumeister bereits 1996 mit der von ihm edierten Anthologie *Slam!Poetry!* ausgerufen hat, formiert sich, wenn auch nicht als Autoren-Seilschaft, so doch in den Köpfen der Rezensenten: literarische Standards gehen über Bord, und es hagelt Sammelrezensionen wie diese.

Judith Hermann: Sommerhaus, später. S. Fischer 1998, 188 Seiten, 20 Mark

Etwas abseits der »PopFraktion« steht Judith Hermann, die nicht vorrangig darum bemüht ist, ein musikgeneriertes Lebensgefühl eins zu eins in Buchform zu überführen, und es besteht die Gefahr, daß sie in den Kreisen, wo sie vielleicht am besten verstanden würde, untergeht. Ihr Erzähl-Debüt *Sommerhaus, später* ist in fast allen Besprechungen, »Literarisches Quartett« inklusive, gelobt worden, Wolfgang Höbel nahm sie im »Spiegel« bereits gegen den »Irrsinn des Pop-Wahns« in Schutz. Nicht, daß es in den Erzählungen nicht auch um Musik ginge, unter anderem. Sie sind aber eher klassisch, lakonisch erzählt, handeln von echten Personen und echten Konflikten, so daß endlich auch Hellmuth Karasek das Gefühl haben kann, er verstünde, was so unter jungen Leuten abgeht. Das erklärt zu einem Gutteil den Erfolg des Buches, spricht aber nicht notwendigerweise dagegen. Hermanns Protagonisten, hinter denen man die Autorin ahnt, haben für den poptheoretischen Diskurs etwa so viel bzw. so wenig übrig wie fürs Bungee-Jumping. Sie sind Stützen einer leicht dekadenten und derangierten Berliner Boheme, immer auf der Suche nach den rar gesäten Momenten, in denen man einmal nicht neben sich steht, sondern ansatzweise dem Prinzip Selbstähnlichkeit gehorcht. Musik interessiert sie dabei, wie Drogen, eher als Mittel zum Zweck. Wenn sich dadurch beim Lesen ein Gefühl persönlicher Befangenheit einstellt, interpretiert man Hermanns Erzählungen nicht, wie viele Kritiken, als kunstvoll gebaute Allegorien, sondern versteht sie als wenig verstellte Schlüsselerzählungen, um nicht zu sagen Kolportagen aus dem Nahbereich. Die Autorin ist eine scharfe Beobachterin und versieht mit Sorgfalt ihre selbst auferlegte Chronistenpflicht in Situationen, die bislang vergeblich eines Chronisten geharrt haben. Nüchtern und lapidar protokolliert sie den rennenden Schwachsinn, und aus Dankbarkeit für die überraschend authentische Authentizität ist man im Gegenzug gern bereit, über die eine und andere etwas dick aufgetragene Symbolik und das viele Wetter hinwegzusehen.

Um der obligatorischen Musik-Analogie genüge zu tun: In ihrer abgeklärten Ratlosigkeit und antibürgerlichen Melancholie haben die Erzählungen von Judith Hermann vielleicht am ehesten etwas von Leonard-Cohen-Songs; sie sind eher gut leise als gut laut und generieren so einen neuen Sound, der klassische Vorbilder sampelt und als Retrophänomen neu abmischt.

Konkret 03/99, S. 55

Gerhard Scheit

Wesselys Heimkehr

Die Filmindustrie der »Ostmark« ließ sich nicht lumpen, als Goebbels nach einem Propagandastück zum Überfall auf Polen verlangte – und lieferte einen der perfidesten Beiträge auf dem Weg zur »Endlösung«

Der Beitrag des österreichischen Films zum Nationalsozialismus ist beträchtlich. Kaum war das Land heimgeholt ins Dritte Reich, präsentierte die heimische Filmindustrie – darin nur noch den Dichtern und Professoren des Landes vergleichbar – auch schon ihre emphatischen Bekundungen für Führer und Reich, als hätten sie bereits jahrelang dafür Ideen gesammelt und Projekte geschmiedet. So ging auch Veit Harlans Film »Jud Süß« von 1940 bereits ein österreichischer Beitrag zur »Endlösung« voraus: der Streifen »Leinen aus Irland«, 1939 herausgebracht, in der Struktur der Handlung ähnlich wie »Jud Süß«, aber vielleicht noch perfider angelegt. Zur Legitimation des Kriegs gegen Polen lieferte man 1941 ein weiteres Glanzstück: »Heimkehr«, produziert von der Wien-Film unter der Regie von Gustav Ucicky mit den österreichischen Publikumslieblingen Paula Wessely, Attila Hörbiger und den Wiener Philharmonikern.

Mitte der achtziger Jahre gab es in Österreich einiges Aufsehen um diesen Film, weil Elfriede Jelinek ihn in ihrem »Burgtheater«-Stück herbeizitierte: »Schluß itzo mitm monarchistischen Geschlader! Mir missen itzo ein daitsches Filmerl mochen. Ihr spüts daitsche Siedler im Polnischen.« So wird es hier beschlossen von Käthe und Istvan, mit denen Jelinek auf das in Österreich berühmte Schauspielerehepaar Paula Wessely und Attila Hörbiger anspielte (zu denen sich mit Schorsch noch Attilas Bruder Paul gesellt). Das Stück, das bis heute am Burgtheater nicht gespielt wurde, verwendet das österreichische Trio infernal der Schauspielkunst, um an ihm die Kontinuitäten der heimischen Kulturindustrie und des rassistisch-antisemitischen Bewußtseins sichtbar zu machen. Seine Autorin sah sich in der Folge mit einer regelrechten Kampagne des Hörbiger-Wessely-Clans konfrontiert.

Nunmehr ist das erste ausführliche, wissenschaftliche Buch über den Film »Heimkehr« erschienen, und es ist zu vermuten, daß es in Österreich nach dem bewährtem Rezept »Net amol ignorieren« behandelt werden wird. Der Historiker Gerald Trimmel liefert in dieser Publikation – mit zahlreichen Dokumenten und Fotografien (immer wieder die ›deutsche Erotik‹ der Paula Wessely, die dem Führer entgegenfiebert) – eine minutiöse Darstellung der Entstehung des Films und zeichnet die Strategien nach, mit denen die Produzenten zu Werke gingen und mit denen der Film schließlich unters deutsche Volk gebracht wurde. Empirische Analyse und detaillierte Dokumentation zählen zu den Stärken des Buchs, nicht die Theorie: So kommt es am Ende zu einem wenig ergiebigen »strategischen Resümee«: »Der Film ›Heimkehr‹ widmet sich vor allem der Feindbildkonstruktion. ... Der redundant inszenierte deutsch-polnische Antagonismus wird schließlich auf die Ebene eines strukturellen Problems reduziert: Indem das ›Fremde‹ die wohlgeordnete Struktur der ›Volksgemeinschaft‹ bedroht, ihren ›Zerfall‹ herausfordert, mutiert das ›Fremde‹ zum ›Bösen‹, dessen Vernichtung nicht bloß tolerierbar, sondern selbstverständlich erscheint.«

Was der Fahndung nach den Strategien entgeht, ist der Anteil des Unbewußten an dieser Produktion. Und dabei ließe sich an diesem Film exemplarisch zeigen, wie sehr der Zielpunkt der »Endlösung« die Dramaturgie beherrschen kann, auch wenn er selbst offenkundig nicht zur manifesten Strategie des Films gehört und in der Handlung selbst keineswegs im Mittelpunkt steht. Der Film soll auf der manifesten Ebene vielmehr den Angriff auf Polen legitimieren und zielt darum vor allem auf die polnische Bevölkerung: Er simuliert die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen vor dem September 1939. Hier kommt es der Dramaturgie unter anderem darauf an (ganz ähnlich wie in »Jud Süß«), die Grenzen zum Dokumentarfilm zu verwischen, wenn etwa polnische Schauspieler zur Darstellung der Polen engagiert werden oder wenn man eine Rede Hitlers im Originalton einblendet.

Unterhalb dieser sichtbaren Ebene, gewissermaßen im absichtsvoll konstruierten Unbewußten des Films, vollzieht sich jedoch eine signifikante Überlagerung von Projektionen: Die wirkliche Lage der Juden im Dritten Reich wird auf die Lage der Deutschen in Polen, das Verhalten der Deutschen gegenüber den Juden auf das der Polen gegenüber den Deutschen projiziert, wobei die einzelnen Phasen von der Diskriminierung bis zur Vernichtung oft bis ins Detail durchgespielt werden: Der Film beginnt mit einer Imitation der Bücherverbrennung – die Polen, darunter ein jüdischer Junge, werfen das Inventar einer deutschen Schule (Bücher, Tafel, Globus etc.) auf die Straße und zünden es an – , und er endet damit, daß die Deutschen auf Lastwagen abtransportiert werden in eine Festung, in der sie – auf engstem Raum zusammengepfercht und im Unklaren gelassen über ihr Schicksal – schließlich ohne Ausnahme erschossen werden sollen. In letzter Minute erfolgt der Einmarsch der Deutschen und die ›Befreiung‹.

Paula Wessely aber – in der weiblichen Heldenrolle der deutschen Lehrerin Maria Thomas – verrät unwillkürlich das Geheimnis des Films, wenn sie, das Idiom der ›Auslandsdeutschen‹ imitierend, sporadisch in eine Art jiddischen Dialekt verfällt. Die Täter und Zuschauer der judenfeindlichen Aktivitäten im Dritten Reich werden entlastet und können zugleich ihre Untaten noch einmal genießen – diesmal indem sie sich mit den Opfern identifizieren. Allerdings wird als Klammer der Handlung doch fixiert, um wen es in Wahrheit geht: Maria Thomas sagt am Beginn zu einem Juden, der ihr seine Ware

anbietet: »Nee, Salomonsohn, Sie wissen ja, wir kaufen nicht bei Juden«, worauf der Jude ihr hinterherruft, man solle alle Deutschen »ausrotten«. Wenn dann am Ende des Films tatsächlich geplant wird, die Deutschen zu erschießen, hat sich also – wiederum eher unbewußt als bewußt – herausgestellt, wer der eigentliche Todfeind sei und wer nach dem Einmarsch vernichtet werden soll.

»Heimkehr« erhielt von Goebbels das höchste Prädikat: »Film der Nation«; als »staatspolitisch besonders wertvoll« wurde seine »Vorführung am Karfreitag, am Bußtag und am Heldengedenktag« empfohlen.

Gerald Trimmel: *Heimkehr. Strategien eines nationalsozialistischen Films.* Werner Eichbauer Verlag, Wien 1998, 327 Seiten, 69 Mark

---

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 2/99 über Neuerscheinungen zum Thema Musik und Nationalsozialismus

Konkret 03/99, S. 56

Günther Jacob

Stille Post II

Die neue deutsche Oral History ist fasziniert vom Nationalsozialismus und macht aus den Tätern Zeitzeugen und Opfer der Umstände. Zweiter Teil eines Literaturberichts

Ilse Schmidt arbeitete 1941 als Chefsekretärin für die Wehrmachtspropaganda-Abteilung-Südost in Belgrad. Die im ehemaligen serbischen Postministerium einquartierte Institution betrieb dort den Wehrmachtssender »Radio Belgrad«, der in ganz Europa sowie im nördlichen Afrika zu empfangen war. Die deutschen Soldaten nannten diese Station, nach ihrer Erkennungsmelodie, »Lilli-Marleen-Sender«. Die Abteilung produzierte auch das Wehrmachtsblatt »Donau-Zeitung« und kontrollierte zudem sämtliche serbischen Publikationen, Kinos und Theater.

Über den Schreibtisch von Ilse Schmidt gingen damals die täglichen Fotoberichte der Kriegsberichterstatter. Sie dokumentierten detailliert die Ermordung von Zivilisten und Partisanen durch die Wehrmacht: »Vor, während, nach der Hinrichtung. Jede Sekunde des Sterbens ist festgehalten.« Ilse Schmidt sah sich diese Fotografien nur ungern an. Sie erschrak sogar angesichts der an Laternenmasten der Hauptstraßen aufgehängten Partisanen, deren Füße fast von den darunter durchfahrenden Straßenbahnen berührt wurden.* Aber all das konnte doch das Pflichtbewußtsein dieser Wehrmachtsangehörigen nicht beeinträchtigen. Es hat ihr auch nicht den Geschmack am guten Wein der Gegend verdorben, und mit ihren Kollegen und Vorgesetzten kam sie meistens ebenso gut zurecht wie mit Borika, dem serbischen Dienstmädchen mit der sanften Stimme, dessen ruhiges Wesen sie an die eigene Mutter erinnerte.

Ilse Schmidt ist nach dem heutigen Sprachgebrauch eine Mitläuferin. Außer ihrer Pflicht hat sie nichts getan. In einem zivilen Leben könnten zwar einige ihrer Tätigkeiten, etwa die Entschlüsselung von Tierfabeln in den zensierten serbischen Zeitungen – sie machte einen Vorgesetzten darauf aufmerksam, daß »Lamm« dort ein Codewort für Serbien und »reißender Wolf« eines für Hitler ist – als Beihilfe zu einer Straftat gewertet werden. Aber die ehemalige Chefsekretärin weiß nur zu gut, was allgemein gedacht wird, wenn heute von sogenannten Mitläufern die Rede ist: »So sieht der Krieg aus.«

Das erklärt jedoch noch nicht, warum ihre »Erinnerungen einer Wehrmachtsangehörigen« seit Ende Februar unter dem Titel Die Mitläuferin vom Aufbau-Verlag als lehrreicher Zeitzeugenbericht vermarktet werden. Der größte Teil dieses Buches handelt von den schönen Zeiten, die die Autorin mitten im Vernichtungsgeschehen in Serbien, in der Ukraine und, nach Mussolinis Sturz, in Italien erlebt hatte. Wenn sie dabei eher am Rande auf die »schrecklichen Ereignisse« zu sprechen kommt, dann geht es ihr stets nur darum, wie unangenehm der Anblick der Gehängten und Erschlagenen für sie war. Denn außer Ilse Schmidt wird in diesem Buch niemand bedauert. Als Fortsetzungsgeschichte könnte ihr Text in jeder Landser-Reihe erscheinen. Doch 1999 erscheint er nicht nur im Aufbau-Verlag, sondern auch noch mit einem Vorwort von Annette Kuhn, die sich als Kennerin der »Erinnerungskultur in Deutschland« ausweist, sowie einem Nachwort von Gabi Zipfel, Redakteurin des »Mittelweg 36«, die in Ilse Schmidt offenbar eine Zeitzeugin sieht, die etwas beizusteuern hat zu der »Frage, wie sich Frauen im und zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen verhalten haben«.

Obwohl Annette Kuhn in einem Nebensatz selbst erwähnt, daß andere sie auf Ilse Schmidts anhaltendes Wegschauen hinwiesen, glaubt sie doch, »das innere Zittern« zu hören, das die Erinnerungen dieser Stabshelferin begleitet. Für sie ist Ilse Schmidt als »junges, lebensbegieriges Mädchen« (eine Standardformulierung, die z. B. genau so bei Barbara Bronnen auftaucht) in den Krieg gezogen, wurde dort nicht zuletzt Opfer der »patriarchalischen Verhältnisse« und qualifiziert sich, inzwischen zur »starken, erfahrenen Frau« geworden, durch ihre »Erinnerungsbereitschaft« als Teilnehmerin von Seminaren zur Erinnerungskultur. Im Vorwort des Buches werden auf wenigen Seiten viele Essentials aufgelistet, die im aktuellen deutschen Oral-History-Boom offenbar hegemonial geworden sind:

· Negative Anthropologie und Bekenntnis zur Faszination. Unter der dünnen Decke der Zivilisation lauert, in Schach gehalten nur von instabilen Normen oder dem staatlichen Gewaltmonopol, die vorzivilisierte Gewalt. Die Frage ist daher: »Wie hätte ich damals gehandelt?«

· Abgrenzung von der angeblichen »Gerechtigkeit« der »Achtundsechziger« und Einfühlung in die Tätergeneration: »Wir wollen nicht zu Gericht sitzen« und keine »unzumutbaren Schmerzen hervorrufen«.

· Verlagerung des Interesses von den Verfolgten zu den Verfolgern, aber nicht im Sinn der Täterforschung von Christopher Browning oder Daniel Goldhagen, sondern anteilnehmend und mit Blick auf die kulturellen Verluste: Wir wollen mehr erfahren über Menschen, die »die Anfänge der Vernichtung des europäischen Judentums und die Zerstörung der europäischen Kultur miterlebten« und dabei »wegschauten«.

· Abgrenzung gegen die »Täter/Opfer-Dichotomie«: »Wir brauchen eine Geschichtssicht ohne Verwischung und Verharmlosung, zugleich aber auch eine Betrachtung jenseits der Opfer-Täter-Kategorisierung.«

· Emanzipation von (anonymen) Gewissensinstanzen und nationale Befreiung: Deutschland muß zu einem Land werden, in dem »angstfrei über das Vergangene gesprochen werden kann«.

Es ist nicht zu übersehen, daß hier die Kinder bzw. Enkel sich mit der unter Anklage gestellten Rolle der Eltern bzw. Großeltern in der Nazizeit auseinanderzusetzen haben und daß sie sich dabei in einer Ambivalenz gefangen sehen, die sie affirmativ auflösen wollen. Im Prozeß des Humanitätsverlusts spielten die »Mitläufer« nach dieser Lesart eine rein passive Rolle. Sie wurden scheinbar Opfer eines unabwendbaren Vorganges. Die ihnen zugeschriebene Opferrolle wird darüber zu ihrer Hauptrolle. Die meist nur angedeuteten »grausamen Ereignisse« erleiden sie. Ilse Schmidt, wie auch die Männer, die in vergleichbaren Büchern zu Wort kommen, sind hier nur vorgeschobene Figuren, denn verteidigt werden offensichtlich die eigenen Verwandten aus der Tätergeneration. Dem Mitleid (als Moment der Katharsis) folgt am Ende sogar eine gewisse Bewunderung und ein Plädoyer fürs Vaterland. Indem das Private der Tätergeneration zum Historischen der ihr nachfolgenden Generationen wird, ist die Ambivalenz ins (vorläufige) Gleichgewicht gebracht.

Die Erinnerung an das Vergangene ist nicht an sich gut. Man bedient sich ihrer nicht absichtslos. Narratives Denken versöhnt die biographische Zeit mit der universalen Zeit. Im Prozeß der retrospektiven kognitiven Strukturierung wird Erlebtes in einen Bedeutungsrahmen plaziert und dadurch folgerichtig. Diese narrative Konstruktion muß jedoch ständig nachjustiert werden, bis die vergangenen Ereignisse schließlich im Licht der aktuellen Auffassung bestehen können. Viele Ereignisse werden außerdem nicht erinnert, weil sie schon damals nicht bis zum wirklichen Erleben vordrangen. Man hatte Kolonnen von KZ-Häftlingen gesehen, aber sie galten als Verbrecher aus dem »Arbeitslager«, mit denen man kein Mitleid haben mußte. Heute wird diese Vergangenheit neu arrangiert. Das gilt zwar überhaupt für Erinnerung, aber es kommt eben darauf an, wer arrangiert und ob es um der historischen Wahrheit willen ist oder zur Rechtfertigung geschieht. Die Erinnerung der Täter ist schon deshalb nicht legitim, weil sie so viele zum Schweigen gebracht haben.

Die deutsche Oral History möchte die handlungsleitenden Intentionen der »Zeitzeugen« verstehen und erklären. Doch ihr therapeutischer Gestus und ihre Inszenierung einer »Erlösung vom Trauma«, der allmähliche Vorgang des Erinnerns, Wiederholens und Durcharbeitens von angeblich traumatischen »Erlebnissen« sind unangemessen, weil ihre Klientel nicht in einer Situation ist, in der sie etwas bezeugen muß, was die Mehrheit leugnet. Die narrative Lust der Interviewten und ihr gewieftes Taktieren sind nicht zu übersehen.

Wenn die deutsche Oral History den Fundus der Geschichtsquellen auf die persönlichen Erinnerungen der Tätergeneration ausdehnt und das Erinnerungsinterview zum Forschungsinstrument erhebt, muß sie diese Erinnerungen auch dem Verfahren der Verifikation unterwerfen. Das erfordert der Wissenschaftsanspruch. Als Interviewpartner müssen die Oral-History-Forscher einerseits Erinnerungen stimulieren, indem sie emphatisch auf die Interviewten zugehen und die richtigen Stichworte geben (»Wie erlebten Sie die feindlichen Soldaten?«, »Die Verpflegung war doch sicher auch ganz miserabel?«) und Lob aussprechen (»Trotz aller Beschwernisse und Kümmernisse fanden die jungen Frauen noch Kraft und Mut, jede Gelegenheit zu kleinen Festen zu nutzen.«). Da sie immerhin ahnen, daß sich das bei der Generation der Täter nicht von selbst versteht, können sie auf Gesten des Mißtrauens nicht verzichten. Es zeigt sich jedoch, daß ihre Praxis der nachträgliche Deutungsarbeit meistens auf Verharmlosung hinausläuft: »Obwohl unter meinen Zeitzeuginnen latenter und offener Antisemitismus vorhanden war, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, wie verbreitet und wie virulent er war und bis zu welchen Konsequenzen den Juden gegenüber er zu gehen bereit war« (Dörr). Um so sicherer fallen die Urteile über die anonymen Meinungsterroristen aus: »Es gab und gibt z. T. bis heute so etwas wie eine verordnete Vergangenheitsbewältigung, die nicht juristisch oder institutionell gesteuert ist, die aber all das nicht an die Öffentlichkeit dringen läßt, was sich nicht stromlinienförmig in die geläufigen Denkraster einpassen läßt« (ebd.).

Indem immer wieder angedeutet wird, die Nachgeborenen könnten den damaligen Idealismus einfach nicht nachvollziehen, sie hätten sich der Faszination des Nationalsozialismus aber sehr wahrscheinlich auch nicht entziehen können, legt man ein Bekenntnis zu dieser »Faszination« ab. (Bei Guido Knopp, der gerade eine sechsteilige Holocaust-Serie dreht, wird diese Faszination in der Bildauswahl deutlich.) Wenn aber die Macht der als »Wirkung« beschworenen »Ideologie« unwiderstehlich ist, dann ist erstens der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland erklärt und zweitens liegt alle Schuld bei der Ideologie; die überwältigten Einzelnen sind entschuldigt. Solchen rationalen Erklärungen aus der Geschichte oder der Struktur steht allerdings ein Paradox gegenüber, in dem die machtergreifende Ideologie durch ihre Verschiebung ins Irrationale verrätselt wird. Dem Antisemitismus wird dabei die Eigenschaft des Unsinnigen angeheftet. Man spricht dann vom »Wahnsinn der Judenvernichtung«. Damit wird die Praxis der Verfolgung und Vernichtung als heute unbegreiflich dargestellt.

Auf das Problem der Regulierung der Distanz zu Angehörigen der Tätergeneration sind schon Forscher gestoßen, die nicht im Verdacht stehen, einen Familienroman schreiben zu wollen, zum Beispiel der Analytiker Robert J. Liftons, der 1988 mit dem Buch The Nazi Doctors das Protokoll seiner Begegnung mit deutschen KZ-Ärzten veröffentlichte. Er mußte erfahren, daß man beim gemütlichen Kaffeetrinken sich dem Gebot der Höflichkeit nicht entziehen kann. Der Befragte tischt seine über Jahrzehnte einstudierten Legenden auf, die auch ein geschulter Analytiker nicht zu durchbrechen vermag. Andere haben hingegen, indem sie die wissenschaftliche Distanz aufgaben, einiges erreicht, zum Beispiel die englische Journalistin

Gitta Sereny, die dem Kommandanten von Treblinka, Franz Stangl, ein Geständnis entrang, oder Claude Lanzmann, der in seinem Film »Shoa« SS-Leute mit einer versteckten Videokamera interviewte. Hier kommen übrigens auch vollständige Namen-, Orts- und Zeitangaben zutage, die in den Interviews der deutschen Oral History nie auftauchen.

Die Interviewer der neueren deutschen Oral History enden hingegen fast durchweg bei der Parteinahme, weil sie, indem sie sich selbst zur Neutralität verpflichten, an den spezifischen Prozessen der Sinnstiftung der Gemeinschaft der Deutschen teilhaben. Der Anspruch auf wissenschaftliche Distanz, an dem sie festhalten, wirkt einerseits als Schutz vor der Frage nach dem eigenen Sprechort, wird aber letztlich aufgehoben. Die Erzählung der Befragten nimmt eine vertraute Gestalt an, wodurch der Anschein einer Erklärung entsteht. Die Erzählung wird »verstehbar« gemacht, indem die Kategorien und Metaphern der Interviewten der spezifischen Plotstruktur des »Kontextualismus« (Hayden White) subsumiert werden. Ereignisse werden erklärbar, indem man sie in den angeblichen Kontext ihres Erscheinens zurückversetzt. Warum sie sich so und nicht anders zugetragen haben, muß eben durch die Aufklärung der spezifischen Umstände beantwortet werden, die damals herrschten. Die Spurensuche endet an der Stelle, an der die synchron und unverbunden verlaufenden Fäden der Erzählung im »Kontext« anderer Ereignisse verschwinden oder zur Ursache für den Auftritt neuer Ereignisse werden: »Auch die Judenverfolgung war eine ganz schlimme Sache. Aber er hat Wort gehalten! Er gab allen (sic!) Menschen Arbeit und Brot« (Dörr). Dieser narrative Aufbau folgt entweder der Handlungsstruktur der Romanze (Triumph der Tugend über das Laster) oder der Tragödie (am Nationalsozialismus offenbart sich das Gesetz, welches das menschliche Dasein lenkt, am Ende steht die Versöhnung mit dem Schicksal). Die Präfiguration der Erzählung durch Metaphern und Metonymien macht die Erzählung schließlich noch vertrauter. Man setzt an die Stelle des Gemeinten, das man nicht aussprechen will, etwas begrifflich eng Verwandtes – etwa »ich war in Rußland« (der Ort steht für das Ereignis, und das Ereignis wird mit »Krieg« umschrieben, wo von geplanter Vernichtung zu reden wäre) – oder stellt durch uneigentliches Sprechen eine Bedeutungsübertragung zwischen entfernten Sachverhalten dar, etwa zwischen dem Nationalsozialismus und der SED über den Begriff der Diktatur.

Die Erzählungen der Tätergeneration kommen den Vertretern der neuen deutschen Oral History schließlich nicht deshalb wichtig vor, weil sie nun zusätzliche Informationen über bereits bekannte Zusammenhänge erhalten hätten, sondern weil diese Fakten der ihnen bereits vertrauten Plotstruktur entsprechen. Im Vorwort zu dem Buch Die Mitläuferin wird das auch ausgesprochen: »Der Bericht von Ilse Schmidt erweitert nicht unser Wissen über die Massenvernichtung. Bemerkenswert ist ihre Fähigkeit, das abgespaltene Ich wieder zum Sprechen zu bringen.« Mit anderen Worten: Der Anspruch der »Eltern« auf den Raum des Unpolitischen wird in der Interviewpraxis dieser Oral History nicht in Frage gestellt.

Martin Walser hat die dazu passende Erinnerungstheorie geliefert – sein Gesetz der Perspektive. Es besagt, daß, weil Auschwitz nicht am Bodensee lag, von Auschwitz nicht geredet werden kann, wenn die Erzählung vom privaten Leben am Bodensee handelt. Er unterschlägt dabei, daß die Verfolgten zum Zeitpunkt dieser Betrachtung bereits vom Bodensee entfernt wurden oder dort als unsichtbare Zwangsarbeiter leben. Walsers »Perspektive« läßt bestenfalls ein dunkles Raunen über nicht näher zu beschreibende »Entsetzlichkeiten« zu, die dort im Osten womöglich und dem Hörensagen nach passiert sind. Von da aus ist dann der Übergang zu den Bombennächten und den kargen Brotrationen nach dem Mai 1945 leicht zu schaffen. Was damit nicht zur Sprache kommen kann, sind jene Ereignisse im Alltag der »unpolitischen Mitläufer«, die ihre Täterschaft deutlich machen.

Was diese Zeitzeugen heute zu wissen behaupten, haben sie damals so nicht erlebt, weil ihnen ein Unrechtsbewußtsein fehlte bzw. weil sie es, so Slavoj ?Zi?zek, mit Lust suspendierten. Was sie tatsächlich getan haben, wollen sie wiederum nur »erlebt« und »gehört« haben. Tatsache ist, daß der militärischen Niederlage 1945 nicht der psychische Kollaps folgte. »Wahrscheinlich hätte nur die psychische Verelendung einen anderen Weg gangbar gemacht. Traurig waren sie wohl. Aber renitent und reuelos« (Peter Roos).

Die Lebensgeschichte der Tätergeneration fällt mit der NS-Geschichte zusammen und jede erstrebte Identifikation mit der »Nation« begründet »normalerweise« die Konstruktion einer nationalisierten Biographie, in der eigene und nationale Interessen als weitgehend harmonisiert erscheinen. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden im Rahmen narrativer Sinnbildung aufeinander bezogen und in eine »sinnvolle« Verlaufsgestalt gebracht. Offizielle Geschichte (repräsentierte Historie) und persönliche Geschichte werden so synthetisiert. Eine solche Identifikation verlangt, wo es um die Zeit des Nationalsozialismus geht, allerdings eine spezifische Leistung, nämlich das Absehen vom Holocaust. Da das nicht ohne weiteres möglich ist und die biographische Selbstthematisierung nicht in allen Punkten der staatsoffiziellen Historie folgen kann, gleichen die Strategien der »Zeitzeugenschaft« die emotionalen Defizite von Nationalisten aus. Zeitzeugen laden zum Miterleben und Mitleiden ein. Sie fordern in Umkehrung der Tatsachen dazu auf, »das Schweigen zu brechen«.

In einem der Oral-History-Interviews, die Margarete Dörr führte, berichtet eine »Mitläuferin« im Jahr 1998 über den 9. Mai 1945 so: »Vor einigen Häusern standen Gruppen von Tschechen, sie drohten uns mit Fäusten, schrien, warfen Unrat und Steine nach uns, aber noch kamen wir heil durch ... Die Soldaten mußten nebenher gehen, wurden getreten, gestoßen, geschlagen, angespien von dem Pöbel, der überall herumlungert. Auf dem Marktplatz ist eine johlende Meute versammelt.

Der Mob kreischt vor Vergnügen, johlt und klatscht in die Hände und freut sich über unsere klägliche Armseligkeit. Ja, wir waren Deutsche, gehaßt, verfemt, geächtet. Wie die Juden in NaziDeutschland.«

Diese Sicht ist keine Ausnahme, auch wenn sie manchmal in weniger drastischer Form geäußert wird. Interviewer, die angesichts solcher Statements »wissenschaftlich neutral« bleiben, haben selbst die Grenze überschritten. Davon abgesehen, kennen alle, die in diesem Land aufgewachsen sind, auch ohne Wissenschaft solche Positionen zur Genüge. Die Forderung kann daher nicht sein, daß sie reden, sondern daß sie bedauern, ohne auf Entlastung zu spekulieren.

Aber sie haben das, was den Verfolgten angetan wurde, meistens nicht einmal genau wahrgenommen. Das wird von Oral-History-Interviewern durchaus konstatiert: »Sie schalten den Fernseher ab, wenn Filme über das Dritte Reich gesendet werden, sie lesen keine Zeitzeugnisse von Verfolgten ... Nur um den Preis des ›Abschaltens‹ können sie ihre Seelenruhe und ihre Selbstzufriedenheit bewahren« (Dörr). Nicht thematisiert wird jedoch, warum sie so mächtig sind, daß von ihrem Erinnern oder Nichterinnern immer noch einiges abhängt. Und daß es auf ihre Einsicht weniger ankäme, wenn Deutschland 1945 unter den Nachbarländern aufgeteilt worden wäre.

Nur durch wirkliches Bedauern und durch den symbolischen Akt der Entschädigung kann das im Akt der Gewalt negierte Austauschverhältnis wiederhergestellt werden, in dem die Anerkennungsprozesse stattfinden. Nur so können die Verfolgten ihre so radikal in Frage gestellte symbolische Stellung wieder einnehmen und deren Bedeutung selbst bestimmen. Wenn die Deutsche Bank ihre Archive öffnet, ist das ein symbolischer Akt. Wenn nun offiziell wird, was ohnehin alle wußten oder ahnten – daß Kredite dieser Bank den Bau von Auschwitz finanzierten – , so ist dieser Akt dennoch nicht ohne Bedeutung. In solchen Fragen muß die Gesellschaft den Schein wahren. Dieser Schein ist niemals »bloßer Schein«, sondern er affiziert die tatsächliche sozio-symbolische Stellung des Betroffenen. Zwischen dem Verschweigen bzw. dem offenen Geheimnis und dem offiziellen Geständnis besteht, trotz aller Heuchelei, ein bedeutsamer Unterschied, der die Balance der gesamten ideologischen Hegemonie betrifft. Die Genugtuung, die den Opfern durch das Eingeständnis der Täter zuteil wird, verändert real ihre symbolische Position, so wie die Weigerung Hamburgs, die faschistischen Wandbilder am Eingang der Graf-Goltz-Kaserne abzutragen, die den Angriff der Wehrmacht auf Brest-Litowsk zeigen, eine Gefahr signalisiert. Daß die Gegenseite sofort versucht, jedes ihr abgerungene Eingeständnis wieder in symbolisches Kapital zu verwandeln (»wir sind jetzt ganz normal und haben den kulturellen Anschluß an den Westen geschafft«), versteht sich.

Häufiger als noch vor wenigen Jahren gestehen »Zeitzeugen« heute ein, daß sie von der Vernichtung der europäischen Juden und dem Hungertod von Millionen russischen Gefangenen wußten oder dies selbst (natürlich aus mehr oder weniger großer Entfernung) gesehen haben. Die Beurteilung solcher Trends ist schwierig, weil Eingeständnisse, aus welchen Motiven sie auch erfolgen mögen, für Überlebende von Bedeutung sind. Oft sind es Zugeständnisse an die verbesserte Beweislage, häufig bewirken sie eine Wiederkehr der Kategorien Arier und Juden (wie jüngst in der Besprechung des Films »Aimée & Jaguar« im »Stern«), häufig verlangen die gleichen Leute (wie schon vor hundert Jahren gegenüber den Juden) Vorleistungen der »Ausländer« für die Gewährung der Staatsbürgerrechte oder erinnern an die besondere Verantwortung Deutschlands für das Kosovo. Und wenn zeitweise einmal der Eindruck einer gewissen Einsicht aufgekommen ist (etwa gegen Ende der Goldhagen-Diskussion), reicht es oft, daß ein bestimmtes Stichwort fällt, z. B. eines von Walser, und augenblicklich kehren alle antisemitischen Stereotypen wieder zurück.

Unter diesen Bedingungen kann historische Forschung und Beweisaufnahme bzw. Anklage nicht getrennt werden. Doch genau diese Entkoppelung strebt die deutsche Oral History an. Die deutschen Taten sind kein Fall, auf den die Methoden der Oral History angewendet werden können.

Ilse Schmidt betont in ihren »Erinnerungen einer Wehrmachtsangehörigen« daß sie gelernt hat, über die Vergangenheit zu sprechen und sich dabei »nicht mehr zu schämen«. Gleiches berichtet auch Margarete Dörr: »Ich habe die Erfahrung gemacht: Man kommt heran. Die Frauen schämen sich nicht mehr zuzugeben, was sie damals gefühlt haben.« Diese neue Gelassenheit existiert, das zeigen alle anderen Oral-History-Interviews, exakt seit 1990. Seit der Wiedervereinigung und der damit erreichten Souveränität kann aus der Gewinnerperspektive auf 1945 zurückgeschaut werden. Seit diesem Jahr ist die Niederlage von 1945 wirklich Geschichte. »Die ganze Nachkriegszeit bis hinein in die neunziger Jahre«, sagt Wilhelm Jordan, Jahrgang 1923, »war für mich der Krieg erledigt.« Erst 1993, als er ein Buch liest, das seinen letzten Einsatz schildert, kehrt der Krieg in die Erinnerung zurück, und er in die ehemalige DDR. Dort trifft er auf den Sohn des Schmieds, der ihn damals aus seinem Flugzeugwrack geschnitten hat, und erhält von ihm das verbogene Blatt seines Propellers, »das seit fast fünfzig Jahren in einem Schuppen gelegen hatte« (Schüddekopf).

Erst ab 1990 konnten aus den besiegten Tätern Zeitzeugen werden, verwandelt sich ihre »anfängliche Skepsis in Offenheit« (ebd.). Die subjektive Sicht, wie man »es erlebt« hat, gewinnt seither an Autorität. Daß sie dabei jedoch so sehr auf die private »unpolitische« Karte setzen, hängt damit zusammen, daß der Holocaust und der Vernichtungskrieg nur von der Biographie ferngehalten werden können, wenn man sich als Alltagsperson imaginiert, die ein Leben fern von der Volksgemeinschaft führte. Noch die ehemaligen Landser verstehen es, selbst wenn sie das »wir« benutzen, so zu tun, als wären sie alleine unterwegs gewesen: »Wir sind dann auf die Krim gekommen und lagen vor Sewastopol. Dort lebten hauptsächlich Tataren, die waren sehr deutschfreundlich und haben uns beigestanden. Zu dieser Zeit hatten wir auch schon

russische Hiwis für bestimmte Arbeiten. Die waren prima in Ordnung« (Schüddekopf). »Während die Amerikaner sich den Deutschen gegenüber sehr verschlossen zeigten, waren die Neger das ganze Gegenteil davon. Sehr oft gaben sie Kindern eine Banane« (Dörr). »Der amerikanische Kommandeur kam und sagte, ›ich bin Jude!‹ Aber das war ohne Groll. Am Bahnhof wollte uns die französische Bevölkerung lynchen. Der Ami hat uns beschützt, die hätten uns sonst umgebracht« (Schmidtbauer).

Das Frankfurter Institut für Sozialforschung sah 1950 in den Äußerungen der Abwehr noch ein Zeichen des Schocks und somit der Hoffnung. Darüber ließe sich streiten. Was wir über den Holocaust und den Vernichtungskrieg wissen, wissen wir jedenfalls nicht von der Tätergeneration. Noch 1993 kamen in den Erinnerungsbüchern der »Zeitzeugen«, die meistens um Stalingrad und andere »Kriegserfahrung« kreisten, nur »richtige Deutsche« zu Wort, keine deutschen Juden, keine Emigranten und keine sonstigen Deserteure. Eine massive Veränderung zeichnet sich 1994 mit Lutz Niethammers Buch Der gesäuberte Antifaschismus. Die SED und die Kapos von Buchenwald ab, das die »strikte Opfer-Täter-Unterscheidung« in Frage stellte. Aber erst nach 1995 beginnt die Vereinnahmung der Verfolgten, deren Texte nun häufig mit denen der Verfolger in Sammelbänden gemischt werden.

Die Vernichtung selbst läßt sich nicht in der Form erzählen, wie die deutsche Oral History die Bombardierung deutscher Städte erzählt. Es ist kein Zufall, daß die Erzählungen der Täter meistens linear ausgearbeitete Geschichten sind, während die der Überlebenden oft fragmentarisch sind, weil sie nicht in einer sinnhaften Ordnung überlebten. »Ebenso wie unser Hunger nicht mit der Empfindung dessen zu vergleichen ist, der eine Mahlzeit ausgelassen hat, verlangt auch unsere Art zu frieren nach einem eigenen Namen« (Primo Levi). Der Nazi-Landser an der Front kann sein Handeln, wenn er davonkommt, nachträglich aufwerten und triumphieren. Der KZ-Überlebende kann sein Überleben nicht einer Cleverneß zuschreiben und es heroisch wenden. Hinzu kommt: Anders als den Überlebenden bietet die »Verdrängung« den Tätern Schutz.

Gerade deshalb gibt es heute Wichtigeres zu dokumentieren, als die wechselnden Strategien der Selbstrechtfertigung. Man kennt nicht einmal die genaue Zahl der KZ-Außenlager in Deutschland, und es gibt in Deutschland praktisch keine Forschung über das Schicksal osteuropäischer Juden. Auch über Zwangsarbeit ist noch wenig geforscht worden. Und wirkliche Täterforschung, wie die von Christopher Browning, ist ebenfalls selten, obwohl seit den Prozessen der 60er Jahre viel Material existiert. Sie verlangt allerdings Distanz und sorgfältige Ausdeutung voraus. Vor allem setzt sie die Zeugnisse der Überlebenden voraus. Über die antisemitische Diskriminierung, der z. B. jüdische Schüler und Schülerinnen in den 30er Jahren ausgesetzt waren, wird man von der BDM- und Hitlerjugend-Generation nichts erfahren. Sie haben sich damals nicht als Täter empfunden, und später haben sie es glatt vergessen. Ihre Selbstzeugnisse sind daher als Zeugnisse der Verfälschung der Geschichte zu lesen, was durchaus aufschlußreich sein kann.

Doch die entscheidenden Forschungsgelder, die hohen Taschenbuch-Auflagen und die entsprechenden Einschaltquoten bringen längst die Interviews mit »deutschen Zeitzeugen« sowie die Studien über »Totalitarismus«, in denen – wie z. B. im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung – der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion inzwischen »der deutsch-sowjetische Krieg« genannt wird.

Ilse Schmidt: Die Mitläuferin. Erinnerungen einer Wehrmachtsangehörigen. Mit einem Nachwort von Gabi Zipfel vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Aufbau-Verlag, Berlin 1999, ca. 220 Seiten, 36 Mark

Johannes Leeb: »Wir waren Hitlers Eliteschüler«. Ehemalige Zöglinge der NS-Ausleseschulen brechen ihr Schweigen. Rasch und Röhring, Hamburg 1998, 212 Seiten, 34 Mark

Kurt Abels: »Ein Held war ich nicht«. Als Kind und Jugendlicher in Hitlers Krieg. Böhlau Verlag, Köln/Weimar 1998, 188 Seiten, 35 Mark

Wolfgang von Buch: Wir Kindersoldaten. Siedler Verlag, Berlin 1998, 272 Seiten, 39,90 Mark

Klaus Dieter Müller (Hg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941-1946. Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 5, Böhlau Verlag, Köln/Weimar 1998, 478 Seiten, 88 Mark

Wird fortgesetzt

Günther Jacob schrieb in KONKRET 11/98 über Auschwitz im Feuilleton

Konkret 03/99, S. 60

Sabine Horst

Film & Theater

American History X

Regie: Tony Kaye; mit Stacy Keach, Avery Brooks; USA 1998 (New Line Cinema); 118 Minuten; seit 25.2. im Kino

8 mm

Regie: Joel Schumacher; mit Nicolas Cage; USA 1998 (Columbia); ca. 124 Minuten; ab 4.3. im Kino

Happiness

Regie: Todd Solondz; USA 1998 (Good Machine); 134 Minuten; ab 18.3. im Kino

Wenn die Weihnachtsblockbuster aus den Filmtheatern verschwunden und die Actionhits des Sommers noch in Produktion sind, dann gönnt sich das amerikanische Kino manchmal einen Anflug von schlechter Laune. In diesem Frühling jedenfalls macht God's Own Country durch die Kamera gesehen einen bizarren bis desolaten Eindruck: Terroristen, Faschisten, Pornokiller, Kinderschänder, Verschwörer und anderes Gelichter kommen übers Publikum, mal begleitet von aufwendigen Effekten wie in Ed Zwicks bereits angelaufenem Spektakel »The Siege«, mal im grobkörnigen Look des Independent-Kinos wie in dem apokalyptischen Zahlenrätsel »Pi«, das demnächst startet. Und wenn das Kino überhaupt ein Indiz für irgend etwas ist, möglicherweise gar: die Stimmungslage der Nation, dann scheinen den Amerikanern Jobwunder und Konjunkturaufschwung nicht zu reichen. Die Flaschenpost von drüben sagt: »Uns ist mies.«

Wie mies und aus welchen Gründen, darüber kann man freilich im Einzelfall geteilter Meinung sein. Die Firma New Line Cinema und der britische Regisseur Tony Kaye haben sich im Vorfeld der Berlinale über einem Projekt zerstritten, das thematisch beinahe ein Kuriosum darstellt: »American History X« handelt von zwei Brüdern, Skinheads, die einer neonazistischen Aufbauorganisation in Los Angeles angehören. »White Power«-Bewegung und Rechtsradikalismus werden, sofern sie im US-Film überhaupt vorkommen, meist historisch und geographisch entrückt – wir kennen den Typ des Kapuzenträgers und Provinz-Rednecks – ; hier liefern sich ihre nicht ganz unhippen jugendlichen Vertreter Basketball-Matches mit schwarzen Gangs unter der Sonne von Venice und schreiben in jeder Hinsicht beredte Klassenarbeiten über Hitlers *Mein Kampf*. Der Film enthält einige Passagen, die deutlich von dem sozialpflegerischen Gestus abweichen, mit dem man sich nicht nur in den USA gerne über die rechtsradikale Jugendszene beugt: Wenn der ›Held‹, Edward Norton als smarter Protegé des lokalen White-Power-Chefs (Stacy Keach), in einer Szene von seltener Gewalttätigkeit zwei junge Schwarze erschießt und einem dritten kaltblütig den Schädel zertrümmert, sind die Karten aufgedeckt, sollte man meinen. Herzlich unmotiviert erscheint danach die Läuterung, die Nortons Charakter durchzumachen hat – man kann nur mutmaßen, daß die identifikatorische Strategie auf das Konto des Darstellers geht, dem das Studio die »Redaktion« eines Films anvertraut hat, von dem sich der Regisseur inzwischen distanziert. Unterm Strich ist aus dem Versuch, einen explizit politischen Stoff konkret und zeitgenössisch anzugehen, doch wieder nur ein Genreprodukt geworden, ein Gangsterdrama, das an den moralpusseligen Stil der Dreißiger erinnert: Als »Angels With Dirty Faces« können die faschistischen Skins am Ende gerettet werden; den Segen kriegen sie von Avery Brooks, dem schwarzen »Deep Space Nine«-Commander mit der vibrierenden Autorität in der Stimme.

Aber nicht nur Liberale wie der »Greenpeace«-Unterstützer Tony Kaye, auch Apologeten der Ordnung fühlen sich manchmal schlecht. »Einen Schritt in die Dunkelheit vor dem Millennium«, nennt das Presseheft den Thriller »8 mm«, für den Joel Schumacher und Andrew Kevin Walker verantwortlich zeichnen. Addiert man die Meriten von Regisseur und hochdotiertem Drehbuchautor, dann kommt man auf einen beachtlichen Paranoia-Quotienten. Wie eine aus rein kommerziellem Kalkül entstandene Mischung der erfolgreicheren Einzelleistungen dieses Teams – des Selbstjustiz-Motivs aus »Falling Down« und der Morbidezza von »Seven« – sieht »8 mm« schließlich auch aus. Nicolas Cage spielt einen Privatdetektiv, der ein für seinen Berufsstand untypisch harmonisches Familienleben führt. Bei der Fahndung nach den Herstellern eines Snuff-Films macht der liebende Vater und Gatte, der für alle Fälle im Kofferraum seines Wagens eine Waffe spazierenfährt, nicht nur Bekanntschaft mit denen ganz oben – der inkriminierte 8mm-Streifen hat sich im Nachlaß eines Multimillionärs gefunden – , er muß vor allem tief hinab: in den höllischen Untergrund der Hardcore-Pornoszene, die als das ultimative Böse ihre Fäden »from sea to shining sea«, von Los Angeles bis nach New York, spannt, das Land also mindestens metaphorisch im Griff hat. Voyeurismus, Sadomasochismus, Päderastie, Krüppelsex, Sodomie, »lauter krankes Zeug« bis hin zu Folter und Mord – so raunt es ein jugendlicher Führer dem Detektiv ins Ohr, und so raunt es uns aus dem Film entgegen.

Die sexuellen Aberrationen illustrieren hier, nicht allzu originell, einen allgemeinen Zerfall der Sitten; als Gegenpol zur Mittelstandsidylle des Detektivhaushalts markieren sie das, was nicht »normal«, was verkehrt ist an Amerika. Zugleich aber liefern sie Schumachers Vision apokalyptischer Zustände ihre wenigen Schauwerte zu: An das Blut, das in Strömen

fließt, wenn der Held schließlich der Sexindustrie in heiligem Zorn fürchterliche Schläge versetzt, haben wir uns längst gewöhnt – aber wann hat man im Mainstreamkino schon mal eine, wie immer verwackelte, anale Penetration gesehen? Daß dem sonst so taffen Nicolas Cage angesichts des »kranken Zeugs« beständig die Augen überlaufen, mag zunächst etwas übertrieben erscheinen. Aber natürlich gehört diese Zurschaustellung der Betroffenheit zu einem Stoff, aus dem im politischen Alltag Starr-Reports geschmiedet werden.

Der New Yorker Filmschulabsolvent und Sundance-Preisträger Todd Solondz braucht kein Blut und keinen Thrill, um mit seiner zweiten abendfüllenden Arbeit (nach »Welcome to the Dollhouse«) die Wirkung eines Snuff-movies zu erzielen – bei ihm reicht es schon, daß die Leute den Mund aufmachen. Auch die Charaktere in »Happiness«, die Mitglieder einer ziemlich durchschnittlichen Familie aus New Jersey, ihre Freunde und Bekannten haben die sprichwörtlichen Leichen im Keller – wenn nicht konkret in der Kühltruhe – , und einige von ihnen neigen zu Formen des Sexualverhaltens, die man, nun ja, als aberrant bezeichnen könnte. Aber anders als die Welle von Thrillern, die in den letzten Jahren ein schlechthin Abgründiges in der Conditio humana beschworen haben, anders auch als die Filme von Kaye und Schumacher, die Sozialpsychologie und Verbrechen nicht zusammenbringen können oder wollen, trennt »Happiness« von vornherein nicht zwischen Gut und Böse, der Normalität und dem Abweichenden.

In Solondz' vollkommen geheimnislos und unaufgeregt gefilmten, eher vom Dialog als vom Bild getragenen Familienszenen gehen zwanghafte Nettigkeit, schiere Dummheit und bewußtlose Grausamkeit eine unauflösliche Verbindung ein. Bis man nicht mehr weiß, was schlimmer ist: das automatenhafte Geplapper zweier Schwestern, die sich gegenseitig ihrer Zuneigung versichern, oder die Obszonitäten des Telefonwichsers von nebenan, das süßliche Gurren, mit dem die Großmutter den Hund auf ihren Schoß lockt, oder der sachliche Ton des Vaters, der seinem sexuell noch ungeübten Sohn anbietet, selbst Hand anzulegen. Dabei antwortet auf das Bild des Orgasmus, hinter dem die ›perversen‹ Männer so beharrlich wie verzweifelt her sind, die formale Organisation des Films in hinterhältiger Weise: Er ist, darin erinnert er von ferne an Scorseses »King of Comedy«, eine einzige Reihung von sich steigernden, einander überbietenden Momenten der Peinlichkeit – eine klimaktische Inszenierung der Unlust, des Gegenteils von »happiness«. Und damit hat Todd Solondz die kompletteste Demontage des amerikanischen Selbstverständnisses vorgelegt, die in diesem Frühjahr zu haben ist. Bei ihm erübrigt sich die pathetische Frage »What's wrong with America?«. Nichts ist »wrong«. Es stimmt nur einfach nichts.

Konkret 03/99, S. 62

Wolfram Kempe

Kopf ab zum Gefecht

Wozu sind Kriege da? Zwei neue Bücher über den »Vater aller Dinge« wissen es auch nicht

Das Tratschen ist seit altersher die wichtigste Form menschlicher Kommunikation. Schon vor zweieinhalbtausend Jahren zerriß sich die ganze (mediterrane) Welt das Maul über die Verhältnisse in Sparta. Da im allgemeinen aber nie Aufzeichnungen von Tratsch und Klatsch gemacht werden, konnte es seit dem Beginn der sogenannten Aufklärung verklemmten Gymnasiallehrern und Universitätsprofessoren gelingen, daß wir uns heute unter »spartanischen Verhältnissen« lediglich eine einfache Lebensweise vorstellen, nicht aber bestimmte sexuelle Besonderheiten, die seinerzeit die Quelle des Geredes waren. Seit jenen Zeiten hat sich wenig geändert. Gerade das letzte Jahr hat der Welt gezeigt, auf welches allgemeine Interesse der Öffentlichkeit beispielsweise Spermaflecken auf Abendkleidern stoßen können – und welche weltpolitischen Implikationen derartige Verunreinigungen haben können, wenn sie denn vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stammen. In jedem Falle sind es heute wie damals aber immer noch die Eskapaden der gesellschaftlichen Oberschicht, die als Gesprächsthema an Stammtischen, in Garküchen, beim Frisör oder in Waschhäusern herhalten. Indem diese Geschichten mit ihren Übertreibungen und Verdrehungen die Oberschicht der Lächerlichkeit preisgeben, pinkelt »das Volk« an den Sockel, auf den sich jene selbst gestellt hat.

Ein beliebter Topos in solchen Geschichten ist der des verrückten Generals – jedenfalls im Rest der Welt. In Deutschland erschöpfen sich Witze oder auch – nur – komische Geschichten über die Armee seit dem Ende der Weimarer Republik auf der Ebene von Unteroffizier und Feldwebel. Selbst die anarchistischsten Possenreißer und Schandmäuler Nachkriegsdeutschlands (ausgenommen Wolfgang Neuss) billigen der Führung der Armee eine gewisse Intelligenz und, wie es so schön heißt, sittliche Reife zu. Darum ist es auch kein Wunder, daß ein Buch, dessen Untertitel »Militärische Blindgänger und ihre größten Schlachten« lautet, von einem Briten stammt.

Unter dem etwas sperrigen deutschen Titel *Narren, Nulpen, Niedermacher* hat der Lüneburger Verlag zu Klampen ein Buch herausgegeben, daß im Englischen schlicht *Military Blunders* heißt, und – in zwei Bänden bei Guinness Publishing erschienen – in Großbritannien und den USA ein Bestseller war. Der Autor Geoffrey Regan sammelte aus der Militärgeschichte seit der Schlacht von Beneventum 275 v. Chr., der entscheidenden Niederlage des griechischen Generals Pyrrhus, bis zur »Operation Adlerklaue«, mit der die USA 1980 die in der Teheraner US-Botschaft festgehaltenen Amerikaner befreien wollten, die größten militärischen Idiotien zusammen. Einzig die Trotteleien deutscher Generäle sind leider etwas unterrepräsentiert. Säuberlich nach Fallgruppen geordnet, präsentiert sich diese Sammlung als Pathopsychologie der militärischen Führung, ja als Pathologie des Militärischen überhaupt. Auf den Feldherrenhügeln, die Regan beschreibt, versammelt sich eine illustre Schar von Geisteskranken und Unvernünftigen, Primadonnen, schlichten geistigen Tieffliegern, Angsthasen, Unbesonnenen, Streithähnen, Ehrgeizigen, Furchtsamen, Selbstgerechten, blutigen Schlächtern oder sonstwie Unfähigen, allesamt goldbetreßt, hochdekoriert von ihren jeweiligen Vaterländern und mindestens vom Range eines Generals. Unter ihnen sind der preußische Generalfeldmarschall Blücher, der fürchtete, von einem Elefanten schwanger zu sein, oder der griechische General Hajianestis, der 1921 den Krieg gegen die Türken vom Bett aus führte, weil er abwechselnd glaubte, seine Knochen seien aus Glas, oder aber, er sei bereits tot, noch die Harmlosesten.

Unangenehmer benahmen sich Figuren wie die britischen Generäle Lord Duncan und Lord Cardigan, die sich im Krim-Krieg fast täglich Prügel androhten und sich einmal sogar im Niemandsland duellieren wollten. Daß sie ihre Truppen nicht aufeinander hetzten, lag nur an dem konfusen General Raglan, der allerdings soff wie ein Loch, darum des öfteren Freund und Feind verwechselte und schon mal die eigenen Leute kartätschen ließ. Wirklich fürchterlich aber waren Typen wie der britische General Hunter-Weston, der 1915 bei Gallipoli zwei uneinnehmbare Felswände so lange stürmen ließ, bis drei Divisionen gefallen waren. »Tote?« knurrte er danach, »Was interessieren mich Tote!« Er selbst starb im Bett.

Schlimm erging es Soldaten auch, wenn ihr jeweiliger Oberkommandierender von nagendem Ehrgeiz und/oder verzweifelter Erfolgssucht getrieben wurde. So hatte es beispielsweise der österreichische Kaiser Joseph II. satt, militärisch länger im Schatten Friedrich des Großen zu stehen. Obwohl er genug mit sich selber zu tun gehabt hätte – er litt an Herzschwäche, Krampfadern und trockenem, stoßweisen Husten – , beschloß er, auf dem Balkan gegen die Türken zu Felde zu ziehen, um endlich seinem Stande gemäß zu einem »Rächer der Menschheit« an einem »barbarischen Volksstamm« zu werden. Entgegen aller guten Ratschläge ließ er das Feldlager in einem Malariagebiet bei Belgrad aufschlagen, woraufhin in sechs Monaten 172.000 Soldaten erkrankten, wovon 33.000 starben. In diesem Stil sollte es weitergehen. Als Joseph II. sich auf den Weg machte, um mit seinem Heer die türkische Armee bei der Stadt Karansebes zum Kampf zu stellen, kam es zu einem folgenschweren Zwischenfall. Bei einer Brücke unweit der Stadt versuchten Husaren, weil die Nacht hereinbrach, fliegenden Händlern Schnaps abzukaufen. Als es ihnen Infanteristen gleichtun wollten, wurden sie von den Husaren rüde verjagt. Um sich zu rächen, feuerten die Infanteristen in die Dunkelheit, riefen

»Türken! Türken!« und taten so, als würden sie angegriffen. Das Ergebnis war erstaunlich. Binnen kürzester Zeit war der gesamte österreichische Troß in einen erbitterten Kampf verwickelt und floh schließlich in panischer Furcht. Bis zum Morgengrauen wurden mehr als zehntausend Österreicher von den eigenen Leuten getötet oder verwundet. Die Türken gaben in diesem Krieg nicht einen einzigen Schuß ab.

Am gefährlichsten für das Leben ihrer eigenen Soldaten waren aber die Tollkühnen. Zu ihnen gehört zweifellos Marschall Semjon Michailiwitsch Budjonny. Während der Stalinschen Säuberungen in der Roten Armee zum stellvertretenden Verteidigungsminister aufgestiegen, galt Budjonny bei den eigenen Leuten als der Mann »mit dem sehr großen Schnurrbart und dem ganz kleinen Hirn«. Bei einem Gelage anläßlich einer Inspektion des Militärgebietes von Bessarabien überraschten seine Untergebenen Budjonny mit einem großen Faß Rotwein, in dem ein paar Mädchen herumplantschten. Kurz entschlossen stieg Budjonny zu ihnen ins Faß, einige seiner Adjutanten folgten. Ein anderer feuerte aus Enttäuschung darüber, daß für ihn kein Platz darin war, mit seiner Pistole auf das Faß. Budjonny quittierte das mit brüllendem Gelächter. Mit derselben Todesverachtung stellte er sich dann auch den deutschen Invasionstruppen in der Ukraine entgegen. Obwohl zahlenmäßig den Deutschen drei- bis vierfach überlegen, verlor Budjonny in nur drei Monaten eineinhalb Millionen Soldaten durch Tod oder Verwundung. Budjonny ging daraufhin als Held der Sowjetunion in den Ruhestand.

Vergreisung, Egomanie, Inkompetenz und Wahnsinn an der Spitze unzähliger Streitkräfte – das sind für Regan die wichtigsten Gründe für die Breite der Blutspur, die diese Heere von der Antike bis Dien Bien Puh gezogen haben. Bei aller feinen Ironie, mit welcher der Autor seine Schlachtengemälde zeichnet (und von der in der deutschen Übersetzung leider viel verloren geht), weiß er doch, daß dem Leser ungefähr nach der Hälfte des Buches das Lachen im Halse steckenbleibt. Er wird darum nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Dummheiten dahingegangener Generäle, die uns amüsieren, »mit Leid und Tod bezahlt« wurden.

Eine solche Distanz wäre einem anderen Autor zu wünschen gewesen. Der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld hat 1989/90 ein Buch mit dem Titel *The Transformation of War* geschrieben, daß der Gerling Akademie Verlag jetzt unter dem deutschen Titel *Die Zukunft des Krieges* herausgebracht hat. Neugierig macht das Buch vor allem, weil der Verlag über den Autor mitteilt, er sei Spezialist für logistische Fragen und neben einer Lehrtätigkeit an der Hebräischen Universität Jerusalem auch Berater der Streitkräfte verschiedener Nationen, unter anderem des Verteidigungsministeriums der USA. Mithin schreibt hier ein Insider der militärischen Weltmacht. Vielleicht ist es gerade dieser Gedanke im Hinterkopf, der einen bei der Lektüre manchmal erschauern läßt.

In seinem Buch verficht van Creveld eine Grundthese und hat einen ideellen Gegenspieler. Die Grundthese lautet: Krieg, wie ihn die Welt bis zum Zweiten Weltkrieg kannte, wird es nicht mehr geben – er wurde (und wird in Zukunft verstärkt) abgelöst von sogenannten »Low intensity wars«, bei denen mindestens die eine Seite der Kombattanten nach heutigem Sprachgebrauch aus Guerilleros, Terroristen, Banditen, Warlords oder einfach Aufständischen besteht. Van Crevelds ideeller Gegenspieler ist Carl von Clausewitz, besser gesagt dessen trinitarisches Gesellschaftsmodell, dargelegt in dem berühmten Buch *Vom Kriege*.

Der Clausewitzsche Grundgedanke ist mit dem sattsam bekannten Zitat vom »Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« nur bruchstückhaft beschrieben. Dieser Satz ist nämlich selber nur Ergebnis einer tieferliegenden Idee: Der nämlich von einer Dreiteilung der Gesellschaften in Staat, Armee und Volk. Nach dieser Idee führen Staaten miteinander Krieg, bedienen sich dazu ihrer Armeen, und das Volk schaut zu. Diese typische Idee der bürgerlichen Aufklärung stellte gegenüber den finsteren Zeiten des Dreißigjährigen Krieges einen gewaltigen Fortschritt dar, schaffte sie doch erstmals den Status des Zivilisten und ermöglichte Regeln zu seinem Schutz – im Falle eines Krieges. Van Creveld weist nun dezidiert nach, daß auch alle anderen Verabredungen, wie denn wohl Kriege zu führen seien, auf diese trinitarische Idee von der Gesellschaft zurückgehen: die Hager Landkriegsordnung genauso wie das Verfahren einer Kapitulation, die deutliche Kennzeichnung der kriegführenden Parteien (Uniformen), ja letztlich das gesamte strategische Vokabular moderner Zeit. Van Creveld macht aber auch deutlich, daß der letzte Krieg, der in diesem Sinne geführt wurde, der Erste Weltkrieg war. In dem Maße, wie die galoppierende Entwicklung der Kriegstechnik aber die Oberhand über strategische Überlegungen gewann, wurden Regeln obsolet. Der Einsatz von Giftgas konnte nach dem Ersten Weltkrieg noch geächtet werden, der Einsatz von strategischen Bomberflotten gegen die Zivilbevölkerung war im Zweiten Weltkrieg hingegen schon gang und gäbe – obwohl er gegen alle gängigen Konventionen verstieß. Und Atomwaffen, so van Creveld, kamen nur deswegen nicht zum Einsatz, weil sie militärisch eigentlich sinnlos sind. Im Zweiten Weltkrieg sieht van Creveld geradezu die Geburtsstunde des »Low intensity war«, nämlich in den Aktionen der französischen Resistance und der jüdischen »Terroristen« gegen die britische Protektoratsmacht in Palästina. Indem diese Gruppen die Kriegskonventionen brachen, weil sie sich nicht uniformierten und also nicht von der Zivilbevölkerung zu unterscheiden waren, hätten sie einen entscheidenden strategischen Vorteil erlangt, der dazu führte, daß sie im ersten Falle nicht besiegt werden konnten und im zweiten Falle selber siegten.

Gegen solche Gegner, so van Crevelds etwas vergröberte These, hat ein moderner Militärapparat, dessen strategische Grundannahmen mehr oder weniger auf Clausewitz zurückgehen, keine wirkliche Chance. Entgegen aller anderslautenden

Aussagen würde technologische Hochrüstung sogar kontraproduktiv werden: Mit computergesteuerten Cruise-Missiles kommt man Freischärlern, die mit Handgranaten und Sturmgewehren bewaffnet sind, eben nicht bei (was der amerikanische Angriff auf ein solches Lager in Afghanistan im letzten Jahr eindrucksvoll illustriert). Außerdem, analysiert van Creveld weiter, wird der Krieg eines bekanntermaßen militärisch Starken gegen einen ebenso bekanntermaßen militärisch Schwachen (nach der Potenz der zur Verfügung stehenden Tötungstechnologie gerechnet) ersteren moralisch immer ins Unrecht setzen, nicht nur in den Augen der unbeteiligten Zuschauer, sondern auch und gerade im Empfinden der eigenen Bevölkerung, schlimmer noch: der eigenen Soldaten, die dadurch demotiviert werden und schließlich verlieren. Als Beispiel dafür wird die amerikanische Niederlage in Vietnam angeführt ebenso wie die nationalen Befreiungskriege, die die militärische europäische Kolonialmacht beseitigten.

Bis zu diesem Punkt liest sich van Crevelds Analyse recht schlüssig, wenn auch nicht widerspruchsfrei. Dann aber stößt er auf die simple Frage, zu welchem Zwecke Kriege geführt wurden und künftig geführt werden. Indem sich van Creveld von Clausewitz löst, negiert er auch dessen einfache Erkenntnis, im Krieg ginge es immer darum, soviel Feinde wie möglich zu töten. Statt dessen wird van Creveld metaphysisch: Seiner Meinung nach geht es im Krieg vor allem um die Bereitschaft der Kämpfer, den eigenen Tod zu riskieren. Diese Idee hat einen ganzen Rattenschwanz absurder Konsequenzen, über die es im Vorwort verschämt – und verräterisch zugleich – heißt, van Creveld »befreie« den »Kriegsbegriff vom rein negativen Attribut der Schadenszufügung« und gewinne ihm statt dessen »positive Seiten« ab. Der Autor selbst ist da viel unverblümter: Sein Buch stellt »die These auf, daß der Krieg längst nicht nur ein Mittel zum Zweck gewesen ist, sondern daß er sehr oft als der Zweck betrachtet worden ist – als eine äußerst reizvolle Tätigkeit, die sich durch keine andere angemessen ersetzen läßt«. – »Nur im Krieg bietet sich dem Menschen die Gelegenheit, alle seine Fähigkeiten einzusetzen, alles aufs Spiel zu setzen und seine eigene Kraft an einem gleich starken Gegner zu messen.« Die Frage, ob Krieg im Dienste von Macht oder im Interesse von Profit geführt wird, wird gerade noch als berechtigt zugelassen, verliert in van Crevelds Augen allerdings an Bedeutung vor dem Hintergrund seiner »Faszination«.

So wird das Buch über weite Strecken zu einer Apotheose des Krieges an sich. Als höchste – weil konsequenteste, da mit dem eigenen Tod bedrohte – Form menschlicher Entäußerung, wird der Krieg zum Selbstzweck, der alle anderen Fragen in seinem Zusammenhang zweitrangig macht. Worum es geht, wenn Leute sich den Schädel einschlagen, findet weniger Beachtung als die Tatsache, daß sie es tun – oder, »zivilisiert«, sich in eine Situation begeben, in der sie es tun könnten. Genau das ist die Stelle, an der man sich spätestens wieder daran erinnern sollte, als wessen Berater der Autor sein Geld verdient: Der Gerling Akademie Verlag hat ein Buch vorgelegt, in dem nachzulesen ist, wie ein Vordenker des US-»Verteidigungs«-Ministeriums eine neue Rechtfertigungsgrundlage zusammenzimmert, damit seine Arbeitgeber nicht überflüssig werden – und er nicht brotlos.

Das letzte Kapitel von Geoffrey Regans Buch über die militärischen Blindgänger trägt die Überschrift: »Unverantwortliche Politiker«. Unter die wäre Martin van Creveld mühelos einzureihen. Er hat sein Buch seinen Kindern gewidmet und hinzugefügt: »Mögen sie nie kämpfen müssen«. Warum eigentlich nicht? Folgt man seinen Thesen, könnte ihnen gar nichts Besseres passieren.

Geoffrey Regan: *Narren, Nulpen, Niedermacher*. *Militärische Blindgänger und ihre größten Schlachten.* Verlag zu Klampen, Lüneburg 1998, 200 Seiten, 39,80 Mark

Martin van Creveld: *Die Zukunft des Krieges*. Gerling Akademie Verlag, München 1998, 352 Seiten, 58 Mark

---

Wolfram Kempe ist Schriftsteller und Journalist und lebt in Berlin

Konkret 03/99, S. 64

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

In diesem Monat, da einst der Bauer das Rösslein schirrte, erscheint, herausgegeben von den Kulturkärrnern Jürgen Roth und Klaus Bittermann, bei Tiamat (Berlin) eine Anthologie von zirka 45 Presseverrissen (»Journalismus als Eiertanz«), vorgetragen von der Avantgarde der Ankläger des Ausverkaufs der Werte der Sprache. Mir wurde das Organ der Hamburger Wasserwerke GmbH zum Abschlachten zugelost, ein Presseprodukt, das freilich nach näherm Reinschaun jedestwedester Kritik sich entzog, ja sich als nützlich erwies, nützlich wie d e r Schülerlotse, nützlich wie d i e Triebabfuhr, nützlich wie d a s erhörte Gebet.

Seit der Affe den Menschen erfand, spätestens aber seit den Stirnhöhlenmalereien von Saint Cliché gibt es Zeitschriften, in denen steht, daß man dies oder das sooo nicht stehenlassen könne. So beschäftigt sich die Nummer zwei der von Sören Røndbrie 1634 in Thule ins Leben gerufenen Zeitschrift »Indviklet« mit den ihrer Meinung nach reaktionären Einflüssen der orthodoxen Puppenspieler auf das königskritische Textkabarett im Bulgarien der Jahre 1907 und 1908. Die in Oelsnitz/Vogtland edierte Vierteljahresschrift »Berg und Tal« reflektiert in der jüngsten Ausgabe »Das Menschenbild von Paulus bis Polaroid«, »Kleiderbad Trier«, das Periodikum, das sich als »Puffer« wie als »Magnet« zwischen Heiligem Stuhl und der Congregatio Drewermania begreift, spielt in der Jubiläumsausgabe sein Votum für ein frei flottierendes Theater der religiösen Grausamkeit gegen das traditionelle Amtskirchenphlegma aus, während hinwiederum das in Kilkoa/Mahagonny lokalisierte Fanzine »Radschas Cathl« in Heft 26/1998 die Systemimmanenz des »Streiflichts« der »Süddeutschen Zeitung« in einem im »al-dente-Stil der Zertrümmrer« gehaltnen achtzig Seiten umfassenden Essai herausarbeitet.

Nun sind Zeitschriften Menschenwerk und unterliegen wie der Mensch selber (trotzdem der Affe sich redlich mühte seinerzeit) Irrtumsabweichungen bis zu knapp 360 Grad. Und doch gibt es welche, die in Sinn und Form der Frappanz von E = mc2, ja gar einem makellosen Onenightstand gleichen. Hier sei vorzüglich aufgerufen das »Wasser Magazin«, die »Kundeninformation der Hamburger Wasserwerke GmbH« (im folgenden kurz »WM« genannt). Halbjährlich erscheint das graphisch auch von einfacheren Lesern nachvollziehbare, zwar nur 24 Seiten im DIN-A-4-Format umfängliche, dafür aber um so inhaltsreichere Heft, das geschuldet ist der Erkenntnis, daß der Mensch nicht von Brot allein lebt, sondern zunächst einmal aus zwei Dritteln Wasser besteht und entsprechend steten Nachschubes bedarf, verliert er doch durch die Sprints von Erfolg zu Erfolg tagsüber und die alptraumbedingte Transpiration nachts jede Menge jenen Nasses, das der Dichter zurecht das »köstliche« nennt. Freilich – der moderne, aus dem Naturkreislauf ausgeschiedne und in die Kunstwelt kostenpflichtigen Konsums eingetretne Mensch begreift das Wasser first line als Reinigungsmittel (wie z. B. der Bergmann, als Dusche nach der Schicht im Schacht) oder, wie Staatsanwalt oder Immobilienhai, als sprudelnde Erektionshilfe im Whirlpool des Bordells. Dabei ist es, wie das »WM« überzeugend ausführt, »als Trinkwasser das sauberste und bestuntersuchte Lebensmittel überhaupt«, mit babykompatibler Nitratminimalität. Aber welche Mutter reicht ihrem Kind als Ergänzung zur Brust Wasser aus der Leitung? Nein, lieber greift sie, verführt von den von den Babynahrungskonzernen gesponserten Elternillustrierten zu »Säften und Säuglingstees«, womit, so das »WM«, »im schlimmsten Fall kränkliche Pummelchen herangezüchtet werden«.

Was Insolvenz ist oder Eifersucht oder was es mit Dünnschiß auf sich hat (nämlich daß man dann nicht mit dem Fesselballon nach Australien fliegen kann, es sei denn, man hat vorher eine Kapsel Imodium akut eingeworfen), das weiß jede(r). Was aber ist Durst? Der Wille zum Trinken, würde sich so manche(r) feuilletonisierend herauszureden versuchen. Das »WM« hingegen liefert die naturwissenschaftlich korrekte Definition. Dernach bricht Durst aus, »wenn die Gewebsflüssigkeit den Körperzellen das Wasser absaugt, weil die Salzkonzentration oder der osmotische Druck höher geworden ist als in den Zellen«. Das Gehirn registriere zunächst ein körperliches Unbehagen. Ehe es sich entscheide, wie der Wassermangel ausgeglichen werden solle, stoppe es den weiteren Flüssigkeitsverlust: »Die Hirnanhangdrüse wird angewiesen, das Hormon Vasopressin in Richtung Niere zu schicken. Diese schaltet auf Sparbetrieb um.« Ein »vernünftiges Gehirn« sage jetzt: »Alle stärkeren Bewegungen einstellen, Wasser trinken.« – »Warum Wasser«, fragt das »WM« mehr als bloß rhetorisch und gibt die Antwort: »Weil Wasser ohne Zusätze am schnellsten den gestörten Salzhaushalt normalisiert und den Zellstoffwechsel ins Lot bringt. Aber nun ist das Gehirn, insbesondere das zivilisierte, offenbar nicht für die Optimierung der Überlebenschance gebaut.« Indeed ist dem »WM« nur beizupflichten: »Schiffbrüchige, die im Halbwahn Meerwasser trinken (weil sie das Gebot, salzhaltige Wässer zu meiden, übertreten), beschleunigen damit ihr Ende.« Doch auch an Land, so das »WM«, spiele sich der Mensch einen Stoffwechselstreich nach dem andern. Von Gängigem aus den PR-Giftküchen (wie »Durch Bier wird Durst erst schön«) in die schädliche Irre geführt, werde durch solch »Lustprinzip« eine vernünftige Flüssigkeitsaufnahme in mehrfacher Hinsicht (zu wenig an reiner Flüssigkeit, zuviel an Alkohol, Zucker und Reizstoffen) gestört. Apropos »zivilisiertes Gehirn«: Was für ein Verhältnis zur Dialektik von Durst und Löschen haben fortschrittliche Intellektuelle, die, an der Seite der Friedens- und

Frauenbewegung stehend, die freie Marktwirtschaft mit links als faulen Ausbeutungszauber durchschauen? Nicht unoft nebenbei als Drehbuchautoren für die Privaten und/oder als Hausbesitzer moneyoverkilled, sind sie fast durch die Bank markenkultischem Spru-del wie Evian, Vichy, Spa, Chamonix, Chichi undsoweiter hö-

rig, Wässern zu ei-

nem Preis, wo du für einen 12-Flaschen-Träger, den natürlich die rumänische Putzfrau die acht Treppen raufschleppen muß, eine philippinische Kinderprostituierte für fünf Wochen aus dem Elend herauskaufen könntest. Wird der »WM«-Tip »Sprudelwasser selber bereiten«, und zwar mit einem keine hundertfünfzig Mark teuren Heimsodawasserapparat, der das CO2 ins H2O preßt, diese Leute veranlassen, im falschen Leben wenigstens das falsche Sprudelwassertrinken zu korrigieren, wenn denn auch das von Adorno an die Tafel gemalte richtige Leben noch eine geraume Weile auf sich warten läßt? Zu hoffen (im Blochschen Sinne) bleibt's.

Das »Wasser Magazin« kommt in einer Auflage von rund 800.000 in die Hamburger Haushalte. Jedes einzelne Exemplar ist mehr wert als die Jahresauflage von »Emma«, »Auto Bild« und »Bayernkurier« zusammen.

Konkret 03/99, S. 65

Marit Hofmann

Melodie & Rhythmus

Various Artists: Stolz & Vorurteil – A Compilation of Female Gesang, Gitarren und Elektronik; Flittchen Records 1998/ EFA

»Statt xx seid ihr xy, bitte macht was draus!« – Die Botschaften der Lassie Singers an die »männlichen Mitmenschen« waren nicht immer widerspruchsfrei: »Es ist ja nett, daß ihr euch in uns reinversetzen wollt / doch das wird nichts, laßt es lieber sein./ Wir lieben euch ... / wir nehmen euch so, wie ihr seid.« Hatte die Berliner Band in den zehn Jahren ihres Bestehens in ihren Texten allenfalls eine spaßfeministische Haltung vertreten, so sind zwei der Mitglieder inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß sich zumindest die männlichen Mitmenschen aus der Popmusikbranche ändern müssen – und zwar in ihrer Einstellung Musikerinnen gegenüber. Seit der Auflösung der durch ihre eingängigen Songs weit über Berlin hinaus bekannten Frauenband Ende letzten Jahres arbeiten sie an der Bekämpfung der Männermusiklüge, die besagt, Frauen interessierten sich nicht für Musik und seien allenfalls als Sängerinnen oder schmückendes Beiwerk auf der Bühne, besser aber noch vor der Bühne, als kreischende Groupies, zu gebrauchen.

Um zu beweisen, daß das unausgewogene Geschlechterverhältnis nicht auf mangelndes weibliches Musiktalent zurückzuführen ist, haben die Lassie-Sängerinnen Christiane Roesinger und Almut Klotz zusammen mit der Journalistin Susanne Messmer das Label Flittchen Records gegründet, zu dessen ersten Produkten ein Sampler mit zwanzig Stücken von mehr oder weniger unbekannten Independent-Musikerinnen gehört. Während die Plattenindustrie »Girl Power« zum Musiktrend der Zukunft erhoben hatte und den zweifelhaften Marketingtrick schnell wieder aufgab, als die von den Major-Managern parallel zu den Boygroups zusammengestellten Mädchenbands sich als nicht lukrativ genug erwiesen, sollen bei Flittchen »die monogeschlechtlichen Strukturen der Musikbranche geduldig sabotiert« werden und auch Musikerinnen, die nicht den vorgegebenen Mädchenmusikmoden entsprechen, ihre Kompositionen vorstellen.

Auf dem ersten Sampler überwiegen Gesangsnummern, und die Posen launischer Teenager, wie man sie von den Lassie Singers kennt, könnten auf Dauer ermüden, wäre da nicht auch ganz Andersartiges zu hören wie die ins Ungewisse driftenden Orgelphantastereien von Barbara Morgenstern, Greta Schlochs überzeugend vorgetragene Einsicht einer Prolo-Braut: »Lieber ne Flasche Bier als Freund als ne Flasche als Freund« oder Elektroklänge vom Keyboard-Vierspur-Projekt Lali Puna. »Stolz & Vorurteil« könnte der erste Schritt sein, um die Verfechter des Männermusikbusineß Lügen zu strafen. Wir warten auf den nächsten.

Konkret 03/99, S. 65

Klaus Smit

Melodie & Rhythmus

Blumfeld: Old Nobody; Zick Zack/Big Cat/RTD

Selten zuvor war die Geschichte einer Platte so schnell auch die ihrer Rezeption. Titelgeschichten, mehrseitige Interviews und Rezensionen, dazu Diskussionen und Empörungen, als wäre Kurt Cobain doch nicht tot. Keine Band aus dem hiesigen Sprachraum wurde in den vergangenen zehn Jahren derart als Aushängeschild deutschen (Pop-)

Kulturschaffens verstanden wie diese Gruppe. Niemand sonst wurde von Seiten der Musikjournaille derart als »Sprachrohr einer Generation« imaginiert wie Sänger und Gitarrist Jochen Distelmeyer. Auch das bürgerliche Feuilleton freute sich, man sah einen Texter auf den Spuren großer deutscher Dichter, Goethe-Institut-Kompatibilität wurde gewittert. Linke und antinationale Positionen der Band wurden dabei gerne und generös überhört; von ihr selbst hätte man sich des öfteren gewünscht, daß sie diese noch lauter vertreten hätte.

Jetzt also »Old Nobody«, das dritte Album nach »Ich-Maschine« (1992) und »L'Etat Et Moi« (1994). Was es von seinen Vorgängern unterscheidet, sind Stichworte, die dem Heer berufsjugendlicher Szeneschreiber die Schamesröte ins Gesicht treiben: Liebe, Gefühle, Älterwerden, Kollektivität, Alltag. Punkte auf der Hipness-Skala sind damit definitiv nicht zu machen, und Blumfeld laden jene Formulierungen glücklicherweise auch nicht mit einer neuen Hipness auf.

Für um Distinktion bemühte Ganz-vorne-dabei-Trendsetter ist das natürlich ärgerlich. Einer der häufigsten Vorwürfe, die der Band gemacht wurden, lautete dann auch »klingt wie ... «, und diese Leerstelle wurde gefüllt von Namen wie Münchner Freiheit, George Michael, Take That und etlichen anderen. Alles anerkannte Schauerlichkeiten aus dem Mainstreamkabinett, die man sich dank diverser Abgrenzungsrituale aus wohlig eingerichteten Subversionsräumen nur mit maximaler Distanz ansieht und als nicht zugehörig zum eigenen Leben betrachtet. Auch aus post- bzw. popmodernen Erzählstrategien, die der Band in den Kritiken zu den ersten zwei Alben penetrant nachgesagt wurden, hat niemand so richtig etwas gelernt. Ohne Umschweife werden die Texte zum Texter 1:1 ins Verhältnis gesetzt, als hätte gerade Sänger Jochen Distelmeyer nicht stets die Auflösung des Autorensubjekts betont und als trüge »Ich-Maschine« nicht den Titel, den sie trägt.

Im Gegensatz zu ihren Kritikern behandeln Distelmeyer, Peter Thiessen, Andre Rattay und Michael Mühlhaus Geschichte als das, was sie ist: als Prozeß, den jede und jeder mit sich herum- und auszutragen hat – »Du bist ein Gefangener vergangener Zeit«. Die Befreiung aus solchen Strafanstalten verläuft nicht selten über andere, eben »weil wir uns gleichen und doch unterschiedlich sind«, oder auch deshalb: »Mit Dir / in ein anderes Blau / wir teilen einen Traum / ein Bild aus anderen Zeiten / so wie Du ein Teil von mir / bin ich ein Teil von Dir / ich kann es spüren / wie wir uns berühren«. Und das nennen Blumfeld eben Liebe, auch wenn das einigen sauer aufstößt.

Konkret 03/99, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die größte Zeitung des Abendlandes läutet das dritte christliche Jahrtausend ein:

Derrick beim Heiligen Vater

Die Oberhäupter der beiden großen Weltreligionen: des fern Sehens und des aber Glaubens, endlich vereint – was, wenn nicht das, ist Ökumene?

Eine Audienz beim Papst – für »Derrick«-Star Horst Tappert ging ein Traum in Erfüllung. Er saß bei der Generalaudienz in der ersten Reihe, durfte Papst Johannes Paul II. die Hand reichen. Der Papst gilt als »Derrick«-Fan, Tappert wiederum verehrt den Heiligen Vater. »Als ich ihn sah, hatte ich Tränen in den Augen. Denn ich habe in diesem Augenblick gespürt, daß er am Rande seiner Kräfte ist.«

Harry, hol schon mal den Leichenwagen.

Tappert war tief beeindruckt: »Ich habe seinen Ring geküßt, habe ihm gesagt, wie dankbar wir sind, daß es ihn gibt und daß er so viel für die Menschen in der Welt getan hat.«

Soweit ihm das Beten, Beichten, Bodenküssen, Heiligen der Scheine, Keksverteilen und Derrickgucken dazu noch Zeit gelassen haben.

Was die Redaktion der sozialistischen Tageszeitung »Neues Deutschland« sich beim Verfassen der Schlagzeile

Hessische Wähler gaben Rot-Grün einen Denkzettel

gedacht haben mag? Waren die Wähler, die den Zettel gegeben haben, nicht jener rassistische Mob, den die siegreiche CDU mobilisiert hatte? Und der sollte Rot-Grün zum Denken angezettelt haben? Denken woran? Die Antwort steckt in der zweiten Schlagzeile auf derselben Titelseite, die das »ND« einer deutschen Sportlerin gewidmet hat:

Gunda Niemann gehört wieder die Welt

Wie Deutschland morgen wieder den Deutschen gehören kann – das ist es, worüber Rot-Grün nachdenken soll. Frisch aus dem Unbewußten – direkt auf den Umbruchtisch.

Das schlichte Bekenntnis in ihrer Eigenwerbung:

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung erreicht unter den deutschen Tages- und Wirtschaftszeitungen die meisten privaten Aktienbesitzer

ersetzt ein gutes Dutzend medienwissenschaftlicher Dissertationen.

Wozu Immanuel Kant gelebt hat? Immanuel Kant hat gelebt, damit ein deutscher Journalist zwei Jahrhunderte später schreiben kann:

Bisher erweckte Saddam Hussein nicht den Eindruck, daß er es mit Immanuel Kants Idee vom ewigen Weltfrieden hält. Wir hoffen auf Einsicht des Diktators. Ein dünner Faden.

Der Schüler des Philosophen heißt Thomas Schmid. Er erweckt nicht den Eindruck, daß er es mit Goethes Idee von Sprache hält. Wir können also nicht hoffen, daß dieser der Faden reißt und jener den Faust im Nacken spürt.

Überall ist Wunderland, überall ist Leben, in der »Frankfurter Rundschau« Strumpfenband:

Der Club of Rome will die Arbeitslosigkeit abschaffen.

und irgendwo daneben:

Jelzin fordert beständiges Wachstum.

In der »Frankfurter Allgemeinen«. Wenn jetzt der Jelzin Mitglied im Club of Rome wird, können sie gemeinsam die Welt retten bzw. alle ihre Rubel über die Schulter in die Fontana di Trevi werfen.

Damit man erfährt, daß unter deutschen Männern alles genau so ist, wie man sich das gedacht hat, gibt es beim »Spiegel« eine »Hausmitteilung«, in der das Menschliche, das hinter der kalten Magazinmacherei nur allzu oft zurückstehen muß, in

sein Recht gesetzt wird, und mitunter knüppeldick:

Fortan hat sich der »Spiegel«-Herausgeber, 74, mit Jünger auseinandergesetzt, wann immer es geboten erschien. 1982, zum Beispiel, als Jünger den Frankfurter Goethepreis erhielt und damit den Protest der Linken auf sich zog, trafen er und Redakteur Hellmuth Karasek sich mit dem Autor im oberschwäbischen Wilfingen zum »Spiegel«-Gespräch – mit anschließendem Umtrunk und nächtlichem Gesang.

Wir lagen vor Madagaskar, im Frühtau zu Berge, oh du schöner Westerwald Eukalyptusbonbon. Eben: auseinandergesetzt, wann immer es geboten erschien, prost.

Das »Deutschland-Magazin« des Kurt Ziesel, der damit bekannt geworden ist, daß er der Nazijustiz per Anzeige empfohlen hatte, seine Köchin wegen defätistischer Äußerungen ins Konzentrationslager zu schaffen, kann infolgedessen bei seinen Autoren nicht allzu wählerisch sein, sondern muß neben den nächstbesten auch die nicht ganz so brillanten nehmen, und so ist dort immer ein Lagerplatz frei, an dem der Dichter Rathenow sich auf einen Honorarscheck konzentrieren kann:

Die traditionelle Dichterpose, in Tübingen, der Innerschweiz oder Freiburg vorstellbar, wandelt sich in Hamburg oder Berlin zu einer, in der sich der oder die was einfallen lassen müssen, um ihr Werk rüberzubringen.

Gedanklich ist das schon sehr konzentriert, wenn es auch stilistisch hinter dem Text der erwähnten Ziesel-Anzeige ein wenig zurückbleibt.

Wie geht liberaler Journalismus? Ein Christian Schmidt-Häuer versucht in der »Zeit« eine letzte Anwort:

Hunger gehört zu Rußlands Geschichte ... Von den Zeiten der Wirren bis zum Massenmord der Kollektivierung haben die Menschen unvorstellbare Opfer bringen müssen. Und die Deutschen trugen – Walser hin, Bubis her – mit der 900tägigen Hungerblockade Leningrads zu dieser Geschichte bei.

So geht liberaler Journalismus: Rußland hungert. Warum? Wer war's? Was tun? Ganz einfach: Walser hin, Bubis her, rundherum, das ist nicht schwer.

Der Fernsehhistoriker Guido Knopp weint dem General Paulus, dem Helden von Stalingrad, eine Träne nach:

Im Nachkriegsdeutschland ist er niemals angekommen.

Das wundert mich nicht. Woher sollte er wissen, wie man das macht, dieses Ankommen im Nachkriegsdeutschland? Schließlich war er gar kein Achtundsechziger im engeren Sinn.

Günter Grass sagt immer noch einmal, warum er mit der »deutschen Einheit« nicht so recht zufrieden ist:

Auch dieser Glücksfall im Verlauf unserer so unheilvoll datierten Geschichte ließ keinen politisch gestaltenden Gedanken zu; nur das Geld, nur die D-Mark war und ist das Maß aller Dinge.

Ich mag den Grass, auch wenn er mich nicht leiden kann, ganz gern, nur daß ich den Glücksfall für ein Unheil halte und froh bin, daß die D-Mark das Maß aller Dinge war und nicht die vorrätigen gestaltenden Gedanken. Den des Günter Grass von einer deutschen Kulturnation, beispielsweise, sähe ich gerne mit BigMacs totgeschmissen.

Letzte Meldung:

Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt (80) durfte nach 14 Tagen zum erstenmal das Krankenhaus verlassen: Freitag abend fuhr er zu seinem Haus in Hamburg-Langenhorn, wo ihn der von ihm gegründete »Freitagskreis« erwartete – eine Gesprächsrunde kompetenter Politiker, Unternehmer und Wissenschaftler, die über die großen Fragen unserer Zeit diskutieren. Dabei waren u. a. der frühere Bürgermeister Henning Voscherau, der Unternehmer Michael Otto, Ex-Senator Alfons Pawelczyk, der Physiker Prof. Raimar Lüst, Prof. Hauke Trinks von der TU Harburg, Schmidts »Leibarzt« Prof. Heiner Greten und Helmut Schmidts besorgte und sorgende Ehefrau Loki.

Die Gesellschaft teilt sich in Klassen, Geschlechter, Schichten, Berufsstände undsoweiter. Und dann teilt sie sich noch einmal: in Leute, die diese Meldung mit sittlichem Ernst entgegennehmen können, und in mich.